



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF Dezember 2008



Monatsbericht des BMF Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	30
Termine, Publikationen	33
Analysen und Berichte	35
Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2008	37
Steuerstandort Deutschland – attraktive Bandbreite der Unternehmensteuerbelastung für Kapitalgesellschaften in deutschen Gemeinden	47
Im Zeichen der Wirtschaftskrise: Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht)	79
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 8. und 9. November 2008 in São Paulo	89
Statistiken und Dokumentationen	93
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	122
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	126
Verzeichnis der Berichte	141
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2006...	
...nach Veröffentlichungsdatum	143
...nach Stichpunkten	145

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 3. Dezember hat das Bundeskabinett die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms beschlossen. Die Bundesregierung kommt damit der Verpflichtung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nach. Das Programm macht deutlich, dass es bei den aktuellen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft entscheidend auf einen haushaltspolitisch voll handlungsfähigen Staat ankommt. Deutschland ist dabei mit der finanzpolitischen Doppelstrategie der Bundesregierung – bestehend aus struktureller Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Stärkung des Wachstumspotenzials der deutschen Volkswirtschaft – gut aufgestellt. Das wird nicht zuletzt dadurch verdeutlicht, dass Deutschland in diesem Jahr das erste Mal seit 1989 einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen wird. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Abkühlung und der beschlossenen Maßnahmen wird es zu einer vorübergehenden Verschlechterung des Finanzierungssaldos und einem verzögerten Rückgang der Schuldenstandsquote kommen. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu bewahren und größere finanzielle Spielräume für die notwendigen Zukunftsausgaben zurückzugewinnen, wird die Bundesregierung aber umso nachdrücklicher dafür eintreten, den Grundsatz eines strukturell ausgeglichenen Haushalts bei der Reform der Finanzverfassung im Grundgesetz zu verankern.

Attraktive Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind eine Basis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Neben einem ausreichenden Angebot an qualifiziertem Personal und guten Infrastruktureinrichtungen sind auch die steuerlichen Rahmenbedingungen Kriterium bei der Standortauswahl von Unternehmen. Wie eine Untersuchung zum



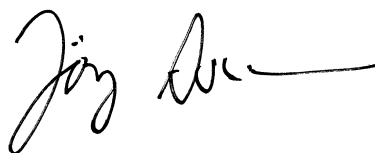
Steuerstandort Deutschland zeigt, ist das deutsche System der Gewerbesteuererhebung flexibel, leistungsfähig und wettbewerbsorientiert. So können sich Gemeinden mit hohem Hebesatz und somit tendenziell höherem Steueraufkommen bessere Infrastrukturangebote leisten. Niedrige Hebesätze versprechen dagegen eine geringere Unternehmenssteuerbelastung für Kapitalgesellschaften, die oftmals unter der vieler osteuropäischer Staaten liegt. Dies bedeutet: Sucht ein Investor einen neuen Standort in Deutschland, so kann er aus der angebotenen Palette an Standorten diejenige Kombination aus Steuerbelastung und Infrastrukturangebot auswählen, die optimal zu seinem Unternehmensprofil, seinen Produkten und seinen Märkten passt.

Regelmäßig berichten wir über Wirtschaftslage sowie Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften. Die aktuelle Entwicklung ist maßgeblich geprägt vom weltweiten wirtschaftlichen Abschwung und der Finanzkrise. Zwar sind die jüngsten Projektionen mit außergewöhnlichen Unsicherheiten behaftet, aber in allen großen Volkswirtschaften ist durchgängig eine deutliche Abschwächung der Konjunktur im 2. Halbjahr 2008 zu verzeichnen. Die Tendenz dürfte sich nach Berechnungen der internationalen Organisationen (EU-Kommission, OECD, IWF) auch bis weit ins kommende Jahr fortsetzen. Die weitere Entwicklung wird vor allem von der Normalisierung der Lage auf den Finanz- und Immobilienmärkten abhängen sowie von der Stabilisierung des Vertrauens von

Verbrauchern und Unternehmern. Vor diesem Hintergrund haben in den zurückliegenden Wochen viele Staaten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und des Finanz- und Bankensektors beschlossen.

Am 19. November hat die Bundesregierung den aktuellen Existenzminimumbericht vorgelegt. Dieser ist als Prognose angelegt und dient dem Gesetzgeber als eine Art „Frühindikator“ für die Anpassung der steuerlichen Freibeträge. Gegenstand des aktuellen Berichtes ist die Bemessung der von der Einkommensteuer freizustellenden Existenzminima ab 2010. Mit dem Familienleistungsgesetz trägt der Gesetzgeber der erforderlichen Erhöhung des Kinderfreibetrags allerdings bereits ab dem Veranlagungszeitraum 2009 Rechnung. Für jedes Kind bleiben danach ab dem kommenden Jahr 6 024 € vom Einkommen der Eltern steuerfrei.

Am 8. und 9. November 2008 fand in São Paulo unter brasilianischer Präsidentschaft das jährliche Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand auch hier die Krise an den internationalen Finanzmärkten. Dabei wurden neben einer Analyse der Ursachen vor allem Vorschläge beraten, wie sich eine solche Krise zukünftig vermeiden lässt. Das Treffen diente mit einer Abstimmung über Weichenstellungen zur Neuordnung des globalen Finanzsystems auch unmittelbar der Vorbereitung des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs am 15. November in Washington.



Jörg Asmussen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008	28
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	30
Termine, Publikationen	33

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich November beliefen sich auf 262,0 Mrd. € und lagen damit um 14,2 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis, die Veränderungsrate lag bei + 5,7 %.

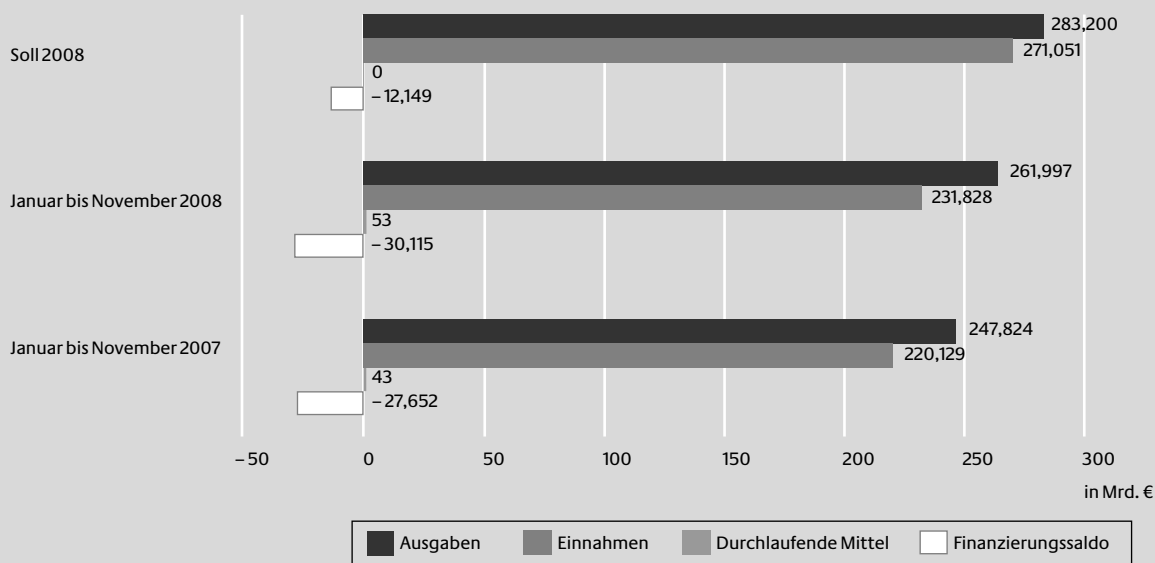
Der Ausgabenanstieg ist zu mehr als der Hälfte auf die Ende 2007 wiederaufgenommene Zahlung der Bundeszuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse, die zu Jahresbeginn erfolgte

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2008	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis November 2008
Ausgaben (Mrd. €)	283,2	262,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	5,7
Einnahmen (Mrd. €)	271,1	231,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,0	5,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	238,0	205,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	4,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 12,1	- 30,1
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 17,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	- 11,9	- 12,4

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Darlehenszusage an die KfW im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Kapitalmaßnahme zugunsten der IKB Deutsche Industriebank AG sowie eine Rückzahlung einer Beihilfe an die Deutsche Post AG zurückzuführen. Buchungstechnische Besonderheiten bei den

Personalausgaben führten zu einer überproportionalen Steigerungsrate im November, die sich jedoch im Dezember wieder relativieren wird.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 231,8 Mrd. € um 11,7 Mrd. € (+ 5,3 %). Die Steuereinnahmen stiegen im Ver-

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis November 2008		Ist-Entwicklung Januar bis November 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	49 353	50 045	45 106	17,2	42 673	17,2	5,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 373	4 985	4 678	1,8	4 043	1,6	15,7
Verteidigung	28 540	29 299	26 812	10,2	24 158	9,7	11,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 930	6 043	5 492	2,1	7 135	2,9	- 23,0
Finanzverwaltung	3 093	3 471	2 854	1,1	2 680	1,1	6,5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 837	13 758	11 517	4,4	11 125	4,5	3,5
BAföG	1 092	1 297	1 124	0,4	1 062	0,4	5,8
Forschung und Entwicklung	7 146	7 835	6 370	2,4	5 878	2,4	8,4
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	139 751	140 322	134 631	51,4	131 915	53,2	2,1
Sozialversicherung	75 520	75 664	74 580	28,5	74 556	30,1	0,0
Arbeitslosenversicherung	6 468	7 583	6 952	2,7	5 929	2,4	17,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 679	34 895	31 666	12,1	32 677	13,2	- 3,1
darunter: Arbeitslosengeld II	22 654	20 880	20 031	7,6	21 029	8,5	- 4,7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 332	3 900	3 566	1,4	3 971	1,6	- 10,2
Wohngeld	876	1 000	745	0,3	843	0,3	- 11,6
Erziehungsgeld/Elterngeld	3 710	4 514	4 463	1,7	3 312	1,3	34,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 513	2 332	2 198	0,8	2 414	1,0	- 8,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	853	999	818	0,3	706	0,3	15,9
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 743	1 771	1 276	0,5	1 397	0,6	- 8,7
Wohnungswesen	1 225	1 223	948	0,4	1 072	0,4	- 11,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 605	5 975	4 752	1,8	4 495	1,8	5,7
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	711	707	0,3	749	0,3	- 5,6
Kohlenbergbau	1 772	1 900	1 816	0,7	1 660	0,7	9,4
Gewährleistungen	697	1 065	500	0,2	504	0,2	- 0,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 802	11 149	9 674	3,7	9 183	3,7	5,3
Straßen (ohne GVFG)	5 871	7 296	4 987	1,9	4 830	1,9	3,3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 904	15 319	14 214	5,4	7 908	3,2	79,7
Bundeseisenbahnvermögen	5 263	5 054	3 627	1,4	4 481	1,8	- 19,1
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 965	3 719	2 755	1,1	3 112	1,3	- 11,5
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 601	43 862	40 010	15,3	38 423	15,5	4,1
Zinsausgaben	38 721	41 818	38 866	14,8	37 591	15,2	3,4
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	261 997	100,0	247 824	100,0	5,7

gleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 9,2 Mrd. € (+ 4,7 %). Sie übertrafen die bereinigte Veränderungsrate des Vormonats und entwickelten sich weiterhin fest. Die Verwaltungseinnahmen legten im Vergleich zum Zeitraum von Januar bis einschließlich November 2007 um 10,8 % zu.

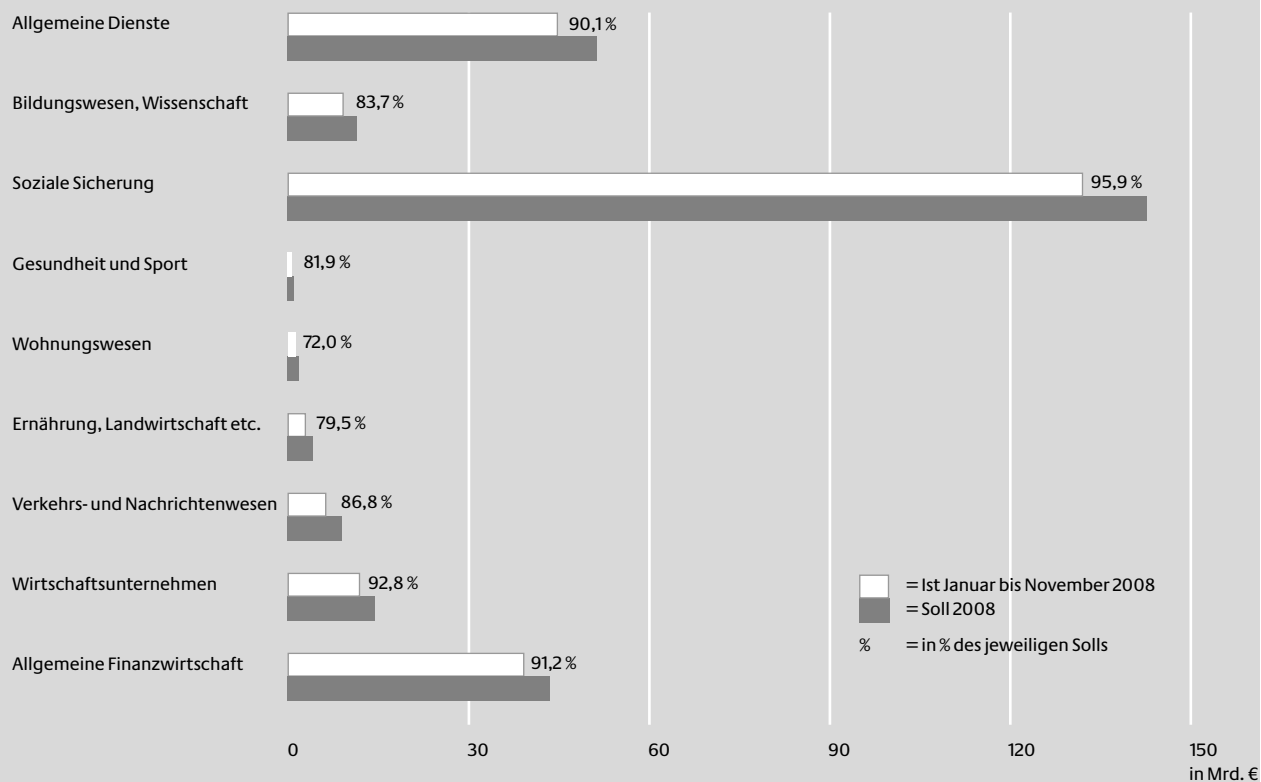
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 30,1 Mrd. €. Die Entwicklung

des Bundeshaushalts 2008 bleibt von der aktuellen Finanzmarktkrise nicht gänzlich unbeeinflusst. Aufgrund der aktuellen Marktsituation werden 2008 deutlich weniger Privatisierungserlöse vereinnahmt werden können, als im Haushaltsplan veranschlagt wurden. Abzuwarten bleibt auch die Entwicklung der Steuereinnahmen im Dezember, die erfahrungsgemäß einen überproportional hohen Anteil am Jahresergebnis haben.

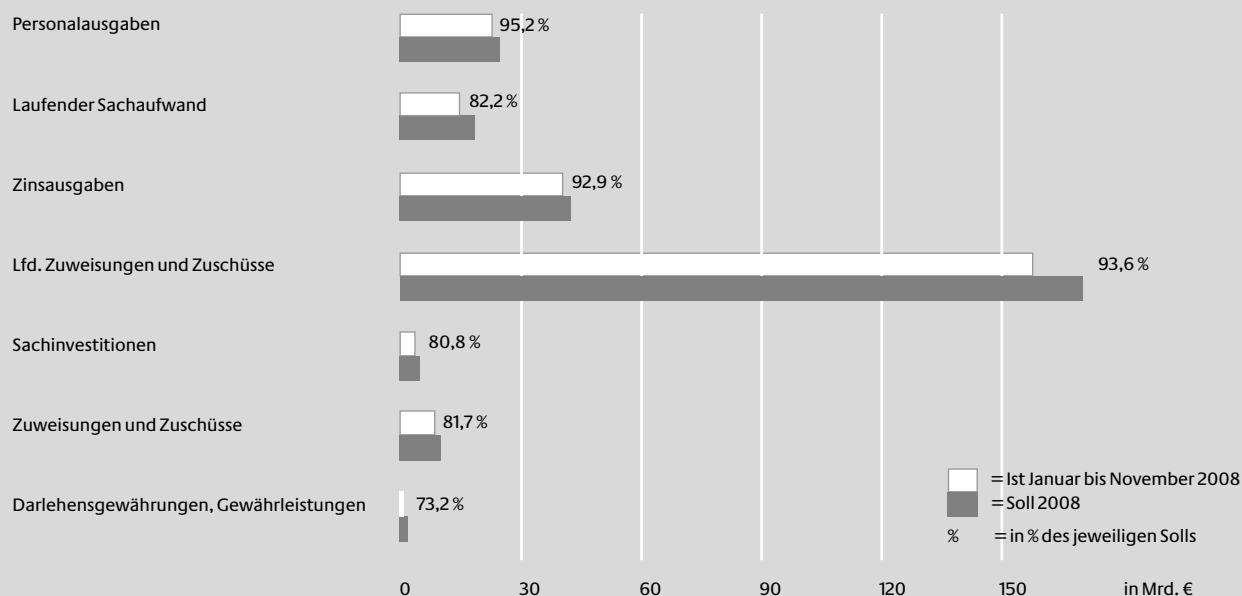
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis November 2008		Ist-Entwicklung Januar bis November 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	244 235	258 509	242 069	92,4	228 210	92,1	6,1
Personalausgaben	26 038	26 762	25 471	9,7	23 013	9,3	10,7
Aktivbezüge	19 662	20 276	19 049	7,3	17 197	6,9	10,8
Versorgung	6 376	6 486	6 422	2,5	5 815	2,3	10,4
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	16 265	6,2	15 691	6,3	3,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 365	1 473	1 180	0,5	1 143	0,5	3,2
Militärische Beschaffungen	8 908	9 581	7 713	2,9	7 162	2,9	7,7
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	7 373	2,8	7 386	3,0	– 0,2
Zinsausgaben	38 721	41 818	38 866	14,8	37 591	15,2	3,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	160 352	169 769	158 848	60,6	151 561	61,2	4,8
an andere Bereiche	14 003	14 463	11 521	4,4	12 486	5,0	– 7,7
darunter:	146 349	155 307	147 439	56,3	139 156	56,2	6,0
Unternehmen	15 399	23 740	19 306	7,4	13 131	5,3	47,0
Renten, Unterstützungen u.a.	29 123	28 276	27 136	10,4	27 047	10,9	0,3
Sozialversicherungen	97 712	98 521	96 668	36,9	95 313	38,5	1,4
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	2 619	1,0	354	0,1	639,8
Investive Ausgaben	26 215	24 658	19 928	7,6	19 614	7,9	1,6
Finanzierungshilfen	19 312	17 385	14 052	5,4	13 980	5,6	0,5
Zuweisungen und Zuschüsse Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	16 580	13 924	11 369	4,3	11 665	4,7	– 2,5
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 100	2 717	1 989	0,8	1 690	0,7	17,7
	632	744	694	0,3	625	0,3	11,0
Sachinvestitionen	6 903	7 273	5 875	2,2	5 635	2,3	4,3
Baumaßnahmen	5 478	5 783	4 799	1,8	4 532	1,8	5,9
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	682	0,3	676	0,3	0,9
Grunderwerb	516	480	394	0,2	426	0,2	– 7,5
Globalansätze	0	32	0		0		
Ausgaben insgesamt	270 450	283 200	261 997	100,0	247 824	100,0	5,7

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis November 2008



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis November 2008



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis November 2008		Ist-Entwicklung Januar bis November 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	230 043	237 955	205 881	88,8	196 715	89,4	4,7
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	184 262	191 705	167 569	72,3	158 089	71,8	6,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	89 886	93 953	78 846	34,0	72 366	32,9	9,0
davon:							
Lohnsteuer	56 005	59 925	50 926	22,0	46 982	21,3	8,4
veranlagte Einkommensteuer	10 628	12 687	9 678	4,2	6 654	3,0	45,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 878	7 083	7 094	3,1	6 167	2,8	15,0
Zinsabschlag	4 918	5 317	5 504	2,4	4 543	2,1	21,2
Körperschaftsteuer	11 455	8 941	5 644	2,4	8 020	3,6	- 29,6
Steuern vom Umsatz	92 755	96 601	87 671	37,8	84 470	38,4	3,8
Gewerbesteuerumlage	1 621	1 151	1 052	0,5	1 254	0,6	- 16,1
Energiesteuer	38 955	40 335	30 753	13,3	30 571	13,9	0,6
Tabaksteuer	14 254	14 050	11 892	5,1	12 511	5,7	- 4,9
Solidaritätszuschlag	12 349	12 800	11 112	4,8	10 327	4,7	7,6
Versicherungsteuer	10 331	10 540	9 724	4,2	9 599	4,4	1,3
Stromsteuer	6 355	6 600	5 709	2,5	5 816	2,6	- 1,8
Branntweinabgaben	1 962	2 163	1 937	0,8	1 762	0,8	9,9
Kaffeesteuer	1 086	980	906	0,4	974	0,4	- 7,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 933	- 14 721	- 11 093	- 4,8	- 11 262	- 5,1	- 1,5
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 337	- 16 240	- 13 501	- 5,8	- 12 516	- 5,7	7,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 929	- 4 100	- 3 429	- 1,5	- 3 368	- 1,5	1,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 710	- 6 610	- 6 119	- 2,6	- 6 151	- 2,8	- 0,5
II. Sonstige Einnahmen	25 675	33 096	25 947	11,2	23 414	10,6	10,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 307	4 385	4 241	1,8	3 895	1,8	8,9
Zinseinnahmen	924	702	678	0,3	765	0,3	- 11,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	6 694	12 534	4 725	2,0	6 030	2,7	- 21,6
Einnahmen zusammen	255 718	271 051	231 828	100,0	220 129	100,0	5,3

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) legten mit +6,1% deutlich stärker zu als in den beiden Vormonaten, deren Entwicklung durch Sondereffekte wie die Auszahlung von Altkapitalguthaben bei der Körperschaftsteuer nach unten gezogen worden war. Die Bundessteuern erhöhten sich in der Summe ebenfalls um 6,1%. Besonders kräftig fiel der Anstieg mit +8,2% bei den gemeinschaftlichen Steuern aus. Bei den Ländersteuern (-21,7%) war dagegen ein erheblicher Rückgang hinzunehmen.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen insgesamt hat sich wieder etwas erhöht. Sie liegt für Januar bis November 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum jetzt bei +5,0%.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im November um +8,3% gegenüber dem Vorjahr. Für den Zeitraum Januar bis November 2008 ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von +4,6%¹, der damit auf genau gleicher Höhe wie bei den Ländern liegt.

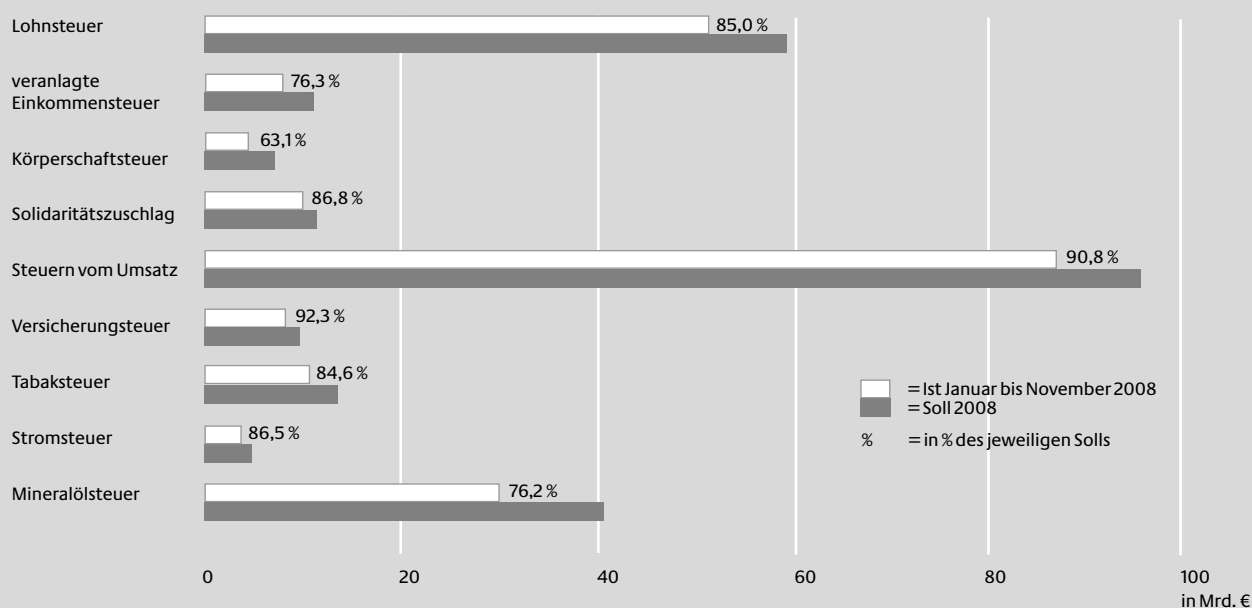
Bei der Lohnsteuer macht sich weiter positiv bemerkbar, dass sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch deren durchschnittliche Verdienste höher gewesen sind als vor einem Jahr. Die Zuwachsrate bei den kassenmäßigen Einnahmen (+10,4%) lag im November deutlich über dem für den bisherigen Jahresverlauf errechneten Anstieg (Januar bis Oktober kumuliert: +7,9%).

Bei der veranlagten Einkommensteuer kam es im Vorjahresvergleich zu einer Verbesserung um rund 100 Mio. €. Dafür waren rückläufige Arbeitnehmererstattungen maßgeblich. Ohne deren Einfluss hätte sich das Aufkommen gegenüber dem Vorjahresmonat leicht vermindert.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich gemessen am November 2007 um rd. 170 Mio. € verringert. Ungewöhnlich hohe Erstattungen in einigen Bundesländern hatten das Ergebnis allerdings schon im Vorjahr nach unten gedrückt. Bei einer Bereinigung um diesen Basisefekt wäre der Rückgang im Berichtsmonat noch klarer ausgefallen. Die Monate Januar bis November zusammen genommen liegt das kassenmäßige Aufkommen bei der Körperschaftsteuer um fast 30% unter dem Vorjahr. Darin schlagen sich neben reformbedingten Einbußen die Rückzahlungen von Altkapitalguthaben nach § 37 Abs. 5

¹ Abweichung zur Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. S. 18, Fußnote 1).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis November 2008



Körperschaftsteuergesetz nieder, zu denen es vor allem im September und Oktober gekommen war.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde die kumulierte Rate (Januar bis Oktober: +14,3%) durch ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis (+ 27,2 %) weiter nach oben gezogen. Deutlich schwächer als bisher war der Anstieg beim Zinsabschlag (+ 4,7%).

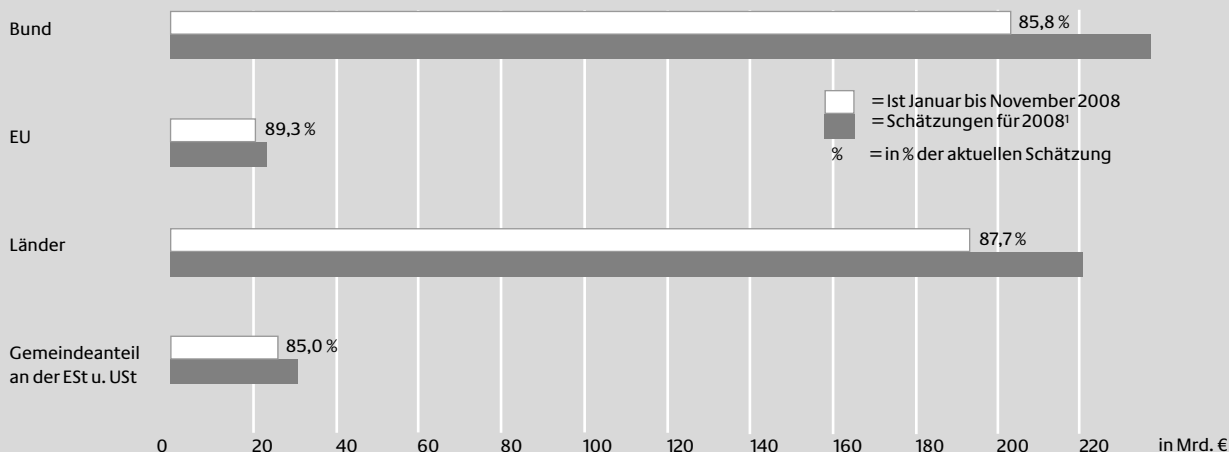
Die Zunahme bei den Steuern vom Umsatz fiel im November 2008 mit + 6,7% kräftiger aus als in den Monaten davor. Dabei waren die Zuflüsse aus der Einfuhrumsatzsteuer niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (– 1,3%). Die Ursache dafür dürfte darin liegen, dass der Wert der Drittlands-einfuhren sich nicht zuletzt wegen rückläufiger Rohstoffpreise verringert hat. Weil sich dadurch die Vorsteuerabzüge im Inland entsprechend verringern, wurde bei den kassenmäßigen Einnahmen aus der Umsatzsteuer ein umso höheres Plus erzielt (+ 9,7%). Das Resultat korrespondiert mit dem guten Ergebnis beim Einzelhandelsumsatz im Monat September (+ 4,1% gegenüber dem Vorjahr).

Die reinen Bundessteuern übertrafen das Niveau des Vorjahres in der Summe um + 6,1 %. Außer bei der Tabaksteuer (– 2,0%) gab es hier über-

all positive Notierungen. Eine Erholung war dabei auch bei der Energiesteuer (+ 8,7 %) und bei der Stromsteuer (+ 10,4%) festzustellen, die sich im bisherigen Jahresverlauf relativ schwach entwickelt hatten. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass preisbedingte Zurückhaltungen beim Kraftstoffverbrauch wie auch bei der Abnahme von Heizöl nun vermehrt aufgegeben werden. Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer, bei der die Entwicklung in der Regel kontinuierlicher verläuft, erhöhten sich um 2,7 %. Beim Solidaritätszuschlag führte die erfreuliche Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen im November zu einem Plus von + 8,9 %.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern blieb im November 2008 um rund ein Fünftel hinter dem Ergebnis vom Vorjahr zurück (– 21,7 %). Ähnlich wie im Oktober wurde der stärkste Rückgang (– 34,7 %) bei der Grunderwerbsteuer verzeichnet. Hierin spiegeln sich die aktuellen Probleme auf dem Immobilienmarkt wider. Ein Minus im Vergleich zum Vorjahr wird auch für die Kraftfahrzeugsteuer (– 14,3 %), die Erbschaftsteuer (– 21,4 %) und die Rennwett- und Lotteriesteuer (– 24,4 %) ausgewiesen.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis November 2008



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2008).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2008 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 805	10,4	123 041	8,1	141 800	7,6
veranlagte Einkommensteuer	– 352	X	22 752	45,3	32 450	29,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	490	27,2	14 154	14,8	14 950	8,4
Zinsabschlag	1 031	4,7	12 509	21,2	13 590	21,6
Körperschaftsteuer	– 935	X	11 271	– 29,7	17 250	– 24,8
Steuern vom Umsatz	16 351	6,7	160 894	4,2	175 850	3,7
Gewerbesteuerumlage	294	– 9,6	2 622	– 12,0	3 234	– 16,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	211	5,0	2 636	9,7	3 316	6,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	27 894	8,2	349 880	6,7	402 440	5,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 536	8,7	30 753	0,6	39 500	1,4
Tabaksteuer	1 197	– 2,0	11 892	– 4,9	13 400	– 6,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	179	8,2	1 934	9,9	2 130	8,7
Versicherungsteuer	674	2,7	9 724	1,3	10 450	1,1
Stromsteuer	579	10,4	5 709	– 1,8	6 200	– 2,4
Solidaritätszuschlag	680	8,9	11 112	7,6	13 050	5,7
übrige Bundessteuern	136	1,4	1 330	– 0,7	1 458	– 2,0
Bundessteuern insgesamt	6 982	6,1	72 454	0,7	86 188	0,6
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	294	– 21,4	4 398	12,2	4 780	13,7
Grunderwerbsteuer	373	– 34,7	5 334	– 18,0	5 770	– 17,0
Kraftfahrzeugsteuer	579	– 14,3	8 177	– 1,4	8 850	– 0,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	110	– 24,4	1 421	– 6,2	1 648	– 3,1
Biersteuer	59	– 3,5	688	– 1,9	740	– 2,2
sonstige Ländersteuern	39	28,2	315	1,2	315	– 2,9
Ländersteuern insgesamt	1 456	– 21,7	20 333	– 4,3	22 103	– 3,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	366	– 2,4	3 674	– 1,0	4 000	0,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	312	1,8	3 429	1,8	3 740	– 4,8
BNE-Eigenmittel	1 335	4,8	13 501	7,9	15 330	6,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 013	2,9	20 604	5,1	23 070	3,7
Bund³	17 288	8,3	204 726	4,6	238 683	3,7
Länder³	15 378	3,5	194 428	4,6	221 699	4,0
EU	2 013	2,9	20 604	5,1	23 070	3,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 018	10,5	26 582	11,9	31 279	10,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	36 698	6,1	446 341	5,0	514 731	4,2

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2008.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

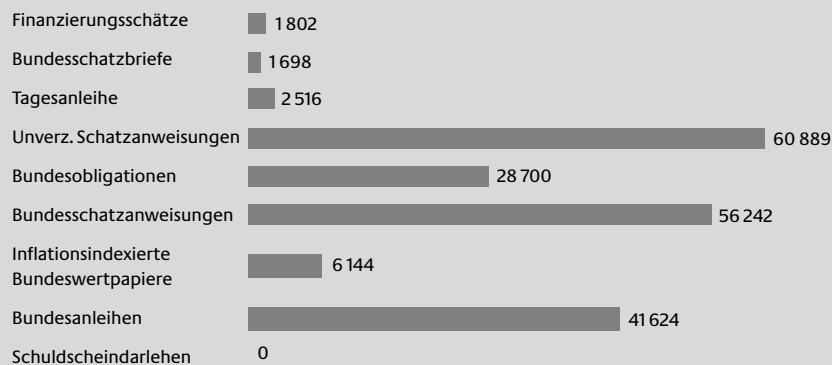
Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im November weiter gesunken. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende Oktober bei 3,77 % lag, notierte Ende November bei 3,22 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 4,76 % Ende Oktober auf 3,85 % Ende November. Die Europäische Zentralbank hat am 4. Dezember 2008 beschlossen, die Leitzinsen um 75 Basispunkte zu senken. Mit Wirkung vom 10. Dezember liegt der

Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 2,50 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte gaben im November weiter nach; der Deutsche Aktienindex notierte Ende November bei 4 669 Punkten gegenüber 4 988 Punkten Ende Oktober; der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 sank im gleichen Zeitraum von 2 592 auf 2 430 Punkte.

Kreditaufnahme des Bundes bis Oktober 2008 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.

Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 918 Mio. €.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Oktober 2008

Medium Term Notes Treuhand (0,0 %)

Finanzierungsschätze (0,2 %)

Tagesanleihen (0,3 %)

Bundesschatzbriefe (1,0 %)

Schuldscheindarlehen (1,4 %)

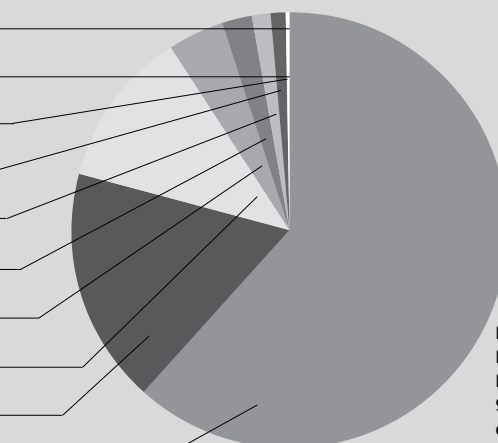
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere (2,3 %)

Unverzinsliche Schatzanweisungen (4,0 %)

Bundesschatzanweisungen (11,9 %)

Bundesschatzbriefe (17,3 %)

Anleihen (61,6 %)



Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 963,7 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 38,049 Mrd. €

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet blieb im Oktober mit 8,7 % gegenüber dem Vormonat unverändert. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum August 2008 bis Oktober 2008 betrug 8,7 %, verglichen mit 8,9 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum sank im September auf 8,6 % (nach 10,1 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums ist damit trotz der Finanzkrise immer noch relativ kräftig. In Deutschland sank diese Kreditwachstumsrate von 6,5 % im September 2008 auf 5,7 % im Oktober 2008.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich Oktober 199,6 Mrd. €. Davon wurden 183 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Tenderverfahren die 2,25 %ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE 0001030518 – am 5. März 2008 um 3 Mrd. € und am 9. Juli 2008 um 2 Mrd. € sowie die 1,5 %ige inflationsindexierte Anleihe des Bundes – ISIN DE 0001030500 – am 11. Juni 2008 um 2 Mrd. € aufgestockt. Wegen der Kapitalmarktentwicklung wurde statt der zunächst angekündigten Aufstockung der Bundesanleihe vom 23. Juli 2008 – ISIN DE 0001135325 – um 4 Mrd. € eine Neuemission einer Bundesanleihe mit einer 30-jährigen Laufzeit – ISIN DE 0001135366 – um 4 Mrd. € begeben. Drei Unverzinsliche Schatzanweisungen des

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Summe insges.
	in Mrd. €										
Anleihen	15,6	–	–	–	–	–	22,8	–	–	–	38,2
Bundesobligationen	–	14,0	–	14,0	–	–	–	–	–	14,0	42,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	16,0	–	–	14,0	–	–	15,0	–	45,0
Unverz. Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	58,8
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,4	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	2,5
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	1,9
Tagesanleihen							0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0	0,0
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Entschädigungsfonds	0,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,1
Schuldscheindarlehen	1,0	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,3	0,1	0,6	0,3	2,9
Gesamtes Tilgungsvolumen	23,2	20,4	22,7	20,2	6,2	20,2	29,3	6,6	22,0	20,8	191,5

Zinszahlungen

	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Summe insges.
	in Mrd. €										
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	3,4	0,2	1,7	13,7	0,3	1,3	3,1	39,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bundes (Bubills) mit Fälligkeiten 14. Januar 2009, 18. Februar 2009 und 18. März 2009 (ISIN DE0001115186/WKN 111518, ISIN DE0001115194 / WKN 111519, ISIN DE0001115202/WKN 111520) wurden am 22. September 2008 um jeweils 1 Mrd. € auf jeweils 7 Mrd. € aufgestockt und von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH im Rahmen der Marktpflege platziert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 0,9 Mrd. €).

Die im letzten Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2008“.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich bis einschließlich Oktober 2008 auf rund 191,5 Mrd. €; die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ betrugen rund 39,4 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2008

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137230 WKN 113 723	Aufstockung	8. Oktober 2008	2 Jahre fällig 10. September 2010 Zinslaufbeginn: 10. September 2010 erster Zinstermin: 10. September 2009	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114153	Aufstockung	22. Oktober 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Neuemission	12. November 2008	10 Jahre fällig 4. Januar 2009 Zinslaufbeginn: 14. November 2008 erster Zinstermin: 4. Januar 2010	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114 153	Aufstockung	19. November 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	ca. 4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137248 WKN 113724	Neuemission	10. Dezember 2008	2 Jahre fällig 10. Dezember 2010 Zinslaufbeginn: 10. Dezember 2008 erster Zinstermin: 10. Dezember 2009	ca. 7 Mrd. €
4. Quartal 2008 insgesamt				ca. 30 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115210 WKN 111 521	Neuemission	13. Oktober 2008	6 Monate fällig 22. April 2009	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115228 WKN 111 522	Neuemission	17. November 2008	6 Monate fällig 13. Mai 2009	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115236 WKN 111 523	Neuemission	8. Dezember 2008	6 Monate fällig 17. Juni 2009	ca. 6 Mrd. €
4. Quartal 2008 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Abkühlung der Weltkonjunktur trifft die deutsche Wirtschaft besonders stark.
- Schlechtere Absatzperspektiven führen zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit.
- Konjunkturelle Abkühlung auf dem Arbeitsmarkt allmählich sichtbar.
- Preisklima hat sich zuletzt beruhigt – deflationäre Tendenzen sind nicht zu befürchten.

In Deutschland zeigt sich seit dem Frühjahr 2008 eine deutliche konjunkturelle Abkühlung. So ist das Bruttoinlandsprodukt im 2. und 3. Quartal zurückgegangen (preis-, kalender- und saisonbereinigter BIP-Rückgang – 0,5 % gegenüber dem Vorquartal, nach – 0,4 % im 2. Quartal).

Im 3. Quartal wurden in den rückläufigen Exporten die Bremswirkungen der abgekühlten Weltkonjunktur sichtbar. Der Einbruch der Exportnachfrage trifft Deutschland besonders stark, zumal auch die Haupthandelspartner aus der Europäischen Union ihre Importe aus Deutschland spürbar zurückfahren. So sind im 3. Quartal vom Außenbeitrag im Vergleich zum vorangegangenen Vierteljahr negative Wachstumsimpulse auf das Bruttoinlandsprodukt ausgegangen (Außenbeitrag: saison- und preisbereinigt – 1,7 Prozentpunkte).

Die verschlechterten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wirken sich auch erheblich auf die binnenwirtschaftliche Aktivität aus. So gab es im 3. Quartal im Verlauf weniger Investitionen in Ausrüstungen. Dies zeigte die abwärts gerichtete Entwicklung von Produktion und Auftragseingängen von Investitionsgütern bereits an. Die Bauinvestitionen wirkten zwar stützend. Sie weisen aber insgesamt – nach der deutlichen Zunahme im 1. Quartal und dem im 2. Quartal folgenden Rückpralleffekt – auf eine merkliche Verringerung der Dynamik hin.

Positive Wachstumsimpulse kamen im 3. Quartal vor allem durch den Aufbau von Vorräten. Die leichte Zunahme des Staatskonsums

sowie der Privaten Konsumausgaben trugen nur geringfügig zur Dämpfung des BIP-Rückgangs bei. Zwar wurde der private Konsum durch Lohnzuwächse, die aus der Beschäftigungsexpansion und den Tariflohnerhöhungen resultieren, begünstigt. Der hohe Preisniveaustieg für Energieprodukte und Nahrungsmittel bis September beeinträchtigte jedoch die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Die Wirtschaftsdaten für die vergangenen beiden Quartale sowie die aktuellen Indikatoren zeigen, dass sich Deutschland in einer Rezession befindet. So sind sowohl die Nachfrage als auch die Produktion in der Industrie erheblich rückläufig, und die Auftragsbestände schmelzen ab. Ebenso hat sich die Stimmung in den Unternehmen stark eingetrübt (drastischer Rückgang des ifo-Geschäftsklimaindex). Vor diesem Hintergrund ist im 4. Quartal mit einem beschleunigten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten geht deutlich zurück. Darauf deutet auch die im ifo-Test erhobene Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe hin. Es ist damit zu rechnen, dass der Auslastungsgrad im nächsten Jahr deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt liegen wird, d.h. das Bruttoinlandsprodukt wird unter dem gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential liegen (negative Produktionslücke).

Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich in der Abflachung des Beschäftigungsaufbaus Brems Spuren der konjunkturellen Abschwächung. Im

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1.Q.08	2.Q.08	3.Q.08	1.Q.08	2.Q.08	3.Q.08
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	108,7	+ 2,5	+ 1,4	- 0,4	- 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,3
jeweilige Preise	2 423	+ 4,4	+ 1,8	- 0,1	- 0,0	+ 3,1	+ 4,5	+ 2,7
Einkommen								
Volkseinkommen	1 827	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 3,6	+ 5,1	+ 2,9
Arbeitnehmerentgelte	1 184	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	644	+ 4,5	+ 1,5	- 0,0	- 0,1	+ 3,8	+ 8,7	+ 1,7
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 515	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7
Bruttolöhne und -gehälter	958	+ 3,4	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,9
Sparen der privaten Haushalte	167	+ 5,1	+ 3,4	- 0,2	+ 1,4	+ 7,7	+ 8,3	+ 9,6
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
					Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt
			Sep 08	Okt 08		Sep 08	Okt 08	
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	- 0,6	- 2,3	.	+ 0,7	+ 6,1	.	+ 2,6
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	965	+ 8,1	+ 0,8	- 0,5	+ 0,4	+ 7,0	+ 1,4	+ 4,1
Waren-Importe	770	+ 4,9	+ 1,0	- 3,5	- 2,1	+ 14,2	+ 5,4	+ 9,6
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹	116,3	+ 5,9	- 3,3	- 2,1	- 2,8	- 1,9	- 3,9	- 2,9
Industrie ³	121,1	+ 6,9	- 3,6	- 2,2	- 3,1	- 1,8	- 3,9	- 2,8
Bauhauptgewerbe	83,2	+ 2,8	- 3,0	- 3,0	- 1,5	- 1,8	- 4,3	- 3,0
Umsätze im Produzierenden Gewerbe¹								
Industrie (Index 2000 = 100) ²	121,6	+ 6,4	- 4,3	- 0,2	- 2,3	- 2,3	- 3,4	- 2,8
Inland	107,2	+ 4,5	- 5,1	- 0,1	- 2,7	- 1,3	- 2,1	- 1,7
Ausland	144,9	+ 8,7	- 3,3	- 0,2	- 1,8	- 3,4	- 4,7	- 4,1
Auftragseingang (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ²	130,7	+ 9,8	- 8,3	- 6,1	- 9,5	- 9,3	- 17,3	- 13,4
Inland	113,0	+ 7,1	- 4,7	- 6,1	- 6,3	- 4,3	- 11,3	- 7,8
Ausland	152,8	+ 12,5	- 11,6	- 6,2	- 12,6	- 13,9	- 22,7	- 18,4
Bauhauptgewerbe	77,5	+ 4,0	+ 3,0	.	- 5,5	- 1,4	.	- 2,3
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(einschl. Kfz und Tankstellen)	100,5	- 3,7	- 0,6	- 1,7	- 0,3	+ 2,4	- 2,7	- 0,3
Großhandel (ohne Kfz)	109,2	- 0,6	+ 1,4	- 1,1	+ 1,2	+ 8,9	+ 0,8	+ 4,7
Arbeitsmarkt	2007 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Sep 08	Okt 08	Nov 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,78	- 15,8	- 25	- 23	- 10	- 463	- 437	- 390
Erwerbstätige, Inland	39,77	+ 1,7	+ 22	+ 37	.	+ 552	+ 518	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26,97	+ 2,2	+ 51	.	.	+ 578	.	.
Preisindizes	2007 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Sep 08	Okt 08	Nov 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08
2000 = 100								
Importpreise	108,0	+ 1,2	- 0,1	- 3,6	.	+ 7,6	+ 2,9	.
Erzeugerpreise gewerbli. Produkte	119,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,0	.	+ 8,3	+ 7,8	.
Verbraucherpreise 2005 = 100	103,9	+ 2,3	- 0,1	- 0,2	- 0,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,4
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Apr 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08
Klima	+ 3,8	+ 5,8	+ 1,4	- 6,1	- 11,3	- 14,9	- 20,2	- 29,0
Geschäftslage	+ 12,4	+ 15,6	+ 12,1	+ 6,9	+ 2,4	- 4,2	- 4,0	- 13,9
Geschäftserwartungen	- 4,5	- 3,6	- 8,8	- 18,2	- 24,0	- 25,0	- 35,1	- 42,8

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

November stellte sich die Arbeitsmarktlage jedoch noch günstig dar. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Einnahmen aus der Lohnsteuer wider, die im November um 10,4 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen sind.

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich deutlich verschlechtert, da sich weltweit das Wirtschaftswachstum spürbar abgeschwächt hat. Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihrer Exportabhängigkeit, die sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat, in besonderem Maße von der Abkühlung der Weltwirtschaft betroffen. Die nominalen Warenexporte sind zwar im September/Oktober leicht angestiegen und zeigen im Verlauf noch eine seitwärtsgerichtete Entwicklungstendenz. Im Vorjahresvergleich hat sich die Dynamik jedoch erheblich abgeschwächt. Der Exportanstieg von Januar bis Oktober war gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum mit 5,7 % deutlich niedriger als im Jahresdurchschnitt 2007 (+ 8,1 %). Die Ausfuhrzunahme in Drittländer war weiterhin überdurchschnittlich (+ 8,0 %) im Vergleich zum Exportanstieg in den Nicht-Euroraum der EU (+ 5,5 %) und in den Euroraum (+ 3,9 %). Den deutschen Exportunternehmen macht die Verschlechterung der Wirtschaftslage bei wichtigen Handelspartnern im Euroraum besonders zu schaffen. Durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zwar wieder verbessert. Dem steht aber eine zunehmende Verschlechterung der Absatzperspektiven in die USA sowie in die Schwellen- und Entwicklungsländer gegenüber. Die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfeldes dürfte sich in den Exporten in den nächsten Monaten noch deutlicher widerspiegeln. So ist die Auslandsnachfrage nach einem drastischen Einbruch im September (Oktober) aktuell nochmals erheblich zurückgegangen. Besonders stark ist die Verringerung der Nachfrage nach Investitionsgütern aus den Handelspartnerländern des Euroraums. Damit dürften die Exporte in den nächsten Monaten weiter an Kraft verlieren. Die spürbare Eintrübung der Stimmungsindikatoren deutet auf eine weitere Abschwächung der Weltkonjunktur hin (ifo-Exporterwartungen, ifo World Economic Survey sowie der OECD Composite Leading Indica-

tor). Auch die Dynamik der nominalen Einfuhren hat nun merklich abgenommen.

Die sich abschwächenden Exporte stellen gleichzeitig eine große Belastung für die binnenwirtschaftliche Aktivität, insbesondere für die Investitionstätigkeit, dar. So hat sich im September/Oktober die abwärtsgerichtete Entwicklungstendenz der Industrieindikatoren spürbar beschleunigt. Der Rückgang der industriellen Erzeugung betraf alle drei Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions-, Konsumgüter). Am kräftigsten war der Rückgang der Vorleistungsgüterherstellung, die zugleich ein Indikator für die zukünftige Produktion ist. Auch die Herstellung von Investitionsgütern wurde spürbar eingeschränkt. Bei deutlich rückläufiger Industrieproduktion blieben die Umsätze im Oktober sowohl im Inland als auch mit dem Ausland im Vergleich zum Vormonat nahezu stabil. Im September/Oktober zeigte sich dagegen eine deutliche Umsatzminderung, die jedoch nicht so stark war wie der Produktionsrückgang. Die insgesamt weniger ungünstige Entwicklung der Umsätze im Vergleich zur Industrieproduktion impliziert, dass Lagerbestände abgebaut worden sind.

Die Auftragseingänge in der Industrie sanken nach dem drastischen Rückgang vom September auch im Oktober nochmals erheblich. Neben den stark exportorientierten Industriezweigen bekommen nun auch die binnenwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen die Auswirkungen der Abkühlung der Weltkonjunktur immer deutlicher zu spüren. Dies zeigt die Beschleunigung des Abwärtstrends der Inlandsaufträge für Investitions- und Vorleistungsgüter. Der erneute drastische Einbruch der Auftragseingänge signalisiert, dass die Produktion in den kommenden Monaten weiter spürbar rückläufig sein dürfte. Dafür spricht auch das Abschmelzen der Auftragsbestände. Die Produktionspläne der Investitionsgüterproduzenten haben den niedrigsten Indexstand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die ausgeprägte Stimmungseintrübung im Verarbeitenden Gewerbe zeigt, dass sich die rückläufige Tendenz in diesem Wirtschaftsbereich bis in das nächste Jahr hinein fortsetzen dürfte. Die jeweiligen Industriebranchen sind aber unterschiedlich stark von der Abkühlung der Weltkonjunktur betroffen. Besonders ausgeprägt sind die Auswirkungen

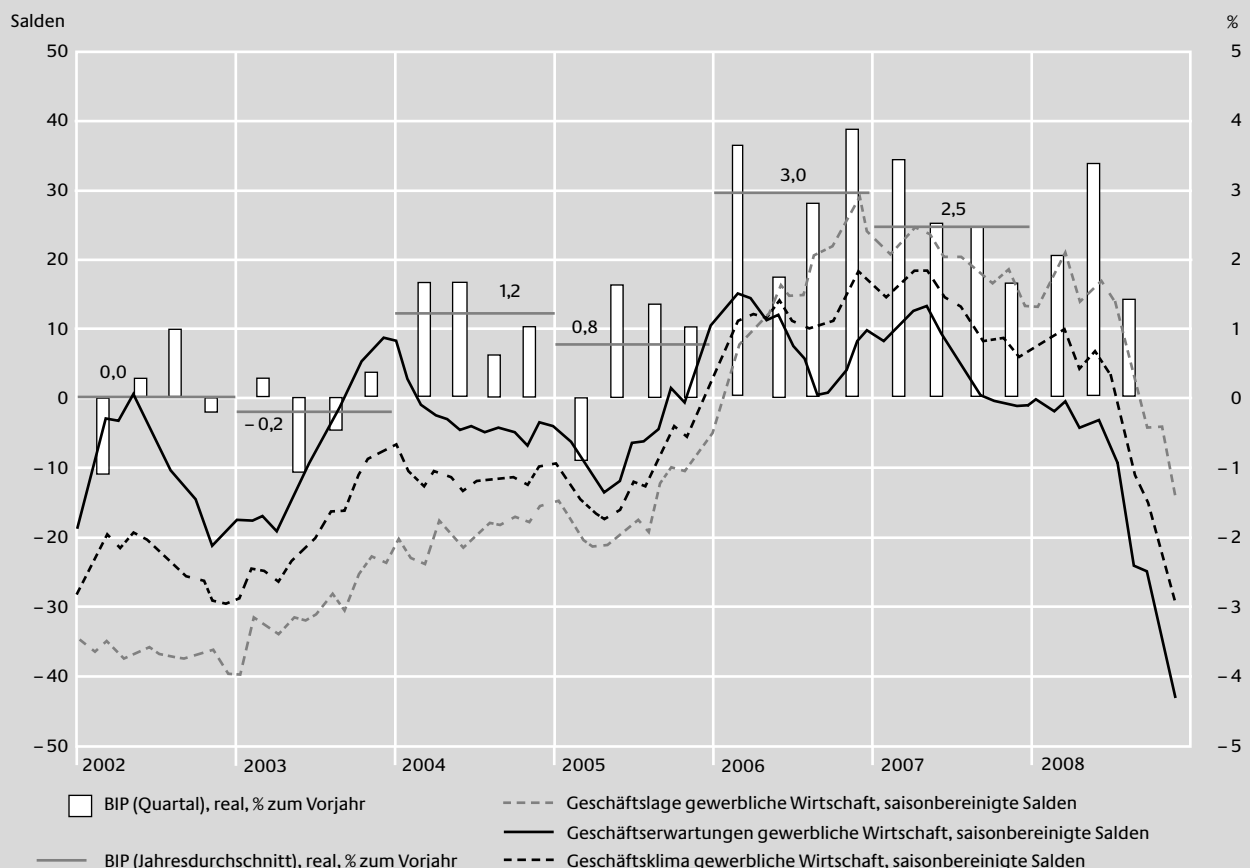
derzeit in der Automobilindustrie, im Schiffbau und in der Stahlindustrie.

Die Abschwächung der industriellen Nachfrage belastet auch zunehmend das Baugewerbe. So ist die Produktion im Bauhauptgewerbe im September/Okttober merklich gesunken. Der Rückgang der Auftragseingänge bei den Bauunternehmen (3. Quartal: - 1,1 %) deutet auf eine weiter nachlassende Dynamik im Baugewerbe hin. Im gewerblichen Bau wirkt sich bereits die Verschlechterung der Absatzperspektiven sowohl im Inland als auch im Ausland aus. So sind die Baugenehmigungen für den Hochbau gewerblicher Bauten sowohl der nichtöffentlichen als auch der öffentlichen Bauherren im 3. Quartal spürbar rückläufig gewesen. Ein wesentlicher Grund für die Verschlechterung der Lage im Baubereich ist, dass Investitionserweiterungen als Investitionsmotiv aufgrund sinkender Kapazitätsauslastung zunehmend in den Hintergrund treten.

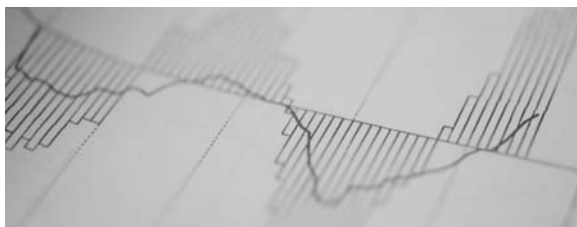
Der private Konsum neigt weiterhin zur Schwäche. Er war in der ersten Hälfte dieses Jah-

res deutlich rückläufig; im 3. Quartal kam es zu einer leichten Stabilisierung (saison-, kalender- und preisbereinigt + 0,3 % gegenüber dem Vorquartal), die sich auch für das 4. Quartal andeutet. So ist der Einzelhandel (einschl. Kfz und Tankstellen) im September/Okttober zwar noch leicht zurück gegangen (in saisonbereinigter Rechnung). Aber für November/Dezember haben sich die Aussichten des Einzelhandelsgeschäfts etwas verbessert: Der spürbare Rückgang der Rohölpreise auf dem Weltmarkt hat im November den Anstieg des Verbraucherpreisindeks deutlich gebremst. Preisrückgänge bei Kraftstoffen und Heizöl dürften durch Kaufkraftentlastungen das Weihnachtsgeschäft begünstigen. Hinzu kommen Einkommensverbesserungen aufgrund des bis in den Oktober anhaltenden Beschäftigungszuwachses sowie des Tarifabschlusses in der Metall- und Elektroindustrie. Sonderzahlungen der Unternehmen und im öffentlichen Dienst im November/Dezember dürften ebenfalls stützend wirken. Das GfK-Konsumklima hat sich etwas verbessert,

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



wenngleich auf niedrigem Niveau. Einzelhändler schätzten im November ihre Lage allerdings schlechter ein als im Vormonat (ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel). Trotz zu erwartender leichter Verbesserungen des Einzelhandelsgeschäfts zum Ende dieses Jahres befinden sich die Umsätze auf einem sehr niedrigen Niveau. Angesichts der Konjunkturabschwächung und der damit einhergehenden negativen Folgen für den Arbeitsmarkt ist auch im nächsten Jahr mit einer gedämpften Entwicklung des Umsatzes im Einzelhandel zu rechnen. Die Risiken für eine Belebung des privaten Konsums bleiben damit groß.



Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich die ersten Auswirkungen der konjunkturellen Abkühlung in einer Verlangsamung des Rückgangs der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl. Mit 10 000 arbeitslosen Personen weniger im Oktober gegenüber dem Vormonat war der Rückgang weniger stark als die monatsdurchschnittliche Abnahme von Januar bis Oktober (– 34 000). Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) ist im November im Vergleich zum Vorjahr um 390 000 auf 2,99 Mio. Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote nahm dabei um 1,0 Prozentpunkte auf 7,1 % ab (West 6,0 %, Ost 11,8 %).

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im Oktober um 37 000 an und damit um etwas weniger als im Monatsdurchschnitt Januar bis September (+ 45 000). Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl weiterhin spürbar auf 40,91 Mio. Personen (+ 518 000). Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hat sich im September noch verstärkt. Einen Beschäftigungsaufbau gab es im Vorjahresvergleich in fast allen Branchen, insbesondere bei unternehmensnahen Dienstleistungen (+ 5,0 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (+ 1,7 %). Der nur noch marginale Rückgang der Zahl der

Arbeitslosen stellt ein erstes Anzeichen dafür dar, dass die Konjunkturabkühlung allmählich den Arbeitsmarkt erreicht, auch wenn die Beschäftigung zunächst noch spürbar angestiegen ist. In den nächsten Monaten dürfte die Konjunkturabschwächung noch deutlicher auf dem Arbeitsmarkt sichtbar werden. Darauf deutet die nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften hin. So ist der BA-X Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit zurückgegangen. Darüber hinaus zeigen die vom ifo-Institut befragten Industrieunternehmen an, dass sie ihren Personalbestand reduzieren wollen. Auch die Einkaufsmanager signalisieren erstmals seit gut drei Jahren einen Beschäftigungsabbau in diesem Wirtschaftsbereich. Allerdings könnte die Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Inanspruchnahme sowie die zeitliche Ausweitung der Zahlung des Kurzarbeitergeldes im Verlauf etwas gedämpft werden.

Das Preisklima hat sich zuletzt – aufgrund der deutlich rückläufigen Energiepreinsniveaus – beruhigt. So stieg der Verbraucherpreisindex im November um 1,4 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum an. Im Oktober hatte der Anstieg noch 2,4 % betragen. Damit blieb die jährliche Teuerungsrate erstmals seit Juni 2007 wieder unter dem EZB-Ziel von „unter, aber nahe“ 2 %. Im Vergleich zum Vormonat kam es zu einem Rückgang um 0,5 %. Die rückläufige Jahresteuerrate war maßgeblich von Preisrückgängen bei Mineralölprodukten geprägt (Kraftstoffe: – 13,1 %, Heizöl: – 2,6 %). Die deutliche Rückbildung der Jahresteuerrate ist vor allem auf sinkende Weltmarktpreise für Rohöl zurückzuführen. Zusätzlich wirkt ein statistischer Basiseffekt dämpfend. Eine überdurchschnittliche Teuerung war bei Gas (+ 22,4 %), Umlagen für die Zentralheizung und Fernwärme (+ 15,7 %) sowie Strom (+ 6,1 %) festzustellen. Ohne Einrechnung von Mineralölprodukten wäre die Inflationsrate mit 2,0 % wesentlich höher ausgefallen. Der Preisanstieg für Nahrungsmittel ließ zum vierten Mal in Folge nach und liegt nun bei 2,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Dabei verteuerten sich vor allem Süßwaren und Brot- und Getreideerzeugnisse. Dagegen waren Molkereiprodukte billiger als vor einem Jahr.

Die Preisentwicklung auf den vorgelagerten Handelsstufen – Import- und Erzeugerpreise –

ist ebenfalls von deutlicher Entspannung gekennzeichnet. Die Inflationsrisiken dürften damit weiter abnehmen. Deflationäre Tendenzen sind jedoch nicht zu befürchten. Derzeit bilden sich lediglich die Niveaus der Nahrungsmittel- und Kraftstoffpreise wieder zurück. Die Kerninflation entwickelte sich mit einem Anstieg um 1,3 % (November) nach wie vor so wie im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Mit einer rückläufigen Entwicklung der Kerninflationsrate ist nicht zu rechnen. Dafür sprechen auch die bereits erfolgten und noch zu erwartenden Tariflohnabschlüsse, zuletzt in der Metall- und Elektroindustrie.

Der Importpreisindex lag im Oktober 2008 um 2,9 % über dem Vorjahresstand. Dies war die niedrigste Jahresteuersatzrate seit Oktober 2007 (+ 2,3 %). Im September 2008 hatte die Jahresveränderungsrate noch + 7,6 % betragen. Gegenüber September 2008 sank der Einfuhrpreisindex um 3,6 %. Bisher wurde ein Preisrückgang gegenüber dem Vormonat in dieser Höhe noch nie beobachtet. Er ist insbesondere auf die fallenden Preise im Energiesektor (– 15,8 %) und

bei den Rohstoffen (– 13,0 %) zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Importpreisanstieg für Erdgas erheblich (+ 60 %). Im gesamten Energiebereich legten die Preise um 10,3 % zu. Ohne Energieerzeugnisse lag der Importpreisindex um 1,3 % über dem Niveau des Vorjahres. Der Preisanstieg der Nahrungsmittelpreise hat sich im Vorjahresvergleich weiter abgeschwächt (+ 2,8 %).

Der Erzeugerpreisindex ist im Oktober um 7,8 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Im September hatte die Jahresteuersatzrate noch 8,3 % betragen. Im Vergleich zum Vormonat blieb der Index unverändert. Wie in den vorherigen Monaten hatte der Preisanstieg für Energie im Oktober (+ 22,4 %) den größten Einfluss auf die Erzeugerpreiserhöhung im Vorjahresvergleich. Erzeugerpreise für Erdgas (39,8 %) und Strom (+ 16,9 %) waren spürbar höher als vor einem Jahr. Mineralölprodukte lagen dagegen lediglich um 6,0 % über ihrem Vorjahresniveau. Ohne Berücksichtigung von Energieerzeugnissen stiegen die Erzeugerpreise im Vorjahresvergleich um 2,9 %.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Oktober 2008 vor.

Die Einnahmen der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 3,8 %. Die Steuereinnahmen stiegen um + 5,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Berichtszeitraum nahmen die Ausgaben der Länder insgesamt um + 2,9 % zu, dies entspricht den Planungen für 2008. Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit betrug bis

Ende Oktober 2008 rund – 0,6 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das eine Verbesserung um rund +1,9 Mrd. €.

In den Flächenländern West stiegen die Einnahmen um + 3,9 % und die Ausgaben um + 3,0 %. Die Ausgaben in den ostdeutschen Flächenländern wurden im Vergleich zum Vorjahr um + 2,2 % ausgeweitet, die Einnahmen der Flächenländer Ost stiegen um + 1,2 %. Am günstigsten entwickelten sich die Einnahmen in den Stadtstaaten mit + 8,3 %. Dem stand ein Ausgabenzuwachs von + 3,7 % gegenüber.

Länder insgesamt

Bereinigte Ausgaben

Personalausgaben

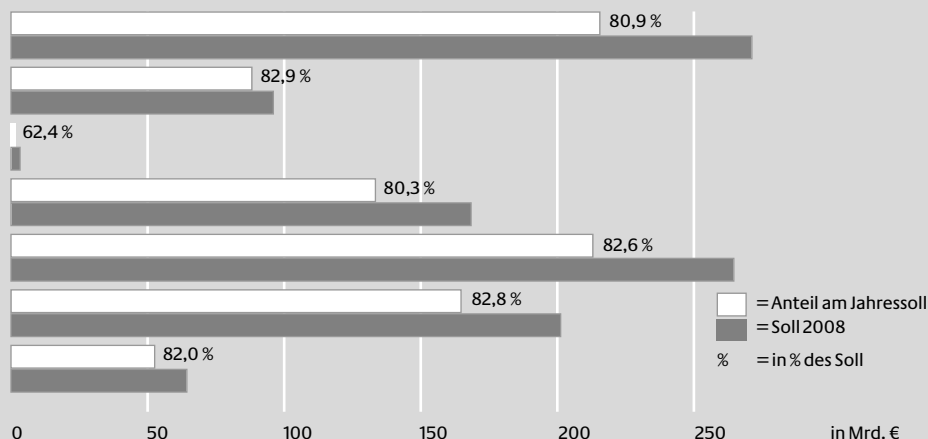
Bauausgaben

übrige Ausgaben

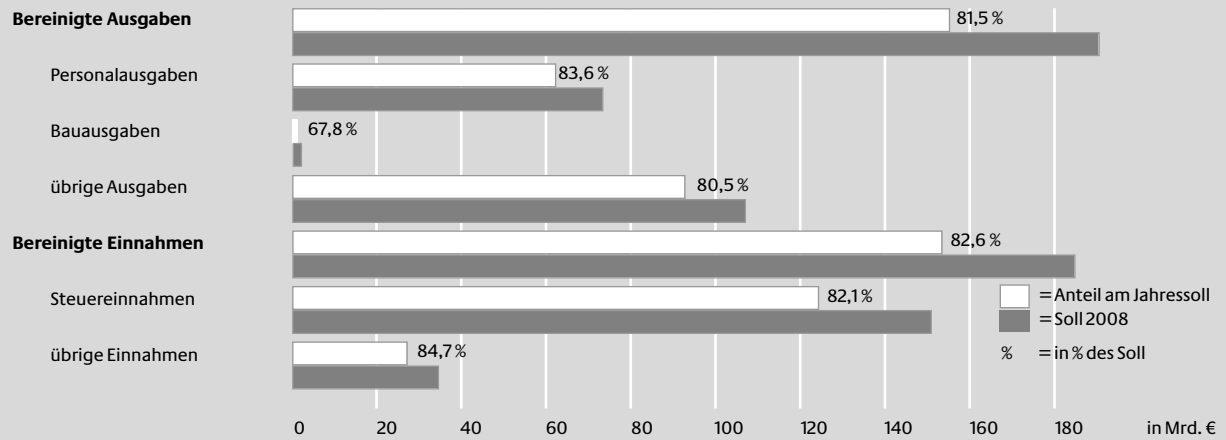
Bereinigte Einnahmen

Steuereinnahmen

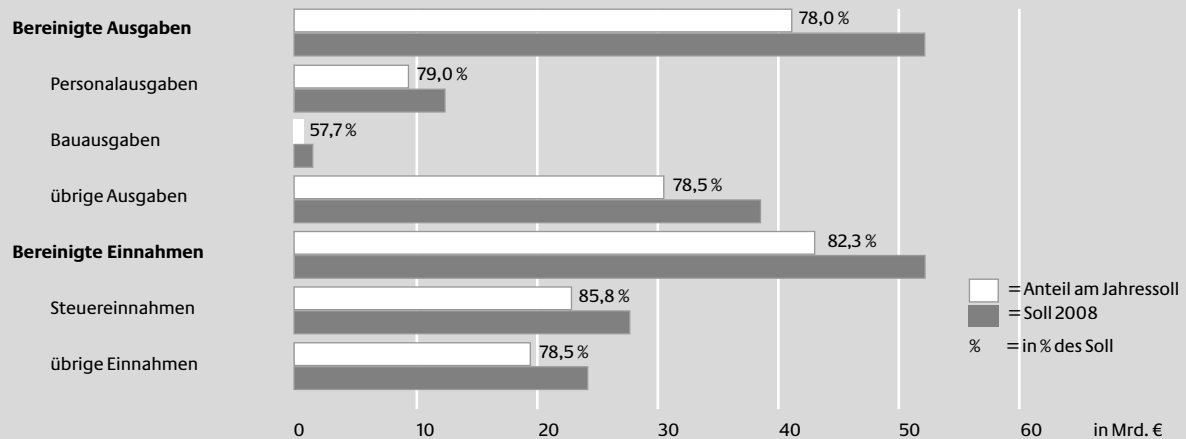
übrige Einnahmen



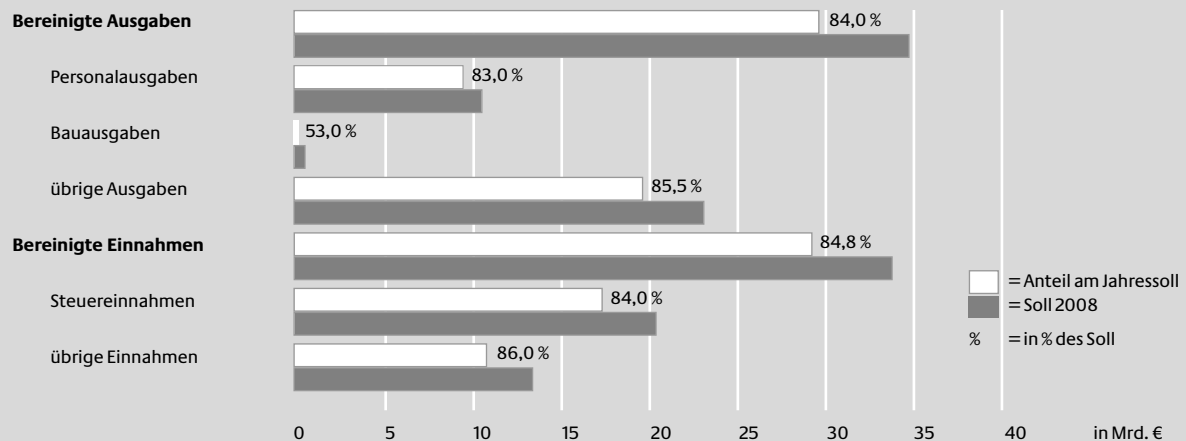
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 2. Dezember 2008 in Brüssel

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (11./12. Dezember 2008)

a) Stützung der Wirtschaft in Europa

Der ECOFIN-Rat einigte sich am 2. Dezember 2008 nach ausführlicher Diskussion auf einen Bericht an den Europäischen Rat zur Stützung der Wirtschaft in Europa und zur Reaktion auf die Finanzmarktkrise. Grundlage für die Diskussion zur Stützung der Wirtschaft waren die Mitteilung der Kommission „Europäisches Konjunkturprogramm“ vom 26. November 2008 und ein Entwurf der Präsidentschaft für den ECOFIN-Bericht. Beide Papiere wurden von den Finanzministern im Grundsatz begrüßt. Dabei wurde auch der Vorschlag für konjunkturstützende Maßnahmen in Höhe von 1,5 % des BIP der EU (darunter 0,3 % des BIP an EU-Maßnahmen) weitgehend unterstützt. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück machte deutlich, dass Deutschland bereits mit dem Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ seinen Beitrag zur Konjunkturstimulierung leiste. Er erinnerte daran, dass die derzeitige Rezession ihre Ursache auch in kreditfinanziertem Wachstum habe und betonte, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Rahmen für die Finanzpolitik Bestand haben müsse. Die Kommission sei aufgefordert, den Zusammenhang der Konjunkturimpulse der einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu klären. Mehrere Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – lehnten eine Senkung von Mehrwertsteuersätzen als Konjunkturmaßnahme sowie eine erneute Revision der Finanzzielen Vorausschau ab. Der ECOFIN-Bericht wurde entsprechend angepasst.

b) Internationale Finanzarchitektur und Reaktion auf die Finanzkrise

Der vom ECOFIN-Rat am 2. Dezember 2008 verabschiedete Bericht an den Europäischen Rat enthält in seinem zweiten Teil Ausführungen zur Wiederherstellung der Finanzmarktstabilität, zur Verbesserung der Finanzmarktaufsicht, zur verstärkten Integration des Finanzbinnenmarktes und zur Rekapitalisierung von Banken. Zur Verbesserung der Finanzaufsicht verwies Kommissar Charles McCreevy darauf, dass die von Kommissionspräsident José Manuel Barroso eingesetzte Beratergruppe (Vorsitzender: Jacques de Larosière) ihren Bericht im Frühjahr 2009 vorlegen wird. Zur Rekapitalisierung von Banken fordert der ECOFIN-Bericht die Kommission auf, zügig Leitlinien für deren beihilferechtliche Bewertung herauszugeben, die der aktuellen Lage auf den Finanzmärkten gerecht werden. Die Kommission solle dabei eng mit der Europäischen Zentralbank zusammenarbeiten.

Tschechien sagte zu, die Arbeiten zu den Finanzmarktthemen im nächsten Halbjahr unter seiner Ratspräsidentschaft vorantreiben zu wollen.

Finanzdienstleistungen

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte zu den Finanzdienstleistungen wurden von der Präsidentschaft kurz vor dem ECOFIN-Rat von der Liste der Beratungspunkte genommen:

- a) Überarbeitung der Richtlinie über die Eigenkapitalanforderungen
- b) Solvabilität II
- c) Überarbeitung der Richtlinie über die Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)
- d) Überarbeitung der Richtlinie über Einlagensicherungssysteme

Der ECOFIN-Rat verabschiedete die „allgemeine Ausrichtung“ zu diesen Rechtssetzungsvorhaben als A-Punkte mit qualifizierter Mehrheit. Auf dieser Grundlage werden nun die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament geführt.

Steuern

a) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf ermäßigte Mehrwertsteuersätze

Bei der Tagung des ECOFIN-Rates am 4. November 2008 hatte sich neben Deutschland auch eine Reihe weiterer Mitgliedstaaten gegen den vorliegenden Präsidentschaftsvorschlag zur Änderung der Mehrwertsteuer-Richtlinie ausgesprochen, mit dem der Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze deutlich ausgeweitet werden würde. Nach kurzer Debatte stellte die ECOFIN-Vorsitzende am 2. Dezember 2008 erneut fest, dass die von ihr angestrebte „allgemeine Ausrichtung“ des Rates nicht erreicht wurde. Sie kündigte eine Befassung des Europäischen Rates am 11./12. Dezember 2008 mit diesem Thema im Zusammenhang mit dem europäischen Konjunkturpaket an.

b) Besteuerung von Sparerträgen

Bundesfinanzminister Steinbrück begrüßte den Vorschlag zur Überarbeitung der Zins-Richtlinie, den die Kommission am 13. November 2008 vorgelegt hat. Er würdigte, dass der Vorschlag verschiedene Ansätze enthalte, um Anwendungslücken der Richtlinie zu schließen, unter anderem durch eine teilweise Ausdehnung des persönlichen Anwendungsbereichs auf juristische Personen. Er forderte aber, darüber hinauszugehen. Der sachliche Anwendungsbereich solle auf alle Arten von Kapitalerträgen ausgedehnt werden. Zudem müssten die Anstrengungen intensiviert werden, weitere außereuropäische Finanzzentren in das System der europäischen Zinsbesteuerung einzubeziehen. Ohne weitere Aussprache verabschiedete der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen, die eine zügige Fortsetzung der Beratungen auf Arbeitsebene fordern.

c) Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung

Der Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung ist eine politische Selbstverpflichtung, steuerliche Maßnahmen, die als schädlicher Wettbewerb einzustufen sind, zu beenden und keine neuen schädlichen Maßnahmen einzuführen. Eine Arbeitsgruppe berichtet dem ECOFIN-Rat jeweils zum Ende einer Präsidentschaft über ihre Überprüfungen. Bundesfinanzminister Steinbrück kritisierte, dass der Bericht drei Maßnahmen als „nicht unfair“ bewerte, obwohl mangels Daten die Auswirkungen dieser Maßnahmen noch nicht habe geprüft werden können. Daraufhin wurden die Schlussfolgerungen dahingehend angepasst, dass der ECOFIN-Rat den Bericht nicht begrüßt, sondern lediglich zur Kenntnis genommen habe. In einer Protokollerklärung Deutschlands wird darauf hingewiesen, dass die Kenntnisnahme des Berichts keine Billigung der betreffenden Maßnahmen bedeute.



Vorlage des Jahresberichts für das Haushaltsjahr 2007 durch den Europäischen Rechnungshof

Der Präsident des Europäischen Rechnungshofs (ERH), Vítor Caldeira, stellte dem ECOFIN-Rat den Jahresbericht des ERH über die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2007 vor. Er hob hervor, dass das Prüfungsurteil zur Rechnungsführung der EU zwar erstmals uneingeschränkt sei. Das Prüfungsurteil zu den zugrunde liegenden Vorgängen falle aber ähnlich aus wie in den Vorjahren. Als besondere Problembereiche nannte er „Kohäsion“ und „Entwicklung des ländlichen Raums“. Eine Aussprache fand nicht statt. Der ECOFIN-Rat beauftragte den Haushaltsausschuss und den Ausschuss der Ständigen Vertreter, den Jahresbe-

richt zu analysieren und einen Vorschlag für Ratschlussfolgerungen zur Entlastungsempfehlung für den ECOFIN-Rat am 10. Februar 2009 zu erarbeiten.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretari-

ats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar:

http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 19./20. Januar 2009 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 28. Januar bis 1. Februar 2009 – World Economic Forum in Davos
- 9./10. Februar 2009 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 13./14. Februar 2009 – G7-Finanzministertreffen in Rom

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

- 6. bis 8. Mai 2008 – Steuerschätzung
- bis 20. Juni 2008 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 27. Juni 2008 – Zuleitung an Kabinett
- 2. Juli 2008 – Kabinettsbeschluss
- 2. Juli 2008 – Finanzplanungsrat
- 8. August 2008 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 16. bis 19. September 2008 – 1. Lesung Bundestag
- 19. September 2008 – 1. Beratung Bundesrat
- 24. September bis
- 12. November 2008 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 4. und 5. November 2008 – Steuerschätzung
- 20. November 2008 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 25. bis 28. November 2008 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2008 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2008 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2009	Dezember 2008	30. Januar 2009
Februar 2009	Januar 2009	20. Februar 2009
März 2009	Februar 2009	20. März 2009
April 2009	März 2009	23. April 2009
Mai 2009	April 2009	20. Mai 2009
Juni 2009	Mai 2009	22. Juni 2009
Juli 2009	Juni 2009	20. Juli 2009
August 2009	Juli 2009	20. August 2009
September 2009	August 2009	21. September 2009
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90¹
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>



Analysen und Berichte

Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2008	37
Steuerstandort Deutschland – attraktive Bandbreite der Unternehmensteuerbelastung für Kapitalgesellschaften in deutschen Gemeinden	47
Im Zeichen der Wirtschaftskrise: Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht)	79
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 8. und 9. November 2008 in São Paulo	89

Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2008

1	Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	38
1.1	Maßnahmenpakete zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Wachstumsstärkung	38
1.2	Qualität der öffentlichen Finanzen	39
1.3	Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	40
1.4	Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext	41
2	Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2012	42
3	Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte	43
3.1	Entwicklung des Finanzierungssaldos	43
3.2	Entwicklung von staatlichen Ausgaben und Einnahmen	44
3.3	Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos	44
3.4	Entwicklung des Schuldenstands	45

- Leitlinie der Finanzpolitik der Bundesregierung bleibt die Doppelstrategie aus struktureller Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie Stärkung des Wachstumspotenzials der deutschen Volkswirtschaft.
- Die Konsolidierungserfolge der Vergangenheit sind Grundlage dafür, in der aktuellen Situation die automatischen Stabilisatoren voll wirken zu lassen und eröffnen zudem die Möglichkeit, mit den Maßnahmen des Pakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ kräftige Impulse zu geben.
- Im Verlauf der Programmperiode kommt es aufgrund der konjunkturellen Abkühlung und angesichts der beschlossenen Maßnahmen zu einer vorübergehenden Verschlechterung des nominalen sowie des strukturellen Finanzierungssaldos, die Schuldenstandsquote bleibt über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 60 %.
- Im Rahmen der Reform der Finanzverfassung will die Bundesregierung den Grundsatz eines strukturell ausgeglichenen Haushalts in der Verfassung verankern und damit auch ein Signal zur Stärkung des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes setzen.

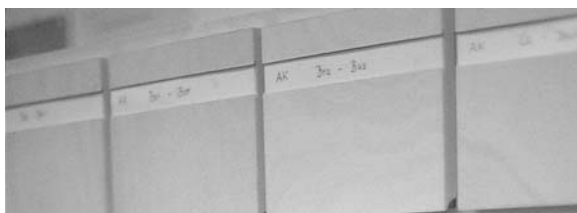
Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die vorliegende Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 3. Dezember 2008 durch das Bundeskabinett gebilligt. Die jeweilige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wird von der Bundesregierung

ebenso wie die entsprechende Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates zum aktualisierten deutschen Stabilitätsprogramm an den Deutschen Bundestag sowie an die zuständigen Fachausschüsse von Deutschem Bundestag und Bundesrat übermittelt. Das Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht das aktualisierte Stabilitätsprogramm sowie die Programme der vergangenen Jahre auf seiner Internetseite.¹

¹ http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_4312/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik/Deutsches_Stabilitaetsprogramm/node.html?__nnn=true

1 Finanzpolitik in Deutschland: Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Eine zentrale Aufgabe der Finanzpolitik in Deutschland ist die strukturelle – d. h. die um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigte – Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Solide öffentliche Finanzen sichern staatliche Handlungsspielräume auch für kommende Generationen, sie sind notwendige Voraussetzung für Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat und dauerhaft günstige Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen. Umgekehrt gilt ebenso: Wirtschaftswachstum und ein Anstieg der Beschäftigung schaffen die besten Voraussetzungen für gesunde und tragfähige öffentliche Finanzen. Eine nachhaltig wachstumsfördernde und damit qualitativ bessere Ausgestaltung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben sowie ein geeigneter institutioneller Rahmen sind hierbei wichtige Bausteine. Um die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte langfristig sicherzustellen, müssen beide Ziele – Wachstum und Konsolidierung – dauerhaft im Fokus der Finanzpolitik stehen.



Die aktuellen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft zeigen, dass es in schwierigeren Phasen entscheidend auf einen haushaltspolitisch voll handlungsfähigen Staat ankommt. Die Bundesregierung hält in diesem Zusammenhang trotz und gerade wegen der aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten und der weltweiten Konjunkturabschwächung an dem Ziel der strukturellen Haushaltskonsolidierung fest.

1.1 Maßnahmenpakete zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Wachstumsstärkung

Das im Oktober 2008 beschlossene Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist ein umfassendes Lösungskonzept zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte bei der Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft und der Kapitalanlage der Bürgerinnen und Bürger.

Das Gesetz umfasst verschiedene Maßnahmen, die es Finanzinstituten für eine beschränkte Zeit erlauben, ihr Eigenkapital zu stärken bzw. Liquiditätsengpässe zu beheben und die Refinanzierung am Kapitalmarkt zu unterstützen, indem diese durch staatliche Garantien abgesichert werden können. Mittels des „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ können hierfür zielgerichtete Maßnahmen finanziert werden, von denen jedes Finanzinstitut in Deutschland Gebrauch machen kann. Zunächst entstehen durch die Errichtung des Fonds zwar keine Haushaltsausgaben, Kreditaufnahmen zur Refinanzierung des Fonds – die bis zu 100 Mrd. € betragen können – würden aber vorübergehend zu einer höheren gesamtstaatlichen Verschuldung führen. Da der Fonds Beteiligungen an Unternehmen des Finanzsektors erwerben kann und Garantieprämien erhebt, dürften die Belastungen der öffentlichen Haushalte insgesamt begrenzt bleiben.

Parallel zur Stabilisierung auf den Finanzmärkten wird die Widerstandsfähigkeit der Realwirtschaft verbessert. Dabei geht es nicht um ein nur kurzfristig wirkendes Konjunkturprogramm. Vielmehr sollen die Wachstumskräfte nachhaltig gestärkt werden, indem die Investitionsbereitschaft gefördert, der Konsum belebt und die Beschäftigungserfolge gesichert werden, ohne das Ziel der strukturellen Haushaltskonsolidierung aus den Augen zu verlieren. Deshalb hat die Bundesregierung am 5. November 2008 gezielte Maßnahmen beschlossen, die kurzfristig umsetzbar, rasch wirksam und zugleich langfristig sinnvoll sind. In den Jahren 2009 und 2010 fördern die Maßnahmen des Pakets insgesamt Investitionen und Aufträge von Unternehmen, Privathaushalten

halten und Kommunen in einer Größenordnung von rd. 50 Mrd. €. Darüber hinaus gewährleiten Maßnahmen zur Sicherung der Finanzierung und Liquidität bei Unternehmen die Finanzierung von Investitionen im Umfang von gut 20 Mrd. €. Im Oktober 2008 wurden im Kabinett bereits Maßnahmen beschlossen, wie etwa die Erhöhung des Kindergeldes und die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung, die Bürger und Unternehmen um rd. 6 Mrd. € im Jahr 2009 und um fast 14 Mrd. € jährlich in den Folgejahren entlasten. Zusammen werden allein in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt rd. 31 Mrd. € aus den öffentlichen Gesamthaushalten zur Verfügung gestellt, die zur Stärkung der Wachstumskräfte beitragen.

1.2 Qualität der öffentlichen Finanzen

Qualität der Ausgabenseite

Mit dem Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 setzt die Bundesregierung ihre finanzpolitische Doppelstrategie fort: Ohne die strukturelle Sanierung der öffentlichen Haushalte aus den Augen zu verlieren, werden die Wachstumsgrundlagen gefestigt. Beispielsweise wird die Bundesregierung – wie in den vergangenen Jahren – noch einmal zusätzliche Mittel für Forschung, Entwicklung und Innovation bereitstellen. Mit dem Haushalt 2009 werden zusätzlich 650 Mio. € und in den Folgejahren mit dem Finanzplan bis 2012 jährlich zusätzlich rd. 450 Mio. € in Forschung und Entwicklung investiert. Daneben steigen beispielsweise die Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen, finanziert unter anderem durch zusätzliche Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten, erheblich an. Im Verkehrsbereich werden zusätzliche Investitionen durch Mehreinnahmen aus der Erhebung der Maut getätigt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird mit dem 2007 eingeführten Elterngeld gefördert. Die Mittel hierfür werden 2009 um 350 Mio. € aufgestockt, um die unerwartet starke Inanspruchnahme zu decken.

Qualität der Einnahmeseite

Die Mehrwertsteuererhöhung 2007 war Teil eines Gesamtkonzeptes zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und hat gleichzeitig Spielraum für eine Senkung der Sozialabgaben geschaffen. Damit einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge die Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen – der sogenannte Abgabenkeil – kleiner wird, steigen zugleich die Anreize zur Beschäftigungsaufnahme. Daneben haben auch die mit der Senkung der Arbeitskosten verbundenen Impulse für Unternehmen einen wesentlichen Anteil an der Senkung der Arbeitslosigkeit. Nachhaltig finanzierte öffentliche Haushalte haben Priorität für Deutschland. Eine weitere generelle Senkung der Abgabenquote würde diesem Ziel widersprechen. Kennzeichnend für 2008 sind zwei steuerpolitische Aktionsfelder: Die zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform hat die Basis für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung gestärkt und die Attraktivität des Standorts Deutschland erhöht. Daneben rückte die Frage der Altersvorsorge verstärkt in den Fokus des Gesetzgebers. Die private Säule der Altersversorgung wurde durch entsprechende Gesetze gestärkt. 2009 wird die steuerliche Förderung des privaten Haushalts als Auftraggeber und Arbeitgeber vereinfacht und ausgeweitet. Daneben wird auch die Familienförderung ab 2009 verbessert, etwa durch steigendes Kindergeld und Erhöhung des Kinderfreibetrags. Der Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung wird ab 2010 deutlich verbessert. Mit der Reform des Erbschaftsteuergesetzes ist sichergestellt, dass die Erbschaftsteuerbelastung bei der Übertragung von Unternehmen nicht den Fortbestand eines Unternehmens und damit Wachstum und Arbeitsplätze gefährdet.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Eine zentrale Rolle bei der zweiten Stufe der Föderalismusreform wird der Begrenzung der Staatsverschuldung und der Vermeidung von Haushaltskrisen im Bundesstaat beigemessen. Es gilt, die in der Finanzverfassung angelegten institutionellen Voraussetzungen für eine

tragfähige Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Stringentere Verschuldungsregeln und ein Frühwarnsystem zur Erkennung von Haushaltsschiefenlagen können dafür sorgen, dass der Staat die finanziellen Spielräume zurückgewinnt und langfristig bewahrt, die zur Erfüllung der drängenden Zukunftsaufgaben notwendig sind.

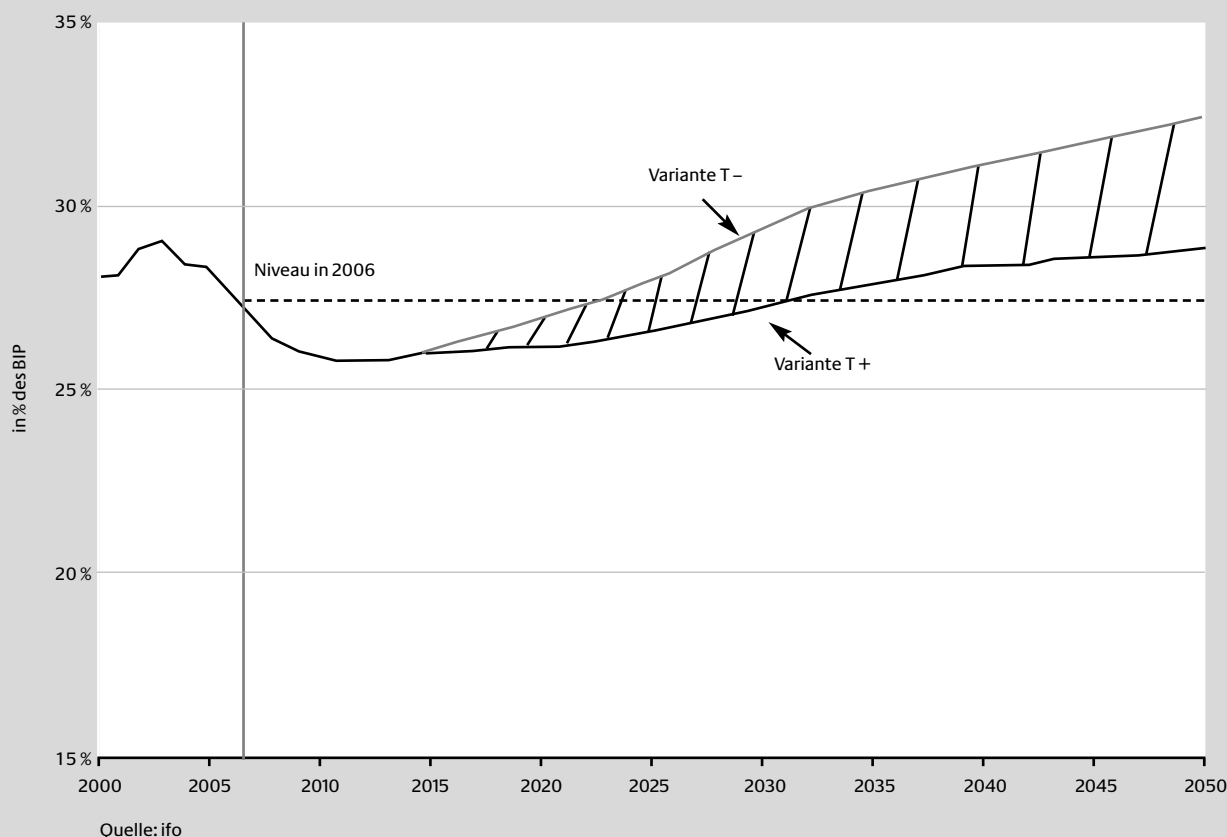
Ein weiteres Reformvorhaben im Bereich der fiskalpolitischen Institutionen ist die verstärkte Ergebnis- und Ressourcenorientierung im Haushalts- und Rechnungswesen. Staatsausgaben und Staatsaufgaben müssen nicht nur regelmäßig auf ihre Notwendigkeit, sondern auch auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Zudem sind die finanziellen Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen transparenter darzustellen, indem der Ressourcenverbrauch erfasst und ausgewiesen wird. Vor diesem Hintergrund arbeitet das Bundesministerium der Finanzen derzeit an einer Reform des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes.

1.3 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Die deutsche Bevölkerung wird sich in den kommenden Jahrzehnten in Struktur und Größe deutlich verändern. Dabei wird die Alterung der Gesellschaft größere Aufmerksamkeit erfordern als der mögliche Bevölkerungsrückgang. Bis 2050 wird sich der Altenquotient, der das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im Rentenalter und der Bevölkerung im Erwerbsalter beschreibt, etwa verdoppeln. Als Konsequenz aus diesen gravierenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wird sich der Druck auf die öffentlichen Haushalte erhöhen.

Mit dem Zweiten Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hat das Bundesministerium der Finanzen seine im Jahr 2005 begonnene nationale Berichterstattung fortgesetzt. Um die mit solchen Langfristbetrachtungen einhergehenden Unsicherheiten besser Rechnung zu tragen, wurde als Ausgangsbasis kein

Abbildung 1: Demographieabhängige Ausgaben (in % des BIP) in langfristiger Perspektive



bestimmtes Szenario fixiert, sondern ein „mittlerer Korridor“ gleichermaßen plausibler Entwicklungen zugrunde gelegt. Begrenzt wird dieser Korridor durch das im Hinblick auf die Tragfähigkeit eher günstige Szenario T+ und das eher ungünstige Szenario T- (Abbildung 1, S. 40).

Es wird ersichtlich, dass die Ausgaben das Niveau des Jahres 2006 in der günstigeren Variante T+ erst nach dem Jahr 2030, in der ungünstigeren Variante T- aber schon zehn Jahre früher erreichen. Bis zum Jahr 2050 ergibt sich eine Zunahme des Ausgabendrucks, der im abgebildeten Korridor zwischen 1,3 Prozentpunkten und 4,9 Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt. Ohne die Rentenreformen von 2004 (Nachhaltigkeitsfaktor) und von 2007 („Rente mit 67“) würden die Ausgaben in Relation zum BIP bis 2050 um bis zu zwei Prozentpunkte höher liegen. Die Berechnungen zeigen somit, dass die Politik bereits wichtige Schritte getan hat, um die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen zu erreichen.

1.4 Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext

Die in den vergangenen Jahren erfolgte Rückführung des Haushaltsdefizits ist eine Bestätigung der finanzpolitischen Doppelstrategie der Bundesregierung. Deutschland hat in konjunkturell guten Zeiten seine strukturelle Haushaltskonsolidierung vorangetrieben und deshalb jetzt Spielräume für eine die Finanzmärkte stabilisierende und das Wachstum fördernde Politik. Deutschland verfolgt das Ziel, den erreichten strukturell zumindest nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt langfristig zu bewahren. Zur Sicherung des Erreichten sollen nach Auffassung der Bundesregierung im Zuge der zweiten Stufe der Föderalismusreform Regeln für grundsätzlich strukturell ausgeglichene Haushalte von Bund und Ländern auch in der Verfassung verankert werden.

Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt bietet für Mitgliedstaaten, Kommission und Rat ausreichend Möglichkeiten, mit außergewöhnlichen Ereignissen, wie etwa aktuell der Finanzmarktkrise, adäquat umzugehen. Bei

einem Defizit, das den Referenzwert nur geringfügig überschreitet, wird zu prüfen sein, welche Ursachen letztlich zu Grunde liegen. Es liegt in diesem Fall ausnahmsweise kein übermäßiges Defizit gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt vor, wenn es auf ein außergewöhnliches Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt, oder auf einen schwerwiegenden Wirtschaftsabschwung zurückzuführen ist. Aus Sicht der Bundesregierung kommt es bei der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aber darauf an, dass auch in konjunkturell schwierigen Zeiten die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Fokus der Finanzpolitik bleibt.

2 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2012

In Deutschland ist 2008 eine deutliche konjunkturelle Abkühlung eingetreten. Die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit dem Frühjahr 2008 dürfte zunächst noch anhalten. So ist die Entwicklungstendenz der industriellen Erzeugung sowie der Nachfrage aus dem In- und Ausland abwärts gerichtet, und die Stimmung der Unternehmen hat sich spürbar verschlechtert. Die unmittelbaren Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise sind in Deutschland bisher eng begrenzt. Indirekt macht sich die Krise jedoch bereits durch die Abkühlung der Weltkonjunktur bemerkbar. Für 2008 rechnet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion aufgrund des günstigen Einstiegs in diesem Jahr mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 %. Im Jahresverlauf zeigt sich jedoch eine konjunkturelle Abkühlung. Angesichts der Verschlechterung der Ausgangslage in diesem Jahr und der ungünstigeren außen- und binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für das nächste Jahr auf real 0,2 % nach unten korrigiert (Frühjahrsprojektion: + 1,2 %). Die Abkühlung der Weltwirtschaft belastet spürbar die Exporte. Im kommenden Jahr werden daher die Nettoexporte voraussichtlich keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Auch die Inlandsnachfrage dürfte sich merklich abschwächen.

Im gesamten mittelfristigen Schätzzeitraum (2008 bis 2012) wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um real rund 1 ½ % p.a. zunehmen. Aufgrund der konjunkturellen Abkühlung werden im nächsten Jahr die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten unter der Normalauslastung liegen. Diese negative Produktionslücke wird sich voraussichtlich nicht bis zum Ende des mittelfristigen Schätzzeitraums schließen, da das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren nach 2009 voraussichtlich nur mit der Potentialwachstumsrate zunehmen wird.

Da der Welthandel im Verlauf des Projektionszeitraums wieder an Dynamik gewinnen dürfte, werden die deutschen Nettoexporte leicht zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die

stärksten Wachstumsimpulse werden aber von der Binnennachfrage ausgehen, und zwar sowohl vom Konsum als auch von den Investitionen. Der private Konsum wird im Verlauf des mittelfristigen Schätzzeitraums zunehmend zum Wirtschaftswachstum beitragen und über den gesamten Projektionszeitraum nur wenig schwächer als das Bruttoinlandsprodukt zunehmen. Die Unternehmensinvestitionen werden voraussichtlich weiterhin überproportional zu der gesamtwirtschaftlichen Produktion steigen. Die Beschäftigung könnte um rd. 700 000. bzw. ½ % p.a. auf rd. 40,5 Mio. Erwerbstätige steigen.

Risiken für die Projektion bestehen in einer stärkeren Abschwächung der Weltkonjunktur als bisher angenommen. Erhebliche Unsicherheiten bestehen außerdem über Dauer, Ausmaß und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Ein wieder ansteigender Ölpreis würde sowohl die Konsumenten als auch die Unternehmen belasten. Eine erneute deutliche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar könnte die Exportwirtschaft direkt sowie über Drittmärkte beeinträchtigen. Es bestehen aber auch Chancen für eine günstigere Entwicklung. Die deutschen Unternehmen sind gut aufgestellt, die wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen der Bundesregierung begünstigen die wirtschaftliche Entwicklung in der kurzen und mittleren Frist. So tragen die Maßnahmenpakete der Bundesregierung zur Finanzmarkt- und Konjunkturstabilisierung bei. Außerdem sind in Deutschland strukturelle Reformen (Agenda 2010, Hartz-Reformen) auf den Weg gebracht worden, die zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt beigetragen haben. Eine Chance für eine günstigere Entwicklung liegt in einer schnelleren Überwindung der weltwirtschaftlichen Schwäche und einer stärker rückläufigen Inflation.

3 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

3.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos

Ausgeglichener Staatshaushalt

Deutschland wird im Jahr 2008 einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen. Die Verschlechterung des Finanzierungssaldos im Jahr 2009 ist im Wesentlichen auf die deutliche konjunkturelle Abkühlung zurückzuführen. Darüber hinaus belasten auch die zur Konjunkturstabilisierung gefassten Koalitionsbeschlüsse die Haushalte von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. Diese Maßnahmen wirken im Jahr 2010 noch weiter. Zusätzlich wird dann die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, die steuerliche Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen – insbesondere für privat Versicherte – zu überarbeiten, umgesetzt. In den Jahren 2011 bis 2012 wird der Zuwachs der Steuereinnahmen wieder höher sein – einhergehend mit einer mittelfristig günstigeren gesamtwirtschaftlichen Dynamik in Höhe des Potentialwachstums. Gleichzeitig wird der Ausgabenanstieg gedämpft, sodass ab dem Jahr 2011 mit einem Rück-

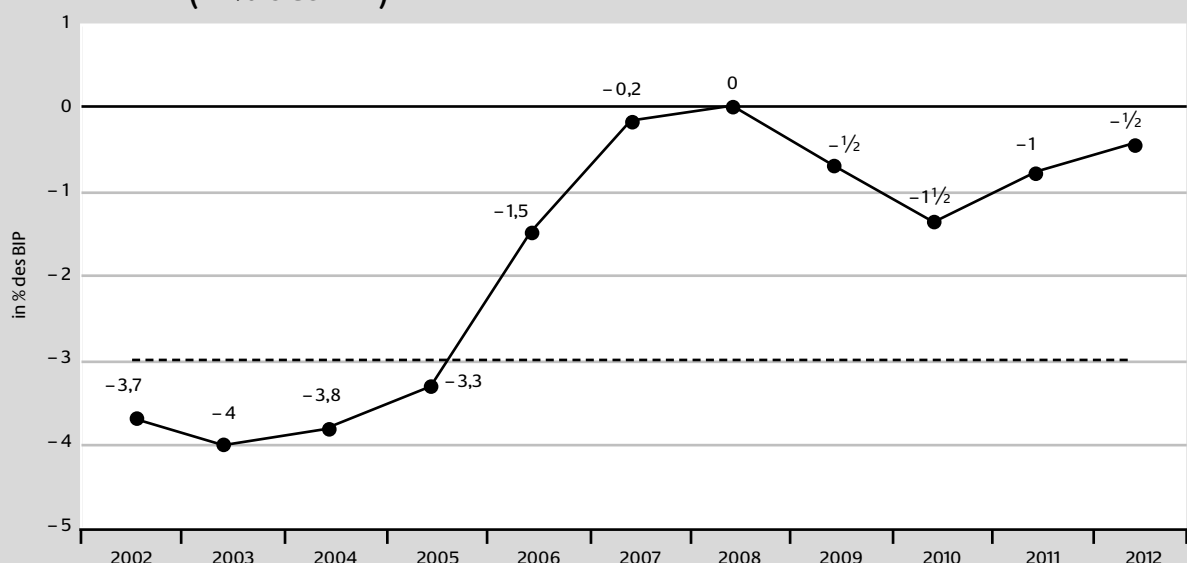
gang des gesamtstaatlichen Defizits auf etwa $\frac{1}{2}$ % des BIP gegen Ende der Programmperiode gerechnet werden kann (Abbildung 2).

Finanzierungssalden nach Ebenen

Der Bund einschließlich der zur Sphäre des Bundes zählenden Sonderrechnungen verzeichnet im Jahr 2008 eine deutliche Verringerung seines Finanzierungsdefizits auf $\frac{1}{2}$ % in Relation zum BIP nach 1,1 % im Jahr 2007. Diese Verbesserung ist auf einen sehr moderaten Ausgabenanstieg von lediglich $\frac{1}{2}$ % und einen demgegenüber merklich stärkeren Einnahmewachstum zurückzuführen. Trotz des beträchtlichen Konsolidierungserfolgs bleibt der Bund wie auch schon im Jahr 2007 die einzige staatliche Ebene, die einen negativen Finanzierungssaldo aufweist. In den Jahren 2009 und 2010 ist für den Bund infolge der gedämpften gesamtwirtschaftlichen Dynamik und der geplanten Maßnahmen eine sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabenseite belastende Entwicklung zu erwarten. Erst ab dem Jahr 2011 ergibt sich wieder ein Abbau des negativen Finanzierungssaldos für die Ebene des Bundes auf $-\frac{1}{2}$ % in Relation zum BIP.

Bei Ländern und Gemeinden stellt sich die Situation der öffentlichen Finanzen auch im Jahr 2008 positiv dar: Sie werden erneut einen-

Abbildung 2: Entwicklung des Maastricht-Finanzierungssaldos bis 2012 (in % des BIP)



Überschuss von rd. $\frac{1}{2}\%$ des BIP aufweisen. Darin berücksichtigt sind auch im Zusammenhang mit den Stützungsmaßnahmen einiger Länder für ihre Landesbanken stehende defizitwirksame Abschreibungen auf Wertpapiere in Höhe von rund $1\frac{1}{2}$ Mrd. €. In den folgenden Jahren werden aber auch deren Haushalte unter den anstehenden Belastungen leiden. In den Jahren 2010 und 2011 werden sie defizitär sein; am Ende der Programmperiode ist für die Ebene von Ländern und Gemeinden wieder mit einem ausgeglichenen Haushalt zu rechnen.

Die Sozialversicherung weist im Gegensatz zu den Gebietskörperschaften im Jahr 2008 einen positiven, wenngleich im Vergleich zu 2007 geringeren Finanzierungssaldo aus. Diese Verminderung des Überschusses ist hauptsächlich auf die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. Im Verlauf der Programmperiode bleibt der Finanzierungssaldo der Sozialversicherung ausgeglichen.

3.2 Entwicklung von staatlichen Ausgaben und Einnahmen

Staatseinnahmen

Die mit dem Anstieg des BIP in diesem Jahr nahezu proportional einhergehende Zunahme der Steuereinnahmen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen führt dazu, dass die Steuerquote im Jahr 2008 auf dem nahezu gleichen Niveau wie im Vorjahr von 24 % bleibt. In den kommenden beiden Jahren geht die Steuerquote aufgrund der gedämpften gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der beschlossenen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen um insgesamt 1 Prozentpunkt zurück. Die Sozialbeitragsquote liegt im Jahr 2008 bei knapp $16\frac{1}{2}\%$. Auch in den kommenden Jahren bleibt sie ungefähr auf diesem Niveau.

Staatsausgaben

Angesichts der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, der deutlich gestiegenen sozialen Sachleistungen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung, aber auch erneut kräftigen Zuwachses der staatlichen Investitionen hat sich

der Anstieg der Ausgaben in diesem Jahr auf $2\frac{1}{2}\%$ gegenüber 1,7 % im Vorjahr erhöht (Abbildung 3). Da der Ausgabenanstieg damit immer noch deutlich unterhalb des Zuwachses des nominalen BIP von 3,0 % liegt, kommt es im Jahr 2008 zu einem weiteren Rückgang der Staatsquote, d.h. der Staatsausgaben in Relation zum BIP, auf knapp 44 %. Dies ist der niedrigste Wert seit der deutschen Vereinigung. Im kommenden Jahr steigt die Staatsquote voraussichtlich um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkte an. Dieser Anstieg ist jedoch nur temporär; in den folgenden Jahren bis zum Ende der Programmperiode setzt sich der Rückgang der Staatsquote wieder fort. Im Jahr 2012 beträgt die Staatsquote dann 43 %.

3.3 Entwicklung des strukturellen Finanzierungssaldos

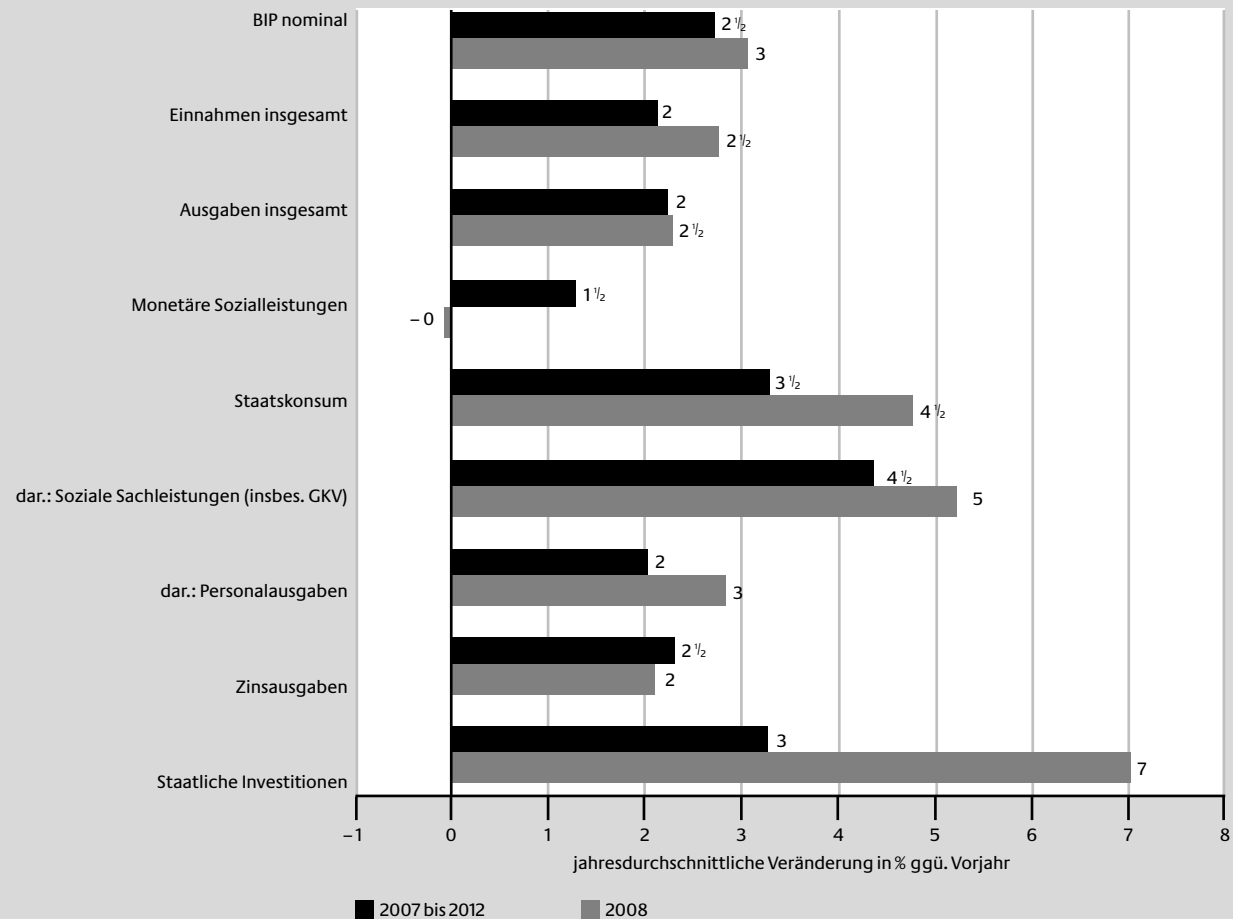
Staatshaushalt 2008 auch strukturell nahezu ausgeglichen

Nach einem deutlichen Rückgang des strukturellen Defizits im Zeitraum von 2004 bis 2007 um insgesamt fast 3 Prozentpunkte konnte der um konjunkturelle und temporäre Effekte bereinigte Finanzierungssaldo in diesem Jahr auf knapp $-\frac{1}{2}\%$ in Relation zum BIP stabil gehalten werden. Damit kam es erneut zu einem strukturell nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt. Im kommenden Jahr ist die Verschlechterung des Finanzierungssaldos hauptsächlich konjunkturell bedingt, allerdings ergibt sich bis ins Jahr 2010 hinein – auch aufgrund der Effekte der konjunkturstabilisierenden Maßnahmen – eine sukzessive strukturelle Verschlechterung. Erst in den Folgejahren ist wieder eine Verbesserung auf $-\frac{1}{2}\%$ in Relation zum BIP zu erwarten, sodass zum Ende der Programmperiode der Staatshaushalt strukturell nahezu ausgeglichen sein dürfte.

Anpassungspfad an das mittelfristige Haushaltsziel

Deutschland verfolgt das Ziel, langfristig einen strukturell zumindest nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt zu bewahren. Die kurzfristige Abweichung hiervon erscheint aufgrund der außerordentlichen Belastungen aus der Finanz-

Abbildung 3: Prognose der jahresdurchschnittlichen Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und BIP im Zeitraum von 2007 bis 2012 sowie im Jahr 2008, jeweils in % ggü. Vorjahr



marktkrise gerechtfertigt. Sobald diese wieder abgeklungen sind, müssen die Konsolidierungsanstrengungen auf allen staatlichen Ebenen, insbesondere aber auf der Ebene des Bundes, fortgesetzt und die jetzt in Kauf genommenen Defizitanstiege wieder revidiert werden.

3.4 Entwicklung des Schuldenstands

Gegenüber der Projektion vom Dezember 2007 entwickelte sich die Schuldenstandsquote im Jahr 2008 – ohne Berücksichtigung der Effekte der Finanzmarktkrise – wie auch im Vorjahr erwartet: Angesichts des verbesserten gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos wäre die Schuldenstandsquote auf 63 % gesunken. Während bislang die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf

das gesamtstaatliche Defizit hauptsächlich das Jahr 2007 betrafen, erhöht sich der Schuldenstand ab diesem Jahr jedoch aufgrund der derzeit bekannten Stützungs- und Risikoabschirmungsmaßnahmen in einem Ausmaß von rund 2 % des BIP.

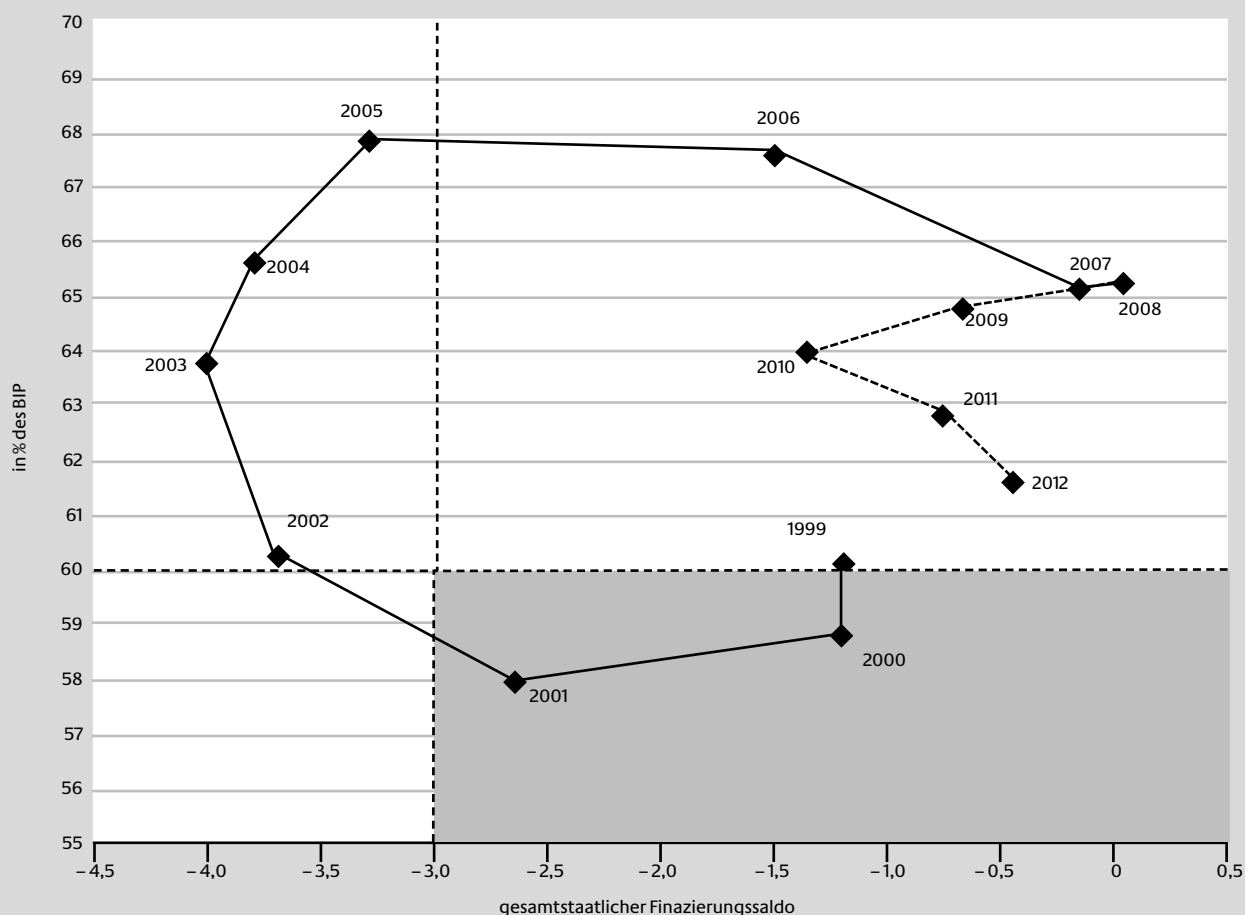
Der Schuldenstand erhöht sich auf der Ebene der Länder durch die Übertragung von dem Staatssektor zuzurechnenden Zweckvermögen in diesem Jahr sowie auf der Ebene der Länder und Gemeinden infolge der Eigenkapitalerhöhung einer Landesbank im nächsten Jahr. Darüber hinaus werden auf der Ebene des Bundes im Finanzmarktstabilisierungsfonds bereits in diesem Jahr Rekapitalisierungsmaßnahmen schuldenstandserhöhend berücksichtigt. Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen führen zwar – solange sie einen Aktivtausch gleicher Werte darstellen – nicht zu einer Erhöhung des Defizits, wohl aber zu einer Erhöhung des Bruttoschul-

denstands. Der Schuldenstand erhöht sich durch diese Maßnahmen allerdings lediglich temporär. Bei Fälligkeit der Papiere oder bei ihrer Rückübertragung an die betreffenden Finanzinstitutionen wird der Schuldenstand wieder entsprechend sinken.

Unter Berücksichtigung der bislang bekannten Effekte der Finanzmarktkrise und unter der Annahme, dass der Schuldenstand sich im Ver-

lauf der Programmperiode diesbezüglich noch nicht wieder reduziert, wird sich die Quote zwar auf bis zu 61 ½% im Jahr 2012 vermindern, damit allerdings oberhalb des Referenzwerts des Maastricht-Vertrags bleiben (Abbildung 4). Zudem besteht ein Risiko, dass durch weitere Inanspruchnahmen von Maßnahmen im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes diese Entwicklung lediglich den unteren Rand abbildet.

Abbildung 4: Entwicklung der Maastricht-Kriterien seit Beginn der EWU
(in % des BIP)



Steuerstandort Deutschland – attraktive Bandbreite der Unternehmensteuerbelastung für Kapitalgesellschaften in deutschen Gemeinden

1	Nominale Unternehmensteuerbelastung und der auf die kommunale Ebene entfallende Anteil	47
2	Niveau und Streuung der nominalen Unternehmensteuerbelastung	48
3	Zusammenfassung	53

- Die nominale Gewinnsteuerbelastung von Unternehmen in Deutschland setzt sich aus der Körperschaftsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag (zusammen 15,83 %) und der Gewerbesteuer (im Durchschnitt 14 %) zusammen.
- Die Gewerbesteuerbelastung schwankt je nach Gemeinde zwischen 7 % und 17,5 %, sodass die minimale Belastung in Deutschland bei rund 22,83 % liegt.
- Damit sind einige Gemeinden in Deutschland allein aus steuerlicher Sicht genauso attraktive Investitionsstandorte wie viele osteuropäische Staaten.

1 Nominale Unternehmensteuerbelastung und der auf die kommunale Ebene entfallende Anteil

Bei der Standortwahl ist für internationale Investoren auch die Steuerbelastung ein wichtiger Faktor. Zwar gibt es verschiedene Ansätze, um den optimalen Standort zu ermitteln (effektive Grenzsteuersätze, effektive Durchschnittssteuersätze)¹, doch dürften diese Ansätze in der Praxis erst dann zur Anwendung kommen, wenn schon eine Vorauswahl aus der Gesamtzahl aller möglichen Standorte stattgefunden hat. Wichtigstes Steuerkriterium für die von internationalen Investoren vorzunehmende Vorauswahl dürfte die nominale Steuerbelastung sein, vor allem die

von Kapitalgesellschaften. Dieser Maßstab hat zudem den Vorteil, dass er gerade bei Investitionen mit hoher Rendite dem nicht ohne weiteres zu ermittelnden effektiven Durchschnittssteuersatz sehr nahe kommt.²

Für die meisten EU-Staaten ergibt sich die im ganzen Land einheitliche nominale Gesamtbelastung des Unternehmensgewinns (Kapitalgesellschaft) aus dem Körperschaftsteuertarif. In Deutschland und einigen anderen Staaten setzt sich hingegen die Belastung des Unternehmensgewinns aus der Körperschaftsteuer und einem von der Gemeinde festgesetzten variablen Besteuerungselement zusammen, in Deutschland ist letzteres die Gewerbesteuer. In Abbildung 1 (siehe S. 48) sind die Anteile der kommunalen Gebietskörperschaften an der gesamten nominalen gewinnbezogenen Steuerbelastung im Jahr 2007 für die 27 EU-Staaten (EU-27)

¹ Devereux, M.P. und R. Griffith (1999), *The Taxation of Discrete Investment Choices*, The Institute for Fiscal Studies, London; King, M.A. und D. Fullerton (1984), *The Taxation of income from capital: a comparative study of the United States, the United Kingdom, Sweden and West Germany*, Chicago, London.

² Commission of the European Communities (2001), *Company Taxation in the Internal Market*, Commission Staff Working Paper, SEC 1681, S. 5. Becker, J., C. Fuest und C. Spengel (2006), „Konzernsteuerquoten und Investitionsverhalten“, *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, 58. Jg., September 2006, S. 731.

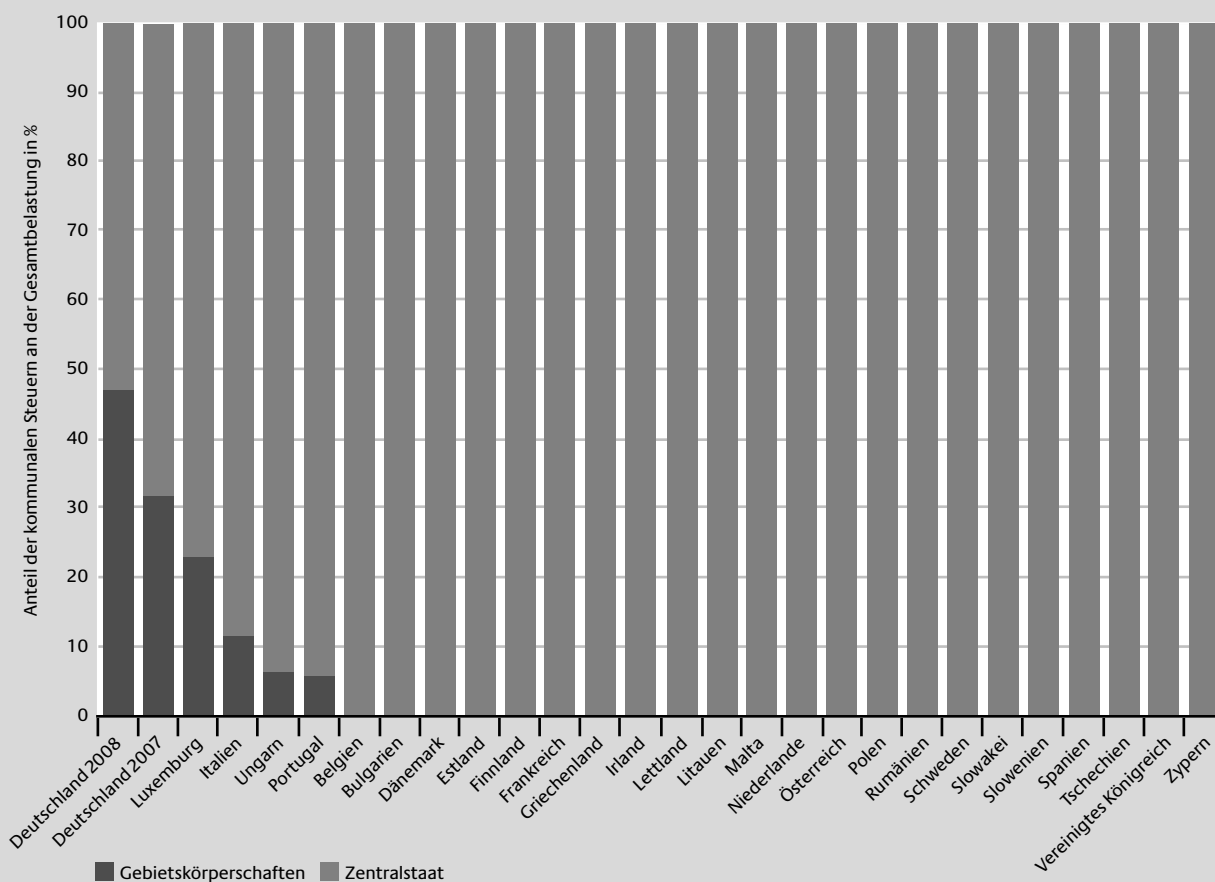
dargestellt. Klar zu erkennen ist, dass nur in fünf EU-Staaten die Kommunen überhaupt die Möglichkeit haben, die Gewinnsteuerbelastung der Unternehmen zu beeinflussen. Nur in Deutschland und Luxemburg, welches eine der deutschen Gewerbesteuer ähnelnde Kommunalsteuer erhebt, liegt der Anteil der kommunalen Belastung an der Gesamtbelastung bei über 20 %. Durch die Unternehmensteuerreform 2008 hat sich in Deutschland das Gewicht der variablen Gewerbesteuer erheblich erhöht; es stieg von 31,75 % im Jahr 2007 auf 46,93 % im Jahr 2008 (jeweils Gewerbesteuerhebesatz von 400 %).³

2 Niveau und Streuung der nominalen Unternehmensteuerbelastung

Die eben beschriebene Besonderheit des Steuerstandortes Deutschland mit einem bedeutenden variablen kommunalen Belastungsanteil führt dazu, dass in Deutschland für Investoren eine erhebliche Zahl von attraktiven Standorten mit sehr günstigem – deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegenden – steuerlichen Belastungsniveau zur Verfügung steht.

Die nominale Gewerbesteuerbelastung errechnet sich dabei sehr einfach aus der bundeseinheitlichen Messzahl von 3,5 % und dem individuellen Hebesatz der Gemeinden. Letzterer wird

Abbildung 1: Anteile der kommunalen Gebietskörperschaften an der gesamten nominalen gewinnbezogenen Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften in den EU-Staaten 2007



³ In Berechnungen unterstellt das Bundesministerium der Finanzen meist einen Gewerbesteuerhebesatz von 400 %, obwohl dieser tatsächlich geringer ist. Vgl.: Statistisches Bundesamt (2008): Realsteuervergleich – Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen 2007, FS 14, R. 10.1.

von der Gemeinde eigenständig festgesetzt, muss allerdings mindestens 200 % betragen. In der Praxis schwankt der Hebesatz zwischen 200 % und etwa 500 % (bis auf unbedeutende Ausnahmefälle mit noch höheren Hebesätzen). Die Gesamtbelastung ergibt sich, indem zur bundes-

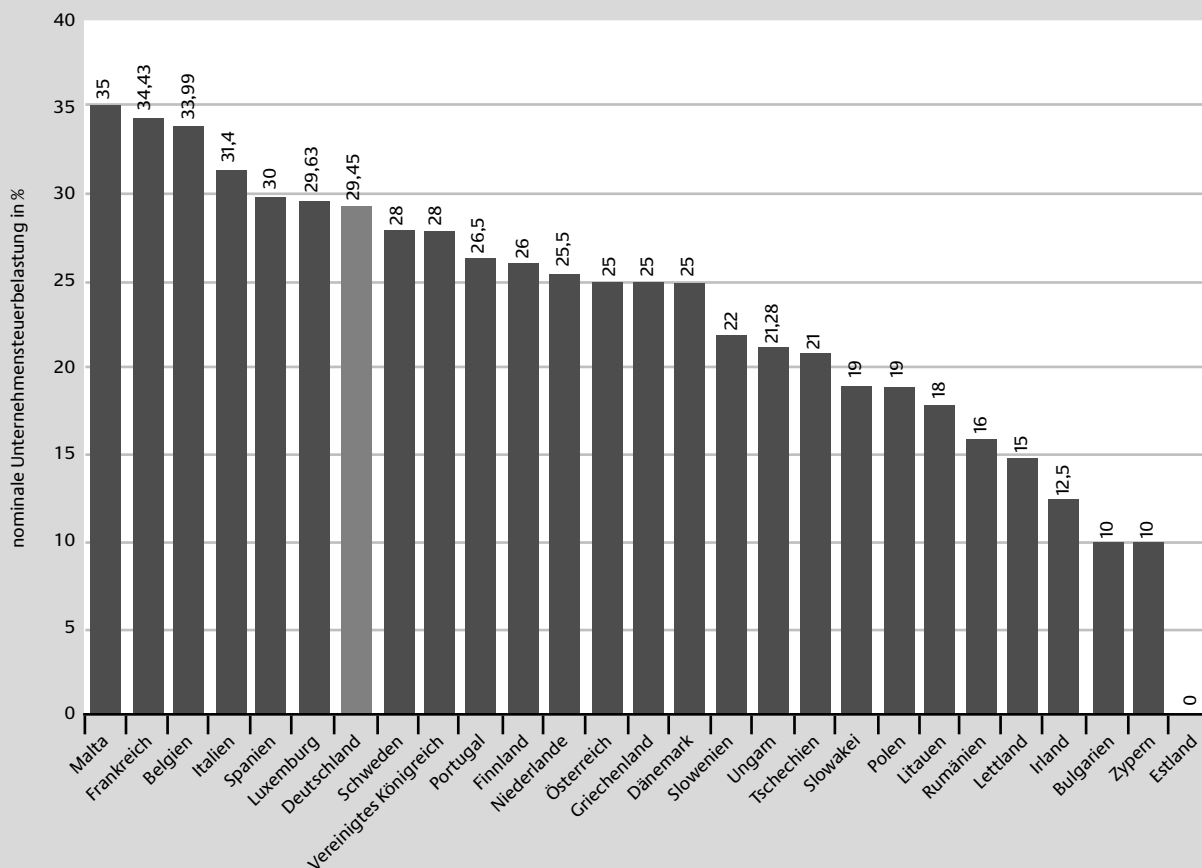
einheitlichen Belastung mit Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von zusammen 15,83 % die variable Belastung mit Gewerbesteuer hinzuaddiert wird (siehe Tabelle 1).

Der Steuersatzvergleich zwischen verschiedenen Standorten in Deutschland ist besonders

Tabelle 1: Berechnung der nominalen Gewerbesteuer- und Gesamtsteuerbelastung bei Kapitalgesellschaften im Jahr 2008 in %

Hebesatz von	ergibt	
	Gewerbesteuersatz von	Gesamtbelastung mit KSt, Soli (15,83 %) und GewSt von
	in %	
200	$200 \times 3,5 = 7$	22,83
300	$300 \times 3,5 = 10,5$	26,33
389	$389 \times 3,5 = 13,62$	29,45
400	$400 \times 3,5 = 14$	29,83
500	$500 \times 3,5 = 17,5$	33,33

Abbildung 2: Nominale Unternehmensteuerbelastung in der EU (2008)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2008): Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2007, Berlin, S. 18 u. 21, sowie eigene Berechnungen.

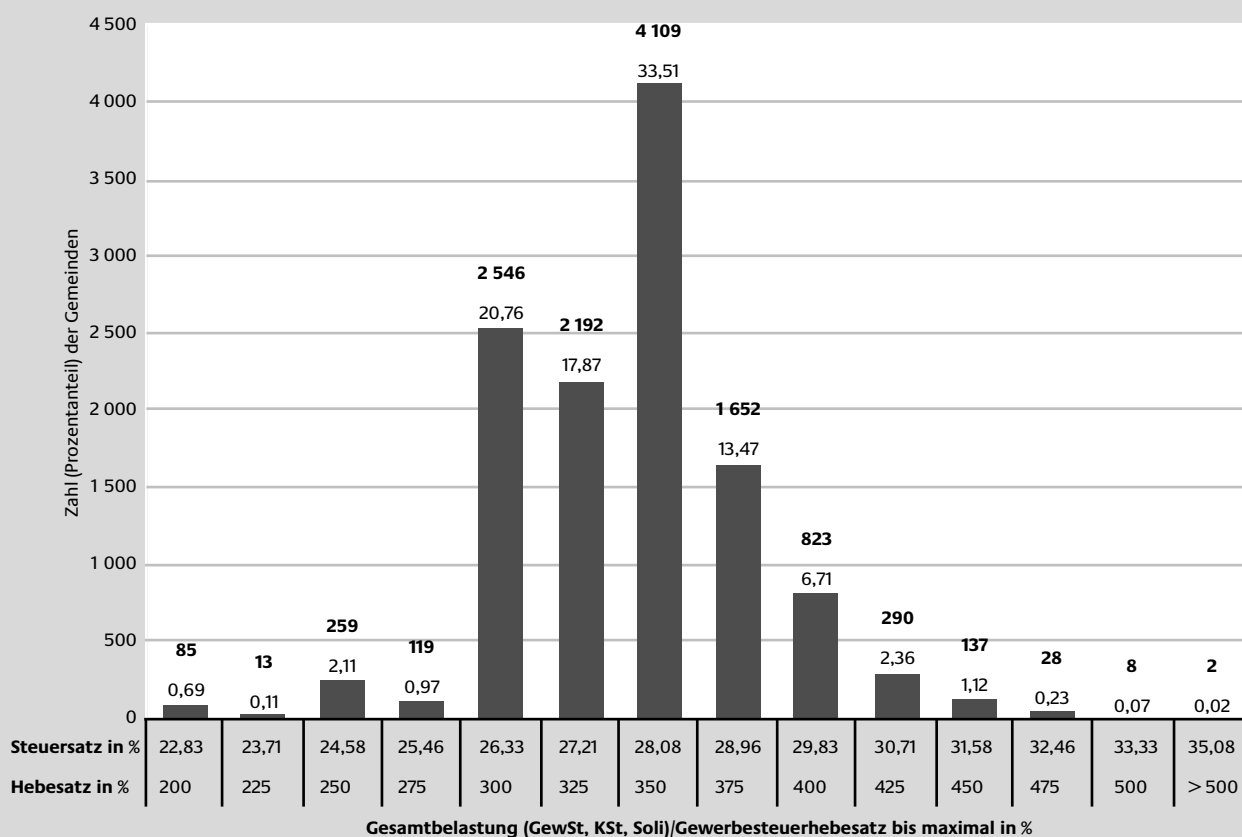
maßgeblich aus der Sicht eines Investors, der einen Standort für eine Neuinvestition bzw. Neuansiedlung sucht.

Der durchschnittliche gewogene Gewerbesteuerhebesatz in Deutschland betrug im Jahr 2007 (letzter Stand) 389 %.⁴ Wird dieser Wert auch für das Jahr 2008 unterstellt, liegt damit die durchschnittliche Gewerbesteuerbelastung des Gewinns bei 13,62 %. Zusammen mit der Körperschaftsteuer (inkl. Soli) in Höhe von 15,83 % ergibt sich somit eine durchschnittliche Belastung der in Kapitalgesellschaften thesaurierten Gewinne in Höhe von 29,45 %. Für die EU-27 zeigt sich, dass Deutschland mit einer Belastung von 29,45 % im oberen Mittelfeld liegt (siehe Abbildung 2, S. 49). Die durchschnittliche Belastung in der EU (ohne Deutschland) im Jahr 2008 liegt bei 22,59 %.

Der Belastungsvergleich auf der Grundlage der Durchschnittsbelastung darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass der deutsche Steuerstandort eine attraktive Belastungsbandbreite zu bieten hat, die es in dieser Form in keinem anderen europäischen Land gibt. Wichtig ist dabei: Günstige Belastungssätze gibt es nicht nur in abgelegenen Randregionen, sondern auch in einer erheblichen Zahl von Städten und Gemeinden mit attraktiver öffentlicher Infrastruktur und voll erschlossenen Märkten.

In der nachfolgenden Abbildung 3 ist die Verteilung (absolut und prozentual) der 12 263 deutschen Gemeinden auf 14 Hebesatzklassen dargestellt, denen 14 Steuerbelastungsklassen entsprechen. Angegeben ist, wie hoch die nominale Gesamtbelastung (Gewerbesteuer, Körperschaft-

Abbildung 3: Verteilung der Gemeinden auf verschiedene Hebesatzklassen und die damit verbundene maximale Unternehmensteuerbelastung im Jahr 2008 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): Realsteuervergleich – Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen 2007, FS 14, R. 10.1., Wiesbaden, und eigene Berechnungen.

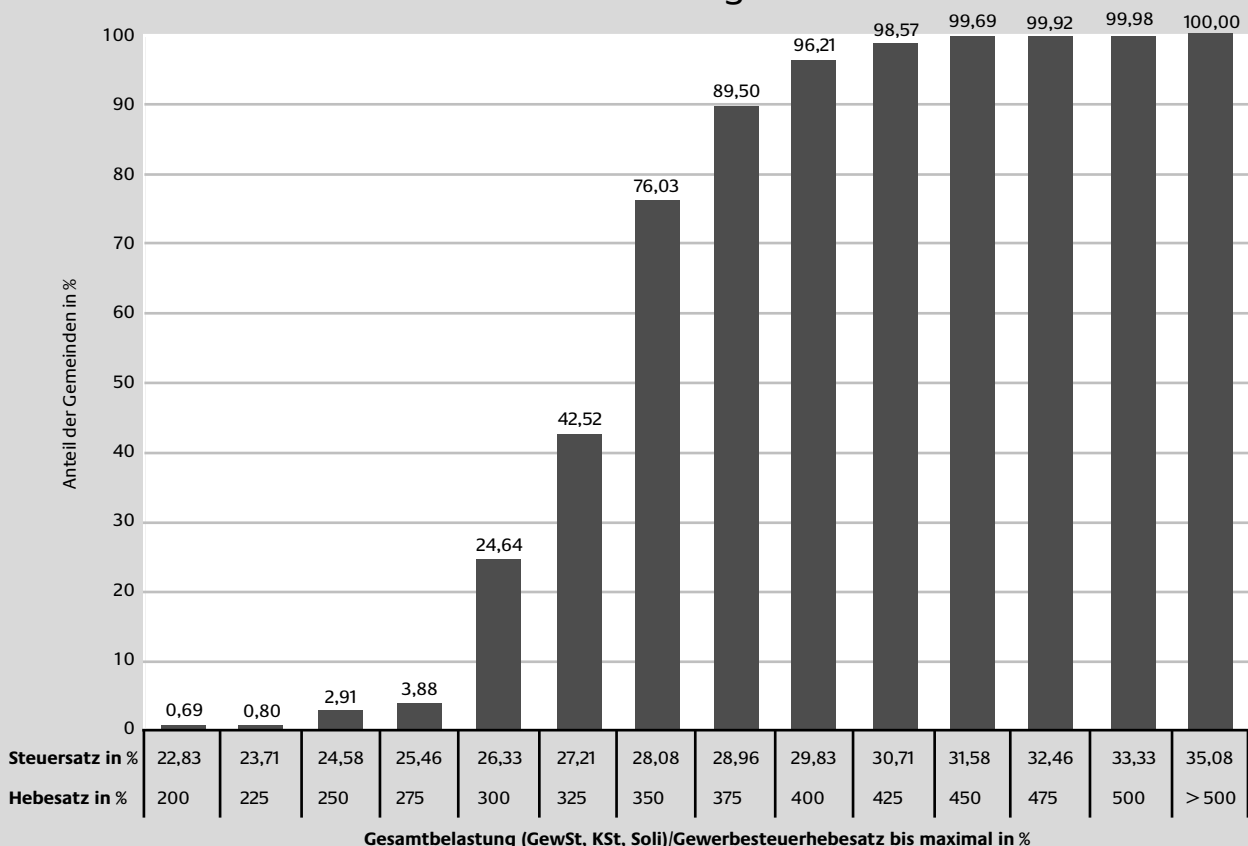
⁴ Statistisches Bundesamt (2008): Realsteuervergleich – Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen 2007, FS 14, R. 10.1.

steuer, Solidaritätszuschlag) thesaurierter Gewinne im Jahr 2008 in der jeweiligen Klasse maximal ist. So beträgt beispielsweise die Gesamtbelastung in der Hebesatzklasse zwischen 201 % und 225 % maximal 23,71 % und in der Hebesatzklasse zwischen 451 % und 475 % maximal 32,46 %.

Es zeigt sich, dass ein Belastungsniveau zwischen 326 % und 350 % der häufigste Wert ist. 4109 bzw. 33,5 % der Gemeinden erheben einen Hebesatz in diesem Intervall. Im Vergleich dazu liegen die Anteile in dem Intervall 175 % bis 200 % (tatsächlich nur 200 %, da dies der Mindesthebesatz ist) bei nur rd. 0,7 % (85 Gemeinden) und in dem Intervall über 500 %⁵ bei 0,02 % (2 Gemeinden). Selbst in dem Intervall, welches den Mittelwert umfasst (376 % bis 400 %), befinden sich nur 6,71 % (823) der Gemeinden.

Werden die einzelnen Prozentanteile kumuliert, so lassen sich Aussagen darüber treffen, wie viele Gemeinden einen Hebesatz bis zu einem Wert X erheben (siehe Abbildung 4). Zu erkennen ist, dass etwa 42,52 % der Gemeinden einen Hebesatz von maximal 325 % (entspricht einem Steuersatz von 27,21 %) erheben. Ein Hebesatz von 350 % (Steuersatz 28,08 %) ist der maximale Grenzwert in 76,03 % der Gemeinden. Mit anderen Worten: In 76,03 % (42,52 %) der Gemeinden liegt die Steuerbelastung von in Kapitalgesellschaften thesaurierten Gewinnen bei maximal 28,08 % (27,21 %). Der häufig in Publikationen verwendete Hebesatz der Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern in Höhe von aktuell (2008) 432 % wird von maximal 175 Gemeinden (1,44 %) erreicht oder überschritten.

Abbildung 4: Kumulierte Anteile der Gemeinden in den jeweiligen Hebesatzklassen und die damit verbundene maximale Unternehmensteuerbelastung im Jahr 2008 in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): Realsteuervergleich – Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen 2007, FS 14, R. 10.1., Wiesbaden, und eigene Berechnungen.

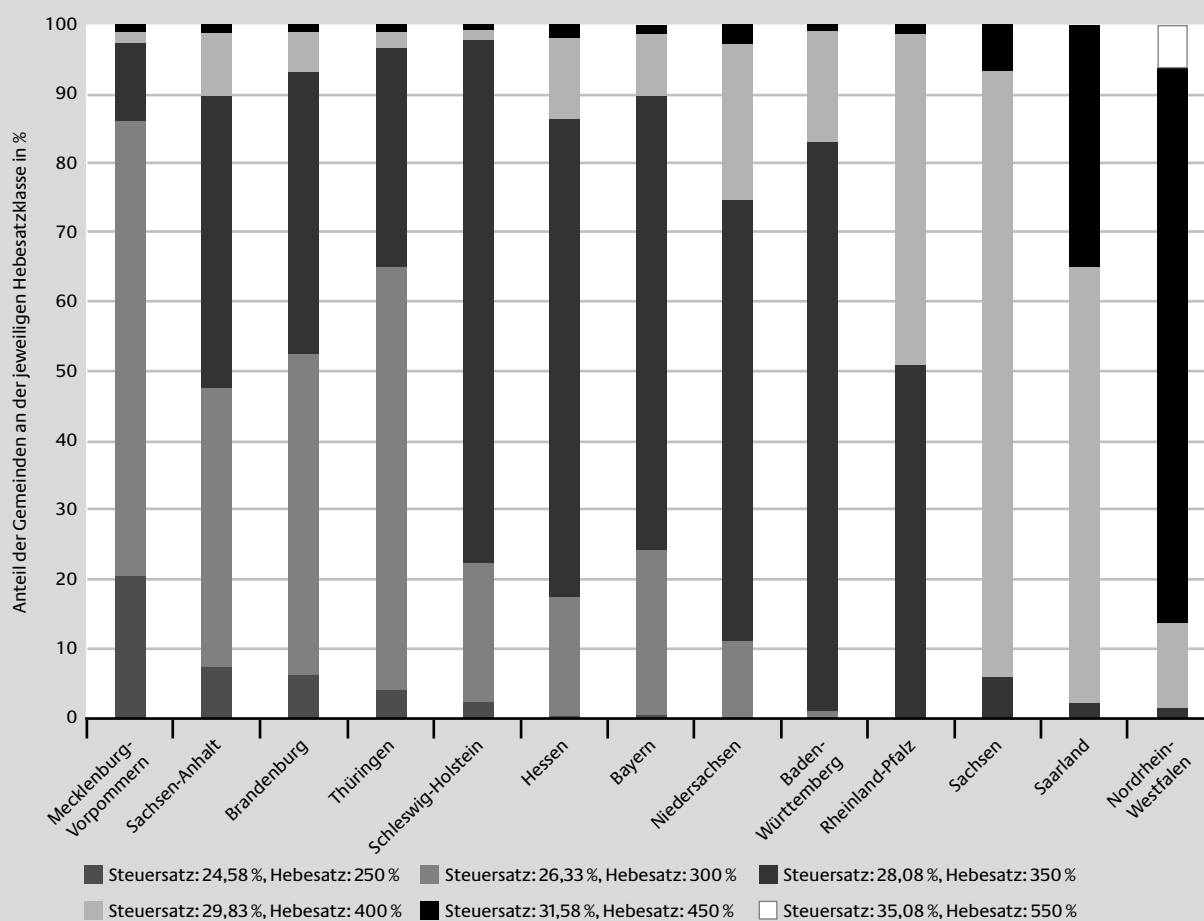
⁵ Für die Berechnungen wurde hier und nachfolgend für diese Hebesatzklasse ein Hebesatz von 550 % unterstellt.

Neben der Zahl der Gemeinden mit einem bestimmten Hebesatz ist auch ihre räumliche Verteilung interessant. Werden für jedes Flächenbundesland die Anteile der Gemeinden errechnet, die in eine Hebesatzklasse fallen, so sind grundsätzliche Aussagen über das jeweilige Hebesatzniveau in einem Bundesland möglich. In der folgenden Abbildung 5 sind exemplarisch sechs Hebesatzklassen abgebildet. Es zeigt sich, dass das Hebesatzniveau in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland am höchsten ist. In Nordrhein-Westfalen erheben fast 6 % der Gemeinden einen Hebesatz von über 450 %. Dieser Wert wird in keinem anderen Land auch nur annähernd erreicht. Ein Hebesatz zwischen 401 % und 450 % gilt für 80 % der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, im Saarland sind es immerhin noch fast 35 %, und an Position drei folgt Sachsen mit 6 %

seiner Gemeinden. Am anderen Ende der Skala befindet sich Mecklenburg-Vorpommern, wo mehr als 20 % der Gemeinden einen Hebesatz von maximal 250 % erheben.

Eine räumliche Darstellung der nominalen Belastung von Kapitalgesellschaften in Deutschland ist als Anlage (siehe S. 54) beigefügt.

Abbildung 5: Verteilung der Gemeinden eines Landes auf unterschiedliche Hebesatzklassen



Quelle: Statistisches Bundesamt (2008): Realsteuervergleich – Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen 2007, FS 14, R. 10.1., Wiesbaden, und eigene Berechnungen.

3 Zusammenfassung

Sucht ein Investor nach einem neuen Standort in Deutschland, so bieten sich insgesamt 12 263 Gemeinden als möglicher Investitionsstandort an. Über 9 400 dieser Gemeinden (76,03 % aller deutschen Gemeinden) weisen eine Steuerbelastung von maximal 28,08 % auf. Soll die Steuerbelastung maximal 27,21 % betragen, sind es noch immer über 5 200 Gemeinden (42,52 % aller Gemeinden) und bei einer Steuerbelastung von 26,33 % über 3 000 Gemeinden (24,64 %), die infrage kommen.

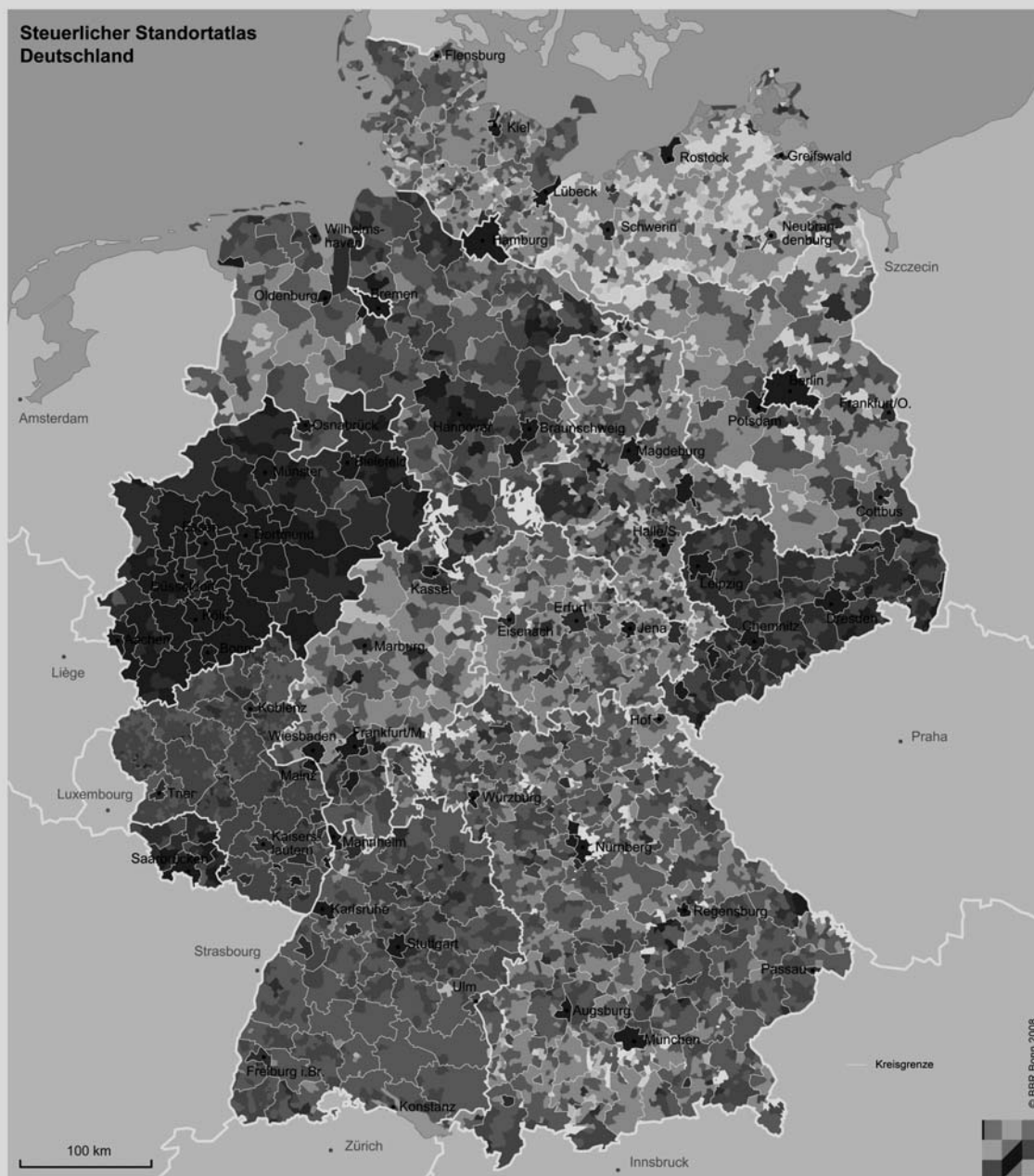
Diese starke Streuung der Steuerbelastung um den Durchschnittswert ist eine besondere Stärke des Steuerstandortes Deutschland. Zwar haben

auch in anderen Ländern die Gemeinden die Möglichkeit, die Steuerbelastung der Unternehmen zu beeinflussen, doch in einem sehr viel geringeren Rahmen. Insofern finden Investoren in Deutschland eine besonders breite Palette an Standorten mit unterschiedlichen Kombinationen aus Steuerbelastung und Infrastrukturangebot vor, aus welcher der jeweils optimale Standort ausgesucht werden kann.

Autor:

DR MICHAEL BROER, REFERENT IM REFERAT
„AUSWIRKUNGEN DER STEUERPOLITIK AUF DIE ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE UND DIE STEUERLASTVERTEILUNG“ IM
BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

Abbildung 6: Steuerlicher Standortatlas Deutschland



Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften durch GewSt, KSt und Soli

Steuerrecht 2008, Hebesätze 2007 (in %)

	bis unter 25		28 bis unter 29
	25 bis unter 26		29 bis unter 30
	26 bis unter 27		30 und mehr
	27 bis unter 28		gemeindefreie Gebiete (keine Daten)

Datenbasis: Berechnungen des BMF nach Angaben des Statistischen Bundesamtes
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2007

Im Zeichen der Wirtschaftskrise: Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften

Stichtag: 5. Dezember 2008

1	USA	55
2	Japan	58
3	Großbritannien	61
4	Frankreich	63
5	Italien	66
6	Spanien	68
7	Niederlande	71
8	Schweden	73
9	Anhang	76

1 USA

- Rezession im 2. Halbjahr 2008; Wachstumsaussichten für 2009 düster.
- Umfangreiche staatliche Konjunktur- und Finanzmarktprogramme führen zu einer erheblichen Ausweitung des Haushaltsdefizits.
- Geldpolitik im Lichte sinkender Inflationserwartungen auf Finanzmarkt- und Konjunkturstabilisierung ausgerichtet.

Konjunktur: Lage und Perspektiven

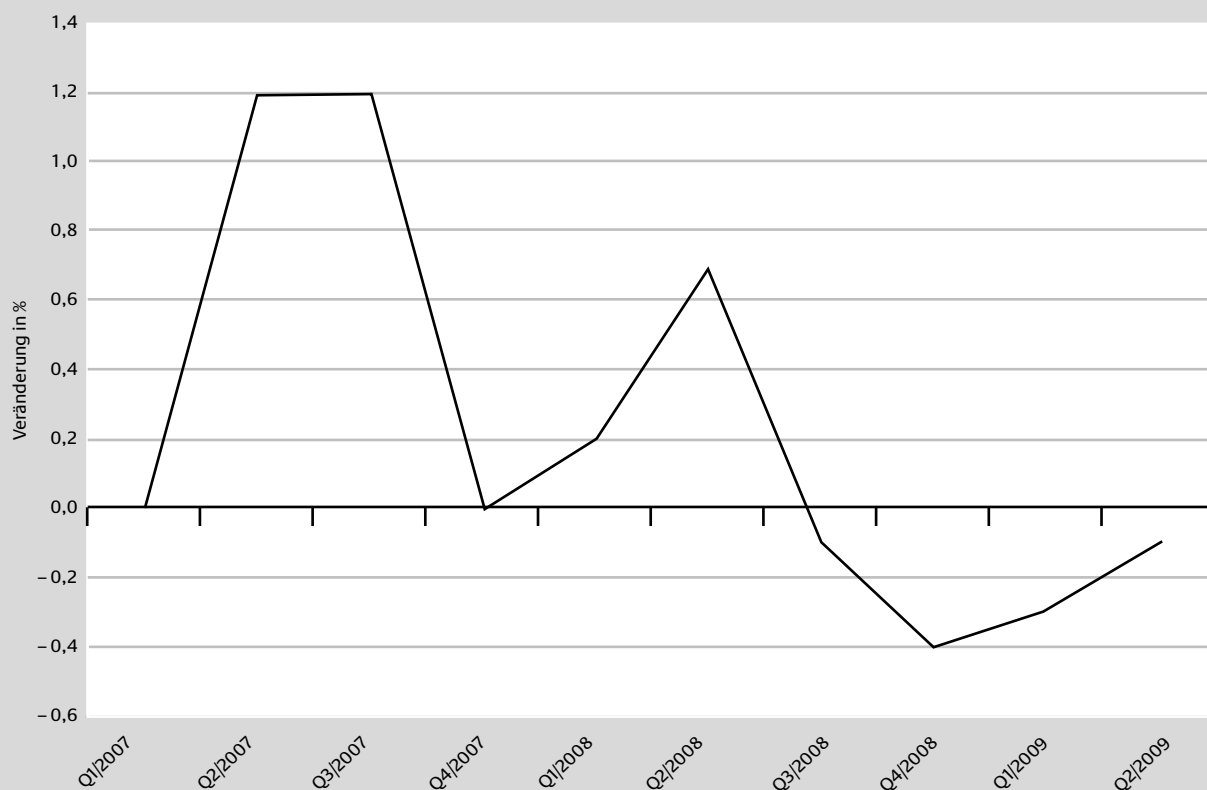
Die US-Wirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind im 3. Quartal in fast allen Teilen der Realwirtschaft angekommen. Nach ersten vorläufigen Schätzungen schrumpfte das reale BIP im 3. Quartal. Dies ist insbesondere auf einen kräftigen Rückgang bei den privaten Konsumausgaben (– 3,1 %) zurückzuführen. Ursachen hierfür sind die auslaufenden positiven Effekte der Steuergutschriften im 1. Halbjahr, die deutlich verschlechterte Lage auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitslosen-Quote 2007: 4,6 %, Q3/2008: 6,1 %, Prognose für 2009: 6,9 % bis 7,5 %) und die hohe

Inflationsrate (Verbraucherpreisanstieg im August + 5,4 % gegenüber dem Vormonat). Die Tragfähigkeit des Schuldendienstes der Privathaushalte leidet zudem unter der Kreditklemme und den schlechten Kreditkonditionen. Die Kreditkartenausfälle bei den Geschäftsbanken dürften bei einer Gesamtkreditkartenverschuldung von knapp einer Billion US-Dollar eine Größenordnung von etwa 20 Mrd. US-Dollar erreichen. Gebremst wird das Wachstum weiterhin durch den Wohnungsbau, der im abgelaufenen Quartal um über 19 % (annualisiert) sank. Vor dem Hintergrund der nachlassenden weltwirtschaftlichen Wachstumsdynamik lieferten auch die Nettoexporte mit 1,1 % einen geringeren Wachstumsbeitrag als erwartet. Für das laufende 4. Quartal wird mit einem weiteren massiven BIP-Rückgang gerechnet (annualisiert – 4 % bis – 6 %). Für das Gesamtjahr 2008 erwarten EU-Kommission (EU-KOM), OECD und IWF angesichts des relativ starken 1. Halbjahres noch eine positive Wachstumsrate des realen BIP von 1,4 % bis 1,5 %. Vor dem Hintergrund der sich weiter verschlechternden Lage der Weltwirtschaft, des Arbeitsmarktes, der privaten Vermögenswerte und der Finanzierungsbedingungen sind die Wachstumsaussichten für 2009 hingegen deutlich düsterer: EU-KOM – 0,5 %, IWF – 0,7 %, OECD – 0,9 %.

Öffentliche Finanzen

Die schwache Wirtschaftslage und das im Frühjahr geschnürte milliardenschwere Konjunkturpaket

Abbildung 1: BIP gegenüber dem Vorquartal ¹
USA



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.
Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

haben das amerikanische Haushaltsdefizit im vergangenen Fiskaljahr (1. Oktober 2007 bis 30. September 2008) laut US-Finanzministerium auf den Rekordbetrag von 455 Mrd. US-Dollar getrieben (3,2 % des BIP; im Vorjahr 162 Mrd. US-Dollar). Die Aussichten für das neue Budgetjahr 2009 (1. Oktober 2008 bis 30. September 2009) sind noch düsterer. Außer der schwachen Wirtschaft dürften die verschiedenen Rettungsmaßnahmen von Regierung und Kongress den Etat zusätzlich erheblich belasten. Erste Defizitschätzungen belaufen sich auf 750 Mrd. US-Dollar, selbst ein Überschreiten der Grenze von 1 Billion US-Dollar scheint nicht ausgeschlossen. Während die Rekapitalisierung der Banken mit (bislang) 250 Mrd. US-Dollar zu Buche schlägt, ist noch unklar, wie andere Hilfsmaßnahmen des Finanzministeriums, der staatlichen Einlagensicherungsgesellschaft und der US-Notenbank den Etat letztlich belasten werden, beispielsweise

auch die Verstaatlichung der beiden Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac.

Für 2008 erwarten EU-KOM und OECD ein gesamtstaatliches Defizit von 5,3 % des BIP (IWF 4,1 %), welches sich im Jahr 2009 erheblich auf 6,7 % (OECD) bis 7,2 % (EU-KOM) ausweiten dürfte (IWF 4,6 %). Während die OECD für das Jahr 2010 von einer annähernden Stabilisierung des Defizits auf diesem Niveau ausgeht, rechnet die EU-Kommission mit einer weiteren erheblichen Verschlechterung auf 9,0%.

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturstützende Maßnahmen

Angesichts des schwachen Haushaltsausblicks setzen die gegenwärtigen und künftigen US-Administrationen auf eine Verstärkung der

expansiven Konjunkturpolitik. Während das Anfang dieses Jahres umgesetzte erste Konjunkturprogramm auf eine Belebung des Konsums und der Investitionstätigkeit durch Steuergutschriften für die privaten Haushalte (115 Mrd. US-Dollar, 0,8 % des BIP) und durch Sonderabschreibungsprogramme für Unternehmen (50 Mrd. US-Dollar) gerichtet war, soll das zweite Konjunkturprogramm darauf abzielen, Kredite für Verbraucher, Hauskäufer und Unternehmer leichter verfügbar zu machen.

Wegen drohender Insolvenz forderten jüngst auch die Vorstandsvorsitzenden der „Detroit Three“ (GM, Ford, Chrysler) staatliche Unterstützung im Umfang von mindestens 25 Mrd. US-Dollar für die eingebrochene Automobilindustrie. Ursache der desolaten Lage seien die Auswirkungen der Finanzkrise; ohne staatliche Hilfe drohe der Verlust von mehreren Millionen Arbeitsplätzen. Während die aktuelle Regierung die Forderung mit Verweis auf ein existierendes 25-Mrd.-US-Dollar-Hilfsprogramm für die Entwicklung energiesparender Fahrzeuge zurückweist, begründeten der Kongress und der künftige Präsident Barack Obama ihre bislang ablehnende Haltung insbesondere mit dem Fehlen überzeugender Sanierungskonzepte.

Ende November kündigte der designierte US-Präsident Barack Obama für das kommende Jahr ein auf zwei Jahre angelegtes milliardenschweres Konjunkturprogramm zur Rettung bzw. Schaffung von 2,5 Mio. Arbeitsplätzen an. Das Programm dürfte sowohl Steuererleichterungen als auch Investitionsanreize und Infrastrukturmaßnahmen beinhalten. Schätzungen über das finanzielle Volumen des Konjunkturprogramms schwanken zwischen 200 Mrd. US-Dollar und 500 Mrd. US-Dollar.

Aufgrund der sich rasch verschlechternden Arbeitsmarktzahlen hat die Regierung Ende November eine Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengelder von im Regelfall 26 Wochen auf 46 Wochen beschlossen. Die zusätzlichen Kosten werden auf rd. 6 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Geldpolitik

Die US-Notenbank (FED) hat den Leitzins im Oktober (8. und 29.) jeweils um 50 Basispunkte herabgesetzt und zugleich die Tür für weitere

Zinssenkungen offen gelassen. Mit einem Refinanzierungssatz von nur noch 1 % wurde damit das Rekordtief vom Juni 2003 wieder erreicht. Als Erklärung führte die FED an, dass sich die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung deutlich verschlechtert hätten. Zudem sei wegen der erheblich gesunkenen Energie- und Rohstoffpreise und angesichts der wirtschaftlichen Abschwächung für die kommenden Quartale eine sinkende Inflation wahrscheinlich. Einige Analysten erwarten allerdings schon für Dezember eine im Vorjahresvergleich negative Verbraucherpreisinflation, die weit in das Jahr 2009 hinein Bestand haben könnte. Auch die Kerninflation dürfte deutlich zurückgehen. Angesichts dieser Tendenz wird allgemein damit gerechnet, dass die FED auf ihrer Sitzung Mitte Dezember den Leitzins auf 0,5 % senkt und im weiteren Zeitverlauf sogar auf Null zurückführen wird. Diese Erwartungen haben zugleich die Deflationsdiskussion wieder angefacht.

Finanzmarktpolitik

Nach einem ersten Anfang Oktober verabschiedeten 700-Mrd.-US-Dollar-Rettungspaket für den Finanzsektor (Emergency Economic Stability Act – EESA) wurde Ende November ein ca. 800 Mrd. US-Dollar schweres Unterstützungspaket der US-Notenbank beschlossen. Rund die Hälfte der mit dem EESA bewilligten Mittel wurden bislang für staatliche Beteiligungen an US-Banken eingesetzt. Die verbleibenden 350 Mrd. US-Dollar sollen auch anderen Finanzinstituten (Versicherungen, Kreditkartenunternehmen, Finanzierungstöchtern der Autohersteller) zugutekommen und über diesen Kanal auch die Darlehensvergabe an Privatkunden wieder erleichtern. Mit dem zweiten Rettungspaket setzt die Notenbank nunmehr die ursprüngliche Absicht, illiquide Hypothekenpapiere zur Bereinigung der Bankenbilanzen anzukaufen, um. Das Programm sieht vor, dass die US-Notenbank FED Hypothekenwertpapiere (Mortgage Backed Securities) von Hypothekenfinanzierern im Umfang von 600 Mrd. US-Dollar übernimmt. Zudem soll der Markt für Konsumentenkredite angekurbelt werden, indem die FED Wertpapiere kauft, die mit Verbraucher- und Unternehmenskrediten besichert sind. Die US-Notenbank

FED und das US-Finanzministerium haben außerdem Mitte November eine „Neustrukturierung“ des Hilfspakets für den angeschlagenen Versicherungskonzern AIG angekündigt, welches u.a. den Erwerb illiquider Hypothekenwertpapiere (22,5 Mrd. US-Dollar) und verbriefter Schuldverschreibungen (30 Mrd. US-Dollar) durch die US-Notenbank (bzw. von ihr eigens gegründeten Zweckgesellschaften) beinhaltet. Der Staat wiederum wird neue Vorzugsaktien der AIG im Volumen von 40 Mrd. US-Dollar erwerben, womit sich das Gesamtvolumen der staatlichen Unterstützung für AIG dann auf mindestens 152 Mrd. US-Dollar beläuft.

In Reaktion auf die Finanzkrise wurden darüber hinaus folgende Vorhaben umgesetzt:

- Die halbstaatlichen Hypothekenrefinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac wurden unter staatliche Kontrolle gestellt.
- Der Verbraucherschutz bei Hypotheken wurde verstärkt und Pfandbriefe als Refinanzierungsinstrument für Hypotheken eingeführt.
- Durch die Aufgabe ihres rechtlichen Sonderstatus wurden die letzten verbliebenen Investmentbanken (Goldman Sachs, Morgan Stanley) zu normalen Geschäftsbanken und unterliegen damit den strengen Regulierungs- und Aufsichtsregeln (sie erhalten dafür im Gegenzug aber auch einen breiteren Zugang zu den Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank).
- Die FED hat die Beschränkungen für Minderheitsbeteiligungen an Banken gelockert und diesen damit durch neue Investoren besseren Zugang zu Kapital verschafft.

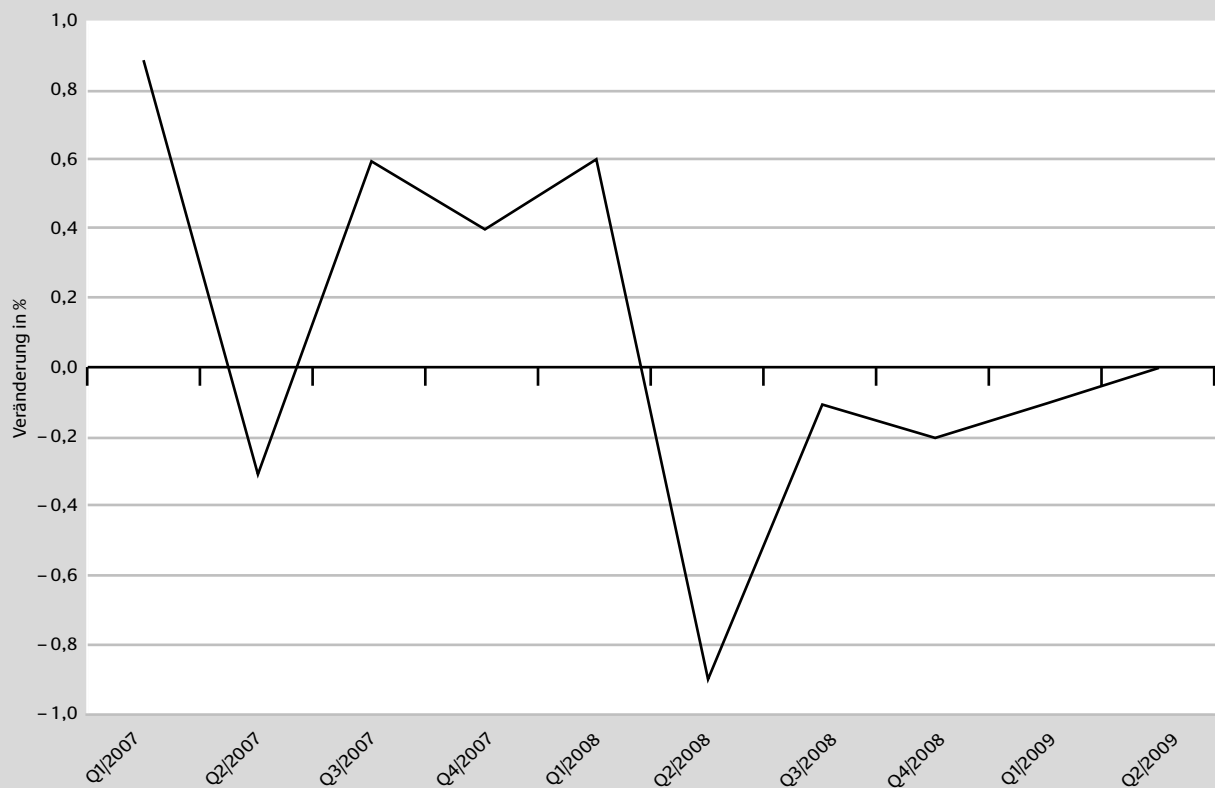
2 Japan

- Abruptes Ende der wirtschaftlichen Expansion zur Jahresmitte, Wachstumsrückgang im Jahr 2009.
- Konjunktur- und Finanzmarktprogramme gehen einher mit deutlicher Verschlechterung der Haushaltslage.
- Erneute Deflationsgefahr.

Konjunktur: Lage und Perspektiven

Die lang anhaltende Expansion (reales BIP-Wachstum 2007: 2,1 %) ist Mitte des Jahres vor allem infolge der Abschwächung des Welthandels, verschlechterter Finanzierungsbedingungen aufgrund der weltweiten Finanzkrise und infolge massiver Kursverluste an den Aktienmärkten rapide zu Ende gegangen. Der weltweite Nachfragerückgang (insbesondere aus den USA) führte zu einem starken Rückgang der Exporte und Unternehmensinvestitionen – der beiden Wachstumsmotoren der japanischen Wirtschaft. Eine zusätzliche Belastung für den Export stellt die massive Aufwertung des Yen dar. Durch die Repatriierung von Kapitalanlagen im Ausland (Auflösung von „carry trades“) und die gestiegene Risikoscheu japanischer Anleger wertete der Yen gegenüber dem Euro seit August um ein Drittel, gegenüber dem US-Dollar um ein Viertel auf. Angesichts eines rückläufigen BIP-Wachstums im 2. und 3. Quartal (–0,9% bzw. –0,1%) befindet sich die Wirtschaft bereits in einer („technischen“) Rezession. Für das Gesamtjahr 2008 wird mit einem marginalen BIP-Wachstum von real 0,4 % bis 0,5 % gerechnet, während für 2009 ein Wachstumsrückgang erwartet wird (OECD – 0,1%, IWF – 0,2%, EU-KOM – 0,4 %). Positive Impulse dürften von den ergriffenen stimulierenden Maßnahmen und den privaten Haushalten – dank moderater Lohnzuwächse und relativ guter Beschäftigungsaussichten – ausgehen.

Abbildung 2: BIP gegenüber dem Vorquartal¹
Japan



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.
Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

Öffentliche Finanzen

Die wirtschaftliche Krise hinterlässt ihre Spuren im Staatshaushalt. Das Ende Oktober von der Regierung vorgestellte Konjunkturpaket mit einem Umfang von rd. 27 Billionen Yen (rd. 221,3 Mrd. €) soll den Staatshaushalt nur mit 5 Billionen Yen (rd. 41 Mrd. €) belasten. Die Stützungsmaßnahmen sollen u.a. durch Zinserträge aus dem eigentlich für die Schuldentilgung vorgesehenen „special account for fiscal investment and loan program“ gegenfinanziert werden. Weitere Einzelheiten sind nicht bekannt; eine Finanzierung durch Neuverschuldung hat die Regierung aber ausgeschlossen, obwohl erste Schätzungen von steuerlichen Mindereinnahmen infolge der schwachen Konjunktur in Höhe von 6 Billionen Yen bis 7 Billionen Yen (immerhin fast 10 % der erwarteten Einnahmen) ausgehen. Das zuletzt zurückgeführte gesamtstaatliche Defizit (OECD 2007: 2,4 %, 2008: 1,4 %) dürfte 2009 und 2010 wie-

der rapide auf 3,3 % bzw. 3,8 % ansteigen und es schwierig machen, das angestrebte Regierungsziel eines ausgeglichenen Primärhaushalts im Finanzjahr 2011 und eines Abbaus der Schuldenstandsquote von über 170 % des BIP (der höchsten im OECD-Raum) zu erreichen. Die seit langem geplante und dringend erforderliche Steuerreform, insbesondere im Einkommensteuer- und Unternehmensteuerbereich, hat die Regierung erneut verschoben.

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturstützende Maßnahmen

Die Regierung hat angesichts der sich verschlechternden Wirtschaftslage ihre konjunkturstützenden Maßnahmen kontinuierlich ausgebaut. Ein erstes, noch unter der Vorgängerregierung

Fukuda im Sommer 2008 initiiertes Konjunkturprogramm beinhaltet im Wesentlichen Kreditgarantien für kleine und mittlere Unternehmen und Investitionsbeihilfen für „saubere Energien“ sowie Steuerrückerstattungen in Höhe von 2 Billionen Yen (rd. 12,3 Mrd. €) zur Entlastung der Verbraucher angesichts steigender Rohstoffpreise. Ende Oktober nun hat die Regierung Aso ein Gesamtkonjunkturpaket im Volumen von rd. 27 Billionen Yen (rd. 221,3 Mrd. €) vorgestellt. Vorgesehen sind u. a. eine Einmalzahlung von knapp umgerechnet 100 € an jeden Bürger sowie weitgehende Steuererleichterungen bei Immobilienkäufen und -finanzierungen. Zudem wurden Steuererleichterungen für Anleger beschlossen. Daneben sollen auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen u. a. durch eine Verbesserung der Konditionen für Garantieerklärungen und Bürgschaften sowie durch steuerliche und regionale Fördermaßnahmen unterstützt werden. Zu den erwarteten ökonomischen Auswirkungen ihres Konjunkturpakets äußerte sich die Regierung bislang nicht. Auch ist mit einer Verabschiedung des Gesetzespakets erst im Januar 2009 zu Beginn der neuen Sitzungsperiode zu rechnen, wobei – sollten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschlechtern – weitere Anpassungen wahrscheinlich sind.

Geldpolitik

Nachdem sich die japanische Notenbank der konzertierten Leitzinssenkungsaktion der großen Zentralbanken Anfang Oktober unter Verweis auf das extrem niedrige Zinsniveau von 0,5 % und den eingeschränkten Handlungsspielraum nicht angeschlossen hat, entschloss sie sich Ende Oktober unter dem Druck der sich eintrübenden Wirtschaftsentwicklung den Leitzins schließlich doch um 0,2 Prozentpunkte auf 0,3 % zu senken. Trotz dieser Maßnahme könnte die Kerninflation der Verbraucherpreise aber – nach einer Preisstagnation in diesem Jahr – in den Jahren 2009 und 2010 wieder leicht negativ werden (– 0,1 % bzw. – 0,2 %). Die OECD schließt daher eine Rückkehr zur Deflation nicht aus.

Finanzmarktpolitik

Der japanische Finanzsektor, der bisher nur im begrenzten Umfang von der „subprime loan“-Krise erfasst worden war, gerät durch die Buchverluste der Banken und Versicherungen infolge des massiven Einbruchs des Aktienmarktes (der im Wesentlichen auf die Verkäufe ausländischer Banken und Hedge-Fonds zurückgeführt wird) und die Aufzehrung des Eigenkapitals immer mehr in Bedrängnis. Gleichzeitig verschärfen sich die Bedingungen für Kreditvergaben zuletzt deutlich. Für den Zeitraum April (Beginn des Fiskaljahres) bis September 2008 verzeichneten mehrere große Geschäftsbanken Gewinneinbrüche zwischen 50 % bis 70 % gegenüber dem Vorjahr. Zur Stabilisierung der Aktienpreise verzichteten die Regierung und die Bank of Japan (BoJ) bis auf Weiteres darauf, ihre Aktienbestände auf den Markt zu bringen. Den Unternehmen soll in größerem Umfang als bisher der Erwerb eigener Aktien gestattet werden. Angesichts der Gefahr einer möglichen Kreditklemme beschloss die Regierung im November ein Finanzmarktstabilisierungsprogramm, das staatliche Finanzhilfen von bis zu 10 Billionen Yen (rd. 80 Mrd. €) für Großbanken und für kapitalschwache Regional- und landwirtschaftliche Genossenschaftsbanken zulässt. Zudem soll es der Regierung künftig möglich sein, von Banken gehaltene Aktienpakete zu übernehmen. Ähnlich wie die FED und die EZB wird die BoJ künftig Einlagen von Banken bei der Zentralbank verzinsen und direkte kommerzielle Kredite vergeben können. Schließlich sollen Bilanzierungsregeln und Mindestanforderungen zur Eigenkapitalunterlegung für Banken gelockert werden.

3 Großbritannien

- Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und deutliche konjunkturelle Abkühlung.
- Korrekturprozess im Immobilien- und Bausektor wird sich fortsetzen.
- Umfangreiche Konjunkturmaßnahmen und Finanzmarkthilfen trotz schwacher Haushaltsposition.

Konjunktur: Lage und Perspektiven

Großbritannien ist von der Finanzkrise aufgrund der großen Bedeutung des Finanzsektors (mehr als 10 % des BIP des Landes) besonders empfindlich getroffen. Vor diesem Hintergrund hat bereits 2008 das Wirtschaftswachstum in Großbritannien im Vergleich zum Vorjahr (3,0 %) deutlich nachgelassen. Im 2. Quartal 2008 kam es erstmals zu einem Stillstand und im 3. Quartal zu einem Rückgang des BIP um 0,5 %. Damit dürfte sich das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2008 laut aktueller OECD-Prognose auf 0,8 % verlangsamen (EU-KOM: + 0,9 %; IWF: + 0,8 %). Für das kommende Jahr wird mit einer Rezession und damit einem Schrumpfen der britischen Volkswirtschaft gerechnet (EU-KOM: – 1,0 %; OECD: – 1,1 %, IWF: – 1,3 %). Hauptfaktoren der Abschwächung sind ein Stillstand beim Konsum und ein drastischer Einbruch bei den Bruttoanlageinvestitionen im 2. Quartal. Zusammen mit der massiven Instabilität im Banken- und Finanzsektor wirken sich diese Faktoren dämpfend auf die Binnennachfrage aus; demgegenüber wird 2008 vom Außenbeitrag noch ein positiver Wachstumsimpuls erwartet. Die Abwertung des britischen Pfunds dürfte den Export zwar stützen, aber die sinkende Nachfrage bei den Handelspartnern im Zuge der weltwirtschaftlichen Abkühlung könnte diesen positiven Effekt im Jahr 2009 überlagern. Die weitere Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien hängt stark vom Immobilienmarkt (Rückgang der Immobilienpreise im Oktober um 13,7 % gegenüber dem Vorjahr) und der Kreditsituation der privaten Haushalte (die Verschuldung beträgt ca. 170 % der verfügbaren

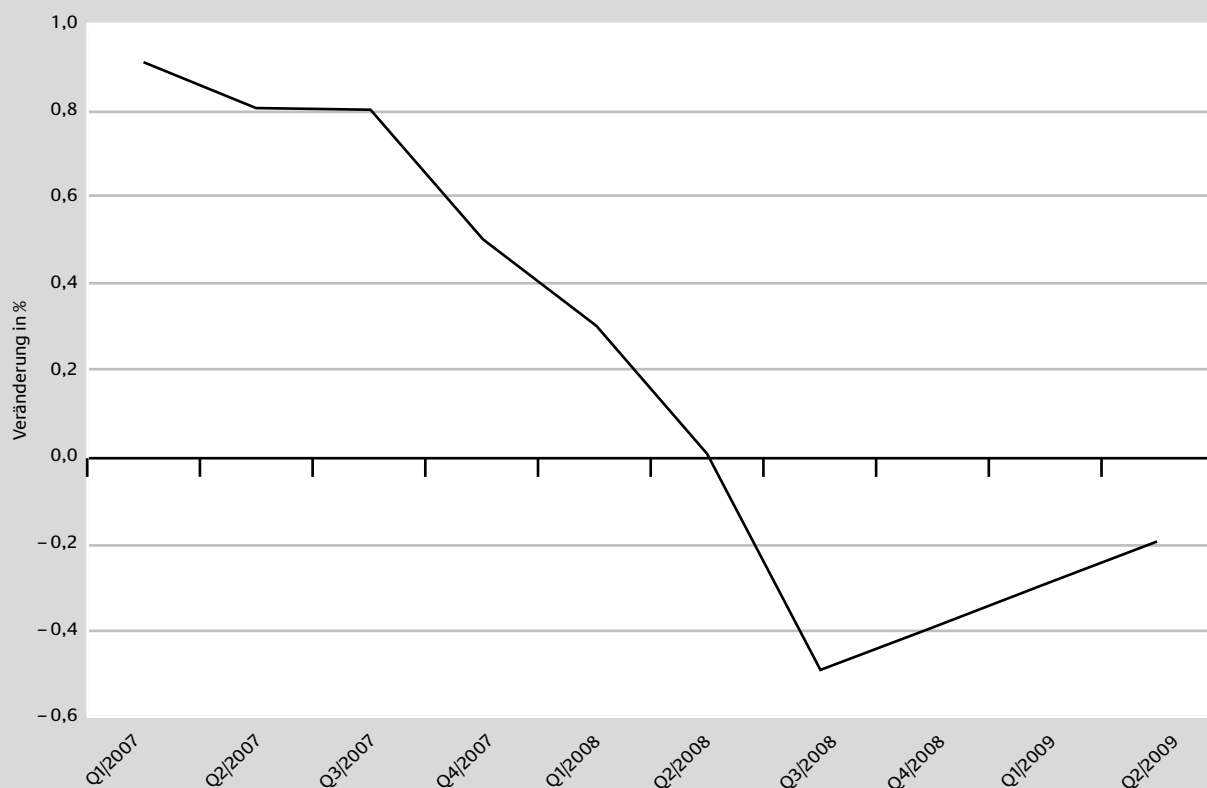
Einkommen) ab. In den kommenden Monaten ist weiterhin mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Allein 2008 (bis November) ist die Arbeitslosenquote von 5,4 % auf 5,8 % gestiegen. Die OECD geht für 2009 und 2010 von einem weiteren Anstieg auf 6,8 % bzw. 8,2 % aus. Angesichts dieser sich verschlechternden Fundamentaldaten rechnet sie erst gegen Ende 2009 mit einer Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Öffentliche Finanzen

Auch die Situation der öffentlichen Finanzen ist stark geprägt durch die wirtschaftliche Krise. Im Zuge der aktuellen Haushaltsaufstellung belasten die von der britischen Regierung beschlossenen konjunkturstabilisierenden Maßnahmen den öffentlichen Haushalt, wobei die kurzfristige Ausweitung des staatlichen Defizits durch Einsparungen ab 2012 wieder ausgeglichen werden soll. Mit ihrem Etatentwurf für das Jahr 2008/2009 stellte die Regierung ein Maßnahmenpaket in Höhe von rund 20 Mrd. Pfund vor, bei dem allein die angekündigte zeitlich befristete Mehrwertsteuersenkung mit 12,5 Mrd. Pfund zu Buche schlägt. Der Steuerausfall soll ab 2010 durch höhere Steuern für Einkommen ab 150 000 Pfund partiell ausgeglichen werden.

Auch ohne die o.a. beabsichtigten Maßnahmen rechnet die EU-Kommission in ihrer Herbstprognose mit einem Anstieg des Haushaltsdefizits 2008 auf 4,8 % des BIP (2007: 2,8 %) und 2009 sogar auf 5,6 %. Der Haushaltsentwurf der Regierung sieht erst 2011 wieder eine Unterschreitung des Maastricht-Richtwertes von 3 % des BIP vor. Wegen der bereits bestehenden Verletzung des Maastricht-Vertrages leitete die EU-Kommission im Sommer 2008 ein Defizitverfahren zur frühzeitigen Haushaltskorrektur im kommenden Jahr ein. Die Defizitentwicklung ist einnahmeseitig vor allem bedingt durch Einbrüche bei den Unternehmenssteuern, Einnahmeverluste bei der Einkommensteuerseite und bei indirekten Steuern aufgrund sinkender Beschäftigungsraten sowie eines geringeren Konsums. Nicht zuletzt die jüngsten Steuersenkungen tragen zu den schwächeren Einnahmen für die kommenden zwei Jahre bei. Gleichzeitig dürften infolge der Krise – auch auf dem Arbeitsmarkt – die Transferleistungen deutlich steigen. Vor diesem Hintergrund wird die

**Abbildung 3: BIP gegenüber dem Vorquartal¹
Großbritannien**



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.
Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

Schuldenstandsquote bis 2010/2011 um über 15 % von 44,2 % im Jahr 2007 auf bis 60,3 % des BIP im Jahr 2010 steigen (EU-KOM-Herbstprognose).

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturpolitische Maßnahmen

Bereits im September und Oktober 2008 kündigte die Regierung eine Reihe konjunkturstützender Maßnahmen an. Hierzu zählt insbesondere ein Maßnahmenpaket in Höhe von 1,6 Mrd. Pfund, das Hauseigentümern kurzfristig unter die Arme greifen soll. Angesichts der Liquiditätsschwierigkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sollen – neben der von der EU beschlossenen Erweiterung der EIB-Kredite – nationale Förderprogramme ausgeweitet werden. Unterstützt durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds sollen außerdem Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose gefördert werden.

Die britische Regierung kündigte im Rahmen der Vorstellung des aktuellen Haushaltentwurfs am 24. November weitere umfangreiche, weitgehend steuerliche Maßnahmen an. Dazu zählt vor allem die Absenkung der Mehrwertsteuer von 17,5 % auf 15 % vom 1. Dezember 2008 bis 31. Dezember 2009. Weiterhin ist das Vorziehen geplanter Ausgaben in Höhe von 3 Mrd. Pfund zur Förderung von öko-effizientem Wachstum und öko-effizienter Beschäftigung sowie eine vorgezogene Erhöhung des Kinderfreibetrags und der geplanten Rentenerhöhung um 60 Pfund etatisiert. Zur Unterstützung von Einzelpersonen und Unternehmen, die von der Finanzkrise besonders stark betroffen wurden, wurde der im Mai um 600 Pfund angehobene Einkommensteuerfreibetrag um nochmals 130 Pfund auf nun 6 165 Pfund erhöht. Ein Finanzierungsplan, Kreditbürgschaften und Steuererleichterungen sollen vor allem KMU und Exporteure mit Kreditschwierigkeiten stützen.

Geldpolitik

Nachdem höhere Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie die Abwertung der britischen Währung im Verlauf dieses Jahres zu einem erheblichen Preisauftrieb geführt hatten, normalisierten sich die Inflationserwartungen in der zweiten Jahreshälfte. Die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate der Verbraucherpreise dürfte 2008 3,7% (EU-KOM, 2007: 2,3%) betragen. Veränderte Fundamentalfaktoren, das schwächere Wachstum sowie sinkende Rohöl- und Nahrungsmittelpreise werden laut der britischen Notenbank (BoE) dazu führen, dass sich die Inflationsrate in den kommenden zwei Jahren wieder deutlich auf unter 1% zurückbilden wird. Angesichts des sich beschleunigenden Abschwungs hat die Notenbank den Leitzins im Oktober und November um 50 bzw. 150 Basispunkte gesenkt. Am 4. Dezember folgte eine weitere deutliche Zinssenkung um 100 Basispunkte auf 2%.

Finanzmarktpolitik

Die Situation auf den Finanzmärkten ist seit Anfang 2008 instabil und sehr angespannt. Nach der Verstaatlichung der Hypothekenbank Northern Rock im Februar 2008 wurde im September 2008 eine weitere Hypothekenbank (Bradford and Bingley) verstaatlicht. Die Regierung traf im Verlauf des Oktober weitere bedeutsame Entscheidungen und beschloss in Anlehnung an die Rettungsmaßnahmen in Skandinavien zu Beginn der 90er Jahre temporäre Hilfen für Großbanken. Des Weiteren wurde ein Rekapitalisierungsplan der Regierung von bis zu 50 Mrd. Pfund verabschiedet. Für die Banken ist die Beteiligung an dieser Maßnahme mit Bedingungen verbunden, die im Einzelnen von der Finanzaufsichtsbehörde festgelegt werden. Diese betreffen im Wesentlichen die Dividendenauszahlungen, die Vergütung von Bankmanagern und die Verpflichtung zur Kreditvergabe an Kleinunternehmen und Eigenheimerwerber. Zusätzlich wurde die Gründung einer staatlichen Gesellschaft beschlossen, die für die kommenden drei Jahre Darlehensgarantien an Finanzinstitute bis zu einer Höhe von 250 Mrd. Pfund zur Verfügung stellen soll.

4 Frankreich

- Erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage gegen Ende 2008 und im Jahr 2009.
- Anstieg der Arbeitslosigkeit und weitere Ausweitung des Staatsdefizits in den Jahren 2009/2010.
- Umfassende Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur und des Finanzsektors.

Konjunktur: Lage und Perspektiven

Auch Frankreich steht vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der sich abschwächenden weltwirtschaftlichen Dynamik vor einer deutlichen Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenngleich jüngste Daten von einer BIP-Zunahme von rund 0,1% im 3. Quartal ausgehen – Frankreich ist damit die einzige große europäische Volkswirtschaft mit einem positiven Quartalswachstum –, wird der BIP-Anstieg im Gesamtjahr 2008 deutlich schwächer als noch 2007 ausfallen (EU-KOM 2008: + 0,9%, 2007: + 2,2%). Die französische Regierung selbst erwartet für das kommende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,2% bis 0,5% statt wie bisher geschätzte 1,0%. IWF und OECD sind in ihren jüngsten Prognosen noch skeptischer und erwarten für 2009 einen Rückgang des BIP um 0,5% bzw. 0,4% (EU-KOM 0,0%). Hauptfaktor für die Abkühlung ist der Rückgang im investiven Bereich der Inlandsnachfrage, insbesondere bei Wohnungsbauinvestitionen und beim Anlagegeschäft. Auch die Exporte haben aktuellen Daten zufolge nachgelassen; vor allem die Ausfuhren im Automobilsektor gingen zurück, und so verzeichnete der französische Außenhandel im September ein Rekorddefizit. Demgegenüber ist der private Konsum nach wie vor vergleichsweise robust, auch begünstigt durch die gesunkenen Energiepreise.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt wird derzeit von der EU-Kommission noch von einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote von 8,3% im vergangenen Jahr auf 8% im Jahr 2008 ausgegangen, bevor die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen

Aktivität 2009 relativ zügig negativ auf die Beschäftigung durchschlägt. Betroffen sind vor allem junge und zeitlich befristete Beschäftigte. Vor diesem Hintergrund erwartet die EU-Kommission einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 9,0% im Jahr 2009 und 9,3% im Jahr 2010.

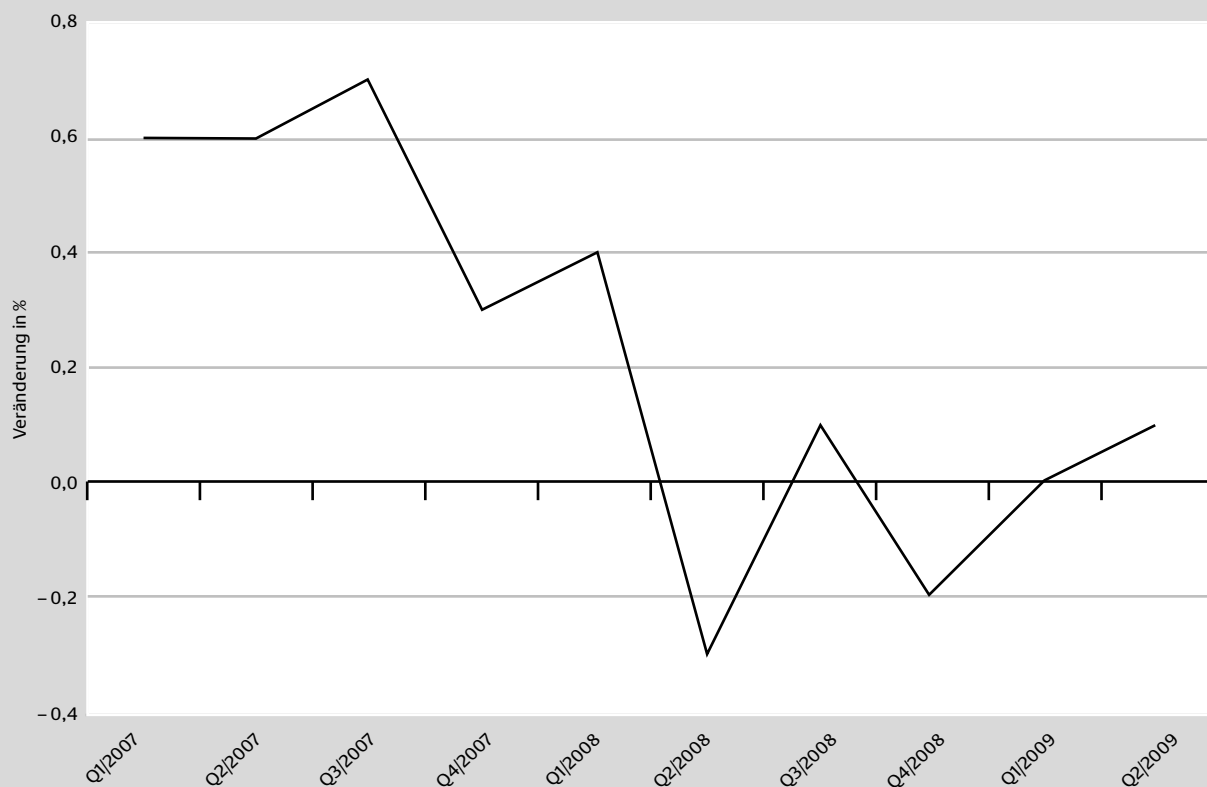
Die Inflation, die im August 2008 mit 4,0 % (gegenüber dem Vorjahr) einen Höchststand erreicht hatte und auf das Gesamtjahr bezogen noch über 3% liegen wird, dürfte angesichts sinkender Rohöl- und Nahrungsmittelpreise sowie der weltwirtschaftlichen Abkühlung 2009 und 2010 deutlich auf 1,8% und 1,7% (EU-KOM) zurückgehen. Unter optimistischen Annahmen könnte dies zu einer schrittweisen Erholung des privaten Verbrauchs beitragen.

Öffentliche Finanzen

Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums rechnet die EU-Kommission in ihrer Herbstprognose von Anfang November mit einem

Anstieg des bereits hohen Haushaltsdefizits von 2,7% im Jahr 2007 auf 3,5% im Jahr 2008 und für 2009 auf 3,8%. Hinsichtlich der Staatsverschuldung wird ein Anstieg der Schuldenstandsquote von 63,9% des BIP in 2007 auf 65,4% in diesem Jahr und 67,7% im Jahr 2009 erwartet. Die EU-Kommission geht für 2010 von einem weiteren Anstieg auf knapp 70% des BIP aus. Allerdings dürften diese Prognosen vor dem Hintergrund des Anfang Dezember seitens der französischen Regierung bekannt gegebenen 26 Mrd. € umfassenden Konjunkturprogramms für die nächsten zwei Jahre überholt sein. Danach sollen im Jahr 2009 zusätzliche Ausgaben in Höhe von 15,5 Mrd. € getätigt werden, was zu einer weiteren Ausweitung des Defizits führen dürfte. Staatspräsident Nicolas Sarkozy betonte, dass man dennoch an dem Ziel einer zügigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen festhalte.

Abbildung 4: BIP gegenüber dem Vorquartal¹
Frankreich



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturpolitische Maßnahmen

Die französische Regierung hat am 4. Dezember 2008 Details zu dem bereits angekündigten Konjunkturpaket bekannt gegeben. Dieses wird nach den Aussagen von Staatspräsident Sarkozy für 2009 und 2010 einen finanziellen Umfang von insgesamt 26 Mrd. € bzw. 1,3 % des BIP haben. Die Schwerpunkte der Maßnahmen bilden Liquiditätshilfen, öffentliche Investitionen, die Förderung des Immobilien- und Automobilsektors sowie zusätzliche Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt und Soziales. So soll die Liquidität von Unternehmen durch Steuerrückerstattungen und schnellere Zahlung bei öffentlichen Aufträgen verbessert werden (11,5 Mrd. €). Für zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen (Straße, Schiene, Schifffahrtswege) werden 4 Mrd. € bereitgestellt. Die öffentlichen Unternehmen (u. a. Strombetreiber, Schienennetz, Nahverkehr) werden aufgefordert, im gleichen finanziellen Umfang ihre Infrastrukturinvestitionen im Vergleich zu 2008 zu erhöhen. Für Public-Private-Partnership-Projekte werden Staatsgarantien bis zu 10 Mrd. € und Kredite im Umfang von 8 Mrd. € angeboten. Der Automobilsektor soll u. a. durch eine Verschrottungsprämie von 1000 € (bisher 300 €) beim Kauf eines umweltfreundlichen Neuwagens und gleichzeitiger Stilllegung eines über zehn Jahre alten Wagens gefördert werden, der Immobiliensektor (1,8 Mrd. €) u. a. durch den Neubau von Sozialwohnungen und an bestimmte Bedingungen gebundene zinslose Darlehen beim Wohnungskauf. Zur Stützung des privaten Konsums erhalten einkommensschwache Haushalte eine einmalige Prämie von 200 € (760 Mio. €). Für Kleinunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten werden die Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Neueinstellungen bis zur Höhe des Mindestlohns voll übernommen (700 Mio. €). Es wird geschätzt, dass der Effekt des Konjunkturpakets ein zusätzliches Wachstum von 0,6 % des BIP nach sich ziehen wird.

Finanzmarktpolitik

Auch Frankreich hat umfassende Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors ergriffen. So beteiligte sich Frankreich Ende September mit 3 Mrd. € an der Finanzspritze für den Dexia-Konzern und gab mit den Regierungen Belgiens und Luxemburgs eine Staatsgarantie ab. Darüber hinaus wurde eine Auffanggesellschaft für notleidende Banken gegründet, die über eine Staatsgarantie verfügt. Für französische Banken und Tochtergesellschaften werden Garantien zu Marktbedingungen von bis zu 320 Mrd. € für neue Kredite (Laufzeit bis fünf Jahre) zur Refinanzierung von Kreditinstituten und 40 Mrd. € zur Rekapitalisierung der Finanzinstitute bereitgestellt. Diese Hilfen sind bis Ende 2009 befristet und – wie in anderen Ländern (z. B. Vereinigtes Königreich) – an Bedingungen gebunden, die die Bereitstellung von Krediten an die Realwirtschaft und einen EthikCode betreffen. Derartige Hilfen wurden bislang an sechs Banken (BNPP, Crédit Agricole, Société Générale, Banques Populaires, Caisses d'Épargne und Crédit Mutuel) in einem Gesamtvolumen von 10,5 Mrd. € verteilt.

5 Italien

- Realwirtschaft von der weltwirtschaftlichen Wachstumsschwäche und den mittelbaren Folgen der Finanzkrise hart getroffen.
- Anhaltend hohe Staatsverschuldung, Ausweitung des Haushaltsdefizits erwartet.
- Finanzsektor bislang weitgehend von der Bankenkrise verschont, Regierung beschließt „präventives“ Rettungspaket.

Konjunktur: Lage und Perspektiven

Italien befindet sich seit längerem in einer Phase schwachen Wachstums und wird vor diesem Hintergrund von den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft in diesem Jahr besonders getroffen. Für das 2. Halbjahr 2008 weisen wesentliche Indikatoren auf eine technische Rezession hin, was – dank eines starken 1. Quartals – für das Gesamtjahr 2008 im besten Fall zu einer Stagnation des realen BIP-Wachstums führen dürfte (EU-KOM), evtl. aber auch zu einem leichten Wachstumsrückgang (IWF – 0,2 %, OECD – 0,4 %). Für 2009 wird eine weitere Verringerung der Wachstumsleistung erwartet: EU-KOM 0,0 %, OECD – 0,6 %, IWF – 1,0 % des BIP. Hauptursache der negativen Entwicklung ist die schwache Binnennachfrage, die unter Preiserhöhungen, Vermögensverlusten und allgemeiner Verunsicherung leidet. Im Unternehmensbereich führen die sinkende Nachfrage und straffere Kreditvergabekonditionen zu einem Rückgang der Investitionen. Die Exporte leiden sowohl unter der schwachen weltwirtschaftlichen Dynamik, als auch unter den Spätfolgen des Euro-Höhenfluges Mitte des Jahres. Erschwerend kommt eine verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit hinzu. Die Mitte 2007 für die Dauer von zwei Jahren beschlossenen Tarifvereinbarungen haben zwar die verfügbaren Einkommen spürbar erhöht, führen jedoch vor dem Hintergrund einer gedämpften Produktivi-

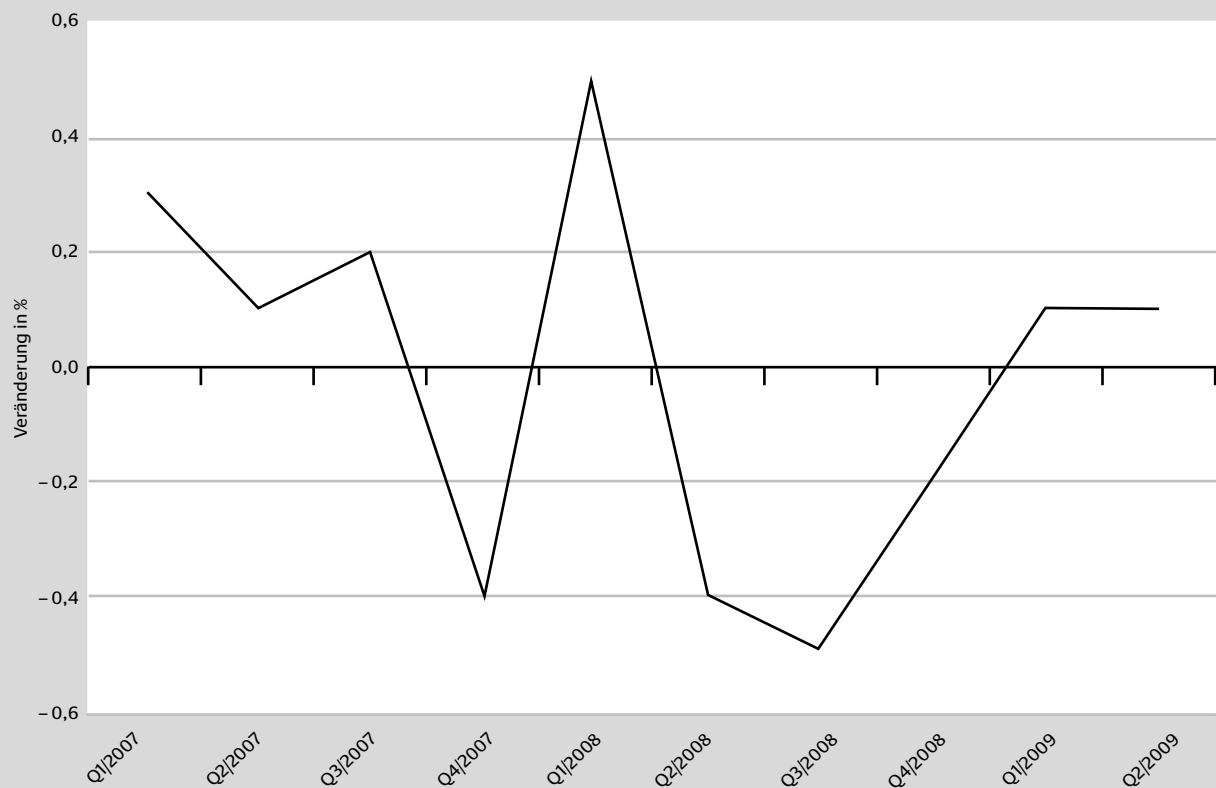
tätsentwicklung zu deutlich steigenden Lohnstückkosten. Die EU-Kommission warnt angesichts dieser Entwicklung vor Zweitrundeneffekten und spricht sich für eine Rückkehr zur Lohnmoderation aus.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren dank der Lohnzurückhaltung bis 2007, Flexibilisierung, steuerlicher Anreize zur Legalisierung von Schwarzarbeit deutlich verbessert; die Arbeitslosenquote erreichte 2007 mit 6,1% einen Tiefststand. Jedoch mehrten sich die Anzeichen einer Verschlechterung. Die Zahl der Arbeitsuchenden dürfte im Verhältnis zum Beschäftigungswachstum (2008: + 0,7%) überproportional zunehmen (auch bedingt durch den wachsenden Kreis an Immigranten) und die Arbeitslosenquote im Jahr 2008 auf 6,8% treiben, mit weiter steigender Tendenz in den kommenden Jahren (2009 und 2010: EU-KOM 7,1% und 7,3%; OECD 7,8% und 8%).

Öffentliche Finanzen

Die öffentlichen Finanzen sind nach wie vor durch eine sehr hohe Gesamtverschuldung gekennzeichnet. Angesichts einer Staatsschuldenquote von 104% des BIP (2007 und 2008) bleibt der Regierung kaum Handlungsspielraum für konjunkturpolitische Maßnahmen. Dies gilt umso mehr, als die Regierung Berlusconi noch unlängst ihre Absicht bekräftigte, den Konsolidierungskurs der Vorgängerregierung fortzusetzen, um bis 2012 einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Ungeachtet des proklamierten Sparkurses dürfte die Neuverschuldung in diesem Jahr aber aufgrund der schwachen Wirtschaftsleistung und spürbarer Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst deutlich ansteigen. Nach 1,6% im Jahr 2007 erwartet die EU-Kommission für 2008 ein Haushaltsdefizit von 2,5%, für 2009 von 2,6%. Die OECD rechnet in ihrer aktuellen Einschätzung mit einem Defizitanstieg im Jahr 2009 auf 2,9% – und dies auch nur unter der Prämisse, dass die im dreijährigen Finanzpaket angekündigten Sparmaßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Die geplanten Einsparungen von rd. 30 Mrd. € sollen vor allem durch Kürzungen in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen sowie bei den Zuwendungen für die Regionen erzielt werden. Zudem sind höhere Steuern für die Energiewirtschaft, für Banken, Versicherungen

Abbildung 5: BIP gegenüber dem Vorquartal¹
Italien



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.
Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

und für Stock-Options als Kompensation für Spekulationsgewinne, die diesen Bereichen unterstellt werden, vorgesehen („Robin-Hood-Steuer“). Die neuesten konjunkturpolitischen Maßnahmen konnten in die Defizitprognosen noch nicht einbezogen werden. Sie dürften aber 2009 zu einem Anstieg des negativen Haushaltssaldos über den 3%-Referenzwert führen.

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturstützende Maßnahmen

Zunehmend unter Druck geraten, konjunkturelle Stützungsmaßnahmen zu ergreifen, hat die Regierung Ende November ein „Anti-Krisen-Dekret“ beschlossen, ohne allerdings konkrete Aussagen zum finanziellen Umfang zu treffen. Zentraler Beschluss ist eine Einmalzahlung von bis zu 1 000 € an Familien mit geringem Einkommen sowie Zuschüsse für Strom und Gas. Nach

ersten Schätzungen dürften die Ausgaben für diese Transferleistungen 4 bis 6 Mrd. € betragen. Zur Unterstützung von Immobilienbesitzern werden zudem staatliche Zuschüsse bei bestimmten variabel abgeschlossenen Hypothekenverträgen geleistet. Zur Förderung der Wirtschaft wurde ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen geschnürt, wobei die wichtigste und teuerste Maßnahme in der Anrechenbarkeit einer Regionalsteuer auf die Körperschaftsteuer besteht (rd. 2 Mrd. €). Den im internationalen Vergleich geringen Umfang des Konjunkturpakets begründet die Regierung mit dem geringen Handlungsspielraum angesichts der hohen Staatsverschuldung.

Finanzmarktpolitik

Die großen italienischen Banken sind von der Finanzkrise bislang kaum betroffen. Auch wenn die Großbanken in den letzten Monaten mehrmals hohe Wertberichtigungen vornehmen mussten

und sich ihr börsennotierter Wert um 70 % reduzierte, können sie für das laufende Jahr noch Gewinne ausweisen (Intesa Sanpaolo 3,8 Mrd. €, Unicredit 3,4 Mrd. €). Ursächlich hierfür ist, dass die italienischen Banken sehr stark auf das Inland und dort wiederum auf das Privatkundengeschäft konzentriert sind. Dort führen überdurchschnittlich hohe Gebühren zu guten Renditen, was spekulative Geschäfte im Subprime-Segment wenig attraktiv machte. Allerdings ist die größte Bankengruppe Unicredit aufgrund erheblicher Verluste der Investment-Sparte ihrer deutschen Tochter Hypo-Vereinsbank in Schwierigkeiten geraten (Abschreibungsbedarf 700 Mio. €) und musste auf Anforderung der italienischen Notenbank ihr Eigenkapital um 6,6 Mrd. € erhöhen (was ohne staatliche Unterstützung gelang).

Um weiterhin eine umfassende Kreditvergabe durch die Banken sicherzustellen, hat die italienische Regierung Mitte Oktober ein „präventives“ Rettungspaket für das Bankensystem und die Sparer beschlossen. Zum einen wurde eine Staatsgarantie für die bisher von den Banken finanzierte Einlagenversicherung erteilt, die Konten bis zu 103 000 € deckt. Außerdem kann sich die Regierung am Aktienkapital der Banken beteiligen, sollten diese am Markt keine Investoren für eine erforderliche Kapitalerhöhung finden (geschätzter Fondsumfang 20 Mrd. €). Voraussetzung hierfür ist ein Drei-Jahres-Stabilisierungsplan der betreffenden Bank, der von der nationalen Notenbank (Banca d'Italia) bewertet wird. Nur im Notfall soll der Staat vorübergehend stimmrechtslose Vorzugsaktien erwerben. Zum finanziellen Umfang des gesamten Rettungspaketes hat die Regierung bislang keine Aussage getroffen, da man „von Fall zu Fall entscheiden werde“.

Ende November wurde mit dem „Anti-Krisen-Dekret“ beschlossen, dass der Staat von Banken ausgegebene Wandelanleihen auf deren Antrag zeichnen und damit deren Kernkapital erhöhen kann. Die Bank muss sich im Gegenzug verpflichten, Kredite an Unternehmen auszugeben, keine überhöhten Dividenden zu zahlen und die Bezüge der Führungskräfte zu deckeln. Rückwirkend für 2008 könnten Finanztitel von Banken wie von Unternehmen zu ihrem Einkaufspreis und nicht zum aktuellen Marktwert bilanziert werden.

6 Spanien

- Gesamtwirtschaftliche Dynamik schwächt sich deutlich ab, Rückgang des BIP für 2009 erwartet.
- Arbeitslosigkeit hat stark zugenommen, öffentlicher Haushalts-saldo hat sich verschlechtert.
- Regierung setzt auf konjunktursta-bilisierende Maßnahmen.

Konjunktur: Lage und Perspektiven

Die wirtschaftliche Lage hat sich in Spanien deutlich verschlechtert. Das Wirtschaftswachstum wird laut EU-Kommission und OECD 2008 mit einem Anstieg des realen BIP um 1,3 % deutlich schwächer ausfallen als im Vorjahr (2007: + 3,7 %). Für 2009 rechnet die EU-Kommission bei einem Rückgang des BIP um 0,2 % mit einer Rezession (OECD – 0,9 %). Die Abschwächung ist vor allem auf das abrupte Ende des langjährigen Immobilienbooms zurückzuführen. Im 3. Quartal 2008 war die Wirtschaft das erste Mal seit 15 Jahren geschrumpft. Insbesondere die Investitionen im Wohnungsbau haben drastisch nachgelassen und werden laut der EU-Kommission in 2008 gegenüber dem Vorjahr um 9,5 % sinken. Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen werden nach einem noch zweistelligen Wachstum im vergangenen Jahr in 2008 voraussichtlich stagnieren. Die Exporte haben 2008 zwar vor dem Hintergrund der nachlassenden Binnennachfrage relativ zu den Importen an Bedeutung gewonnen, sodass der Außenbeitrag 2008 voraussichtlich mit 0,5 Prozentpunkten positiv ausfallen wird, jedoch dürfte die Flaute im Welt-handel 2009 auch das Exportwachstum dämpfen. Im nächsten Jahr wird sich der starke Rückgang im Bausektor aller Voraussicht nach weiter fortsetzen und der private Verbrauch auch als Folge sinkender Wohnimmobilien- und Aktienvermögen sowie restriktiverer Finanzierungsbedingungen weiter nachlassen. Der Konsum wird zusätzlich durch die sich verschlechternde Situation auf dem Arbeitsmarkt belastet werden. Die

Arbeitslosenquote wird laut OECD von 8,3 % im Jahr 2007 auf 10,9 % im Jahr 2008 und auf 14,2 % im Jahr 2009 deutlich steigen. Demgegenüber wird die Inflation, die im Juli 2008 mit 5,3 % ihren Höchststand erreichte, unter dem Einfluss der kontraktiven Wirtschaftsentwicklung und der sinkenden Öl- und Nahrungsmittelpreise zurückgehen und nach der Prognose der EU-Kommission in 2009 mit + 2,1 % nur knapp über dem EZB-Ziel von 2 % liegen (OECD: 1,8 %).

Öffentliche Finanzen

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich in Spanien infolge der verschlechterten Wirtschaftslage, steigender Arbeitslosenzahlen und der konjunkturpolitischen Maßnahmen deutlich verschärfen. So prognostiziert die EU-Kommission für den Haushalt nach einem Überschuss von 2,2 % im Jahr 2007 für 2008 und 2009 ein Defizit von 1,6 % des BIP (OECD: 1,5 % BIP) bzw. 2,9 % des BIP (OECD: 2,9 % BIP). In ihrem Haus-

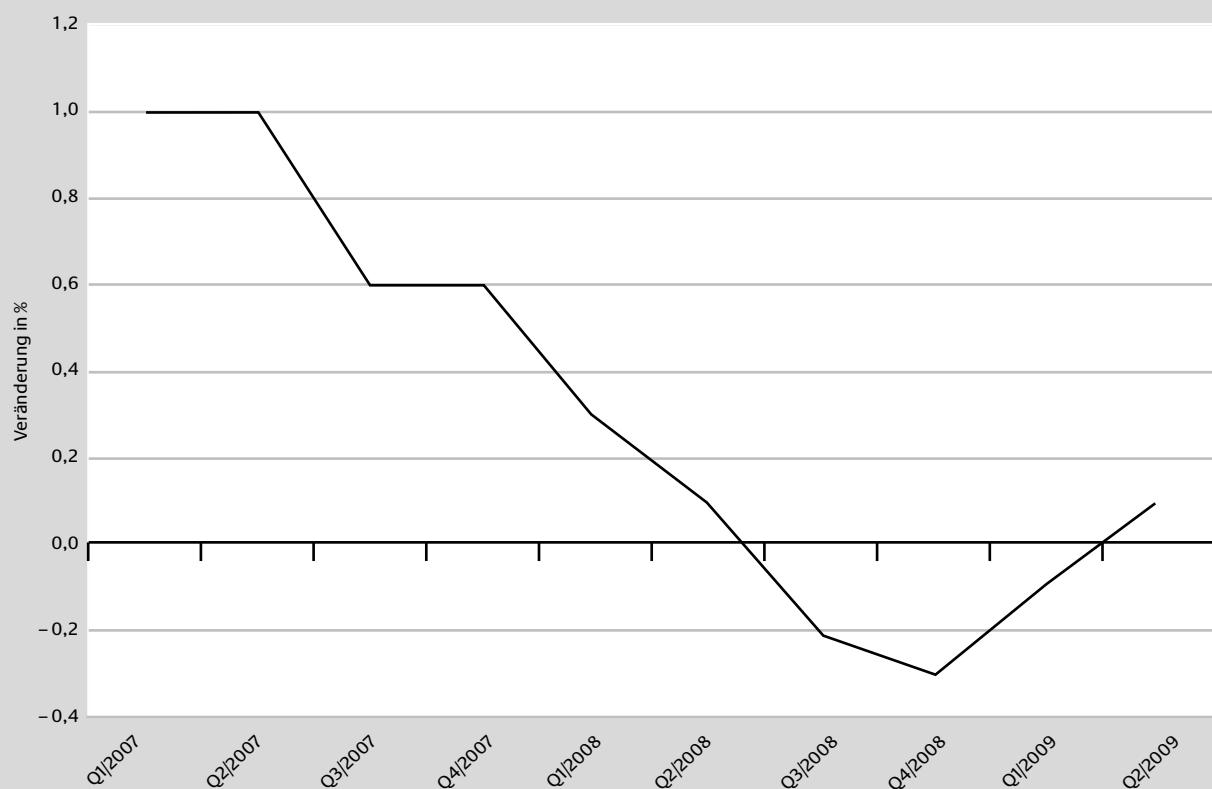
haltsentwurf von Anfang Oktober 2008 geht die Regierung noch von einem Defizit von 1,5 % des BIP für 2009 aus, jedoch scheint die zugrunde liegende Annahme von einem Prozent Wachstum für 2009 vor dem Hintergrund der jüngsten Prognosen überholt. Die Staatsverschuldung wird laut der EU-Kommission 2008 auf 37,5 % des BIP steigen und sich in den kommenden zwei Jahren auf 41,1 % des BIP und 44,4 % des BIP ausweiten. Sie ist damit in der EU allerdings noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturpolitische Maßnahmen

Spanien setzt in der Krise auf eine ausgeprägt expansive Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Bereits im April und August hatte die Regierung eine Anzahl konjunkturstabilisierender Maßnahmen beschlossen, die sich laut OECD zusammen

Abbildung 6: BIP gegenüber dem Vorquartal¹
Spanien



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.
Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

mit den bereits im Vorfeld gesetzlich festgelegten Steuersenkungen im Jahr 2008 auf 1,5 % des BIP belaufen. Bereits umgesetzt sind ein Scheck für jeden Steuerzahler über 400 €, die Abschaffung der Vermögenssteuer rückwirkend zum 1. Januar 2008 sowie eine Änderung bei der Frequenz der Mehrwertsteuervoranmeldung, die zu erhöhten Rückerstattungen (in Höhe von rd. 6 Mrd. €) an Unternehmen im Jahr 2009 führen soll. Das im August verabschiedete Maßnahmenpaket umfasst 24 Reformmaßnahmen mit einem Finanzierungsvolumen von 20 Mrd. € (etwa 2 % des BIP), darunter aber auch längerfristig wirkende Strukturreformen (u. a. beschleunigte Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, zusätzliche Öffnung der freiberuflichen Dienstleistungen). In den Jahren 2009 und 2010 sind zusätzliche Ausgaben insbesondere für den sozialen Wohnungsbau und die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (u. a. durch die Verlängerung eines staatlichen Kreditprogramms in Höhe von 5 Mrd. € pro Jahr) vorgesehen. Ende November wurde ein weiteres Konjunkturpaket in Höhe von 11 Mrd. € (etwa 1,1 % des BIP) angekündigt. Die enthaltenen Maßnahmen sollen zur Schaffung von 300 000 Arbeitsplätzen beitragen und sich insbesondere auf lokale Infrastrukturprojekte und neue Mittel für einzelne Sektoren (u. a. Automobilsektor, Umwelt, Forschung und Entwicklung) konzentrieren.

Finanzmarktpolitik

Wie auch andere Länder hat die spanische Regierung Maßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen der internationalen Finanz- und Vertrauenskrise auf die spanische Finanzwirtschaft verabschiedet. Mitte Oktober wurde ein Paket mit einem Volumen von bis zu 150 Mrd. € beschlossen, welches bis zu 100 Mrd. € für die Übernahme von Bürgschaften und bis zu 50 Mrd. € für die Kapitalisierung durch den Ankauf illiquider Vermögenswerte durch den Staat vorsieht. Teilnehmen können alle Finanzinstitute, die in Spanien tätig sind. Die Maßnahme ist bis Ende 2009 befristet. Der Verkauf von Vermögenswerten hat bisher nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt, da weniger als die Hälfte des zur Verfügung stehenden Volumens durch die Banken abgerufen wurde. Laut OECD sind die Finanzie-

rungsbedingungen in Spanien restriktiver geworden, und das starke Engagement der Banken im Immobiliensektor könnte ungeachtet hoher Rückstellungen zu einer Zunahme der Notleidenden Kredite und zu einer Einschränkung des künftigen Kreditwachstums führen.

7 Niederlande

- Gedämpfte Wirtschaftsentwicklung im zweiten Halbjahr, rückläufiges Wachstum im Jahr 2009.
- Haushaltsüberschuss im Jahr 2008, in 2009 und 2010 abnehmend bis ausgeglichen.
- Weiterer Abbau der Staatsverschuldung in 2009 und 2010.
- Bislang kein Konjunkturprogramm, aber Stützungsmaßnahmen für den Banken- und Finanzsektor.

Konjunktur: Lage und Perspektiven

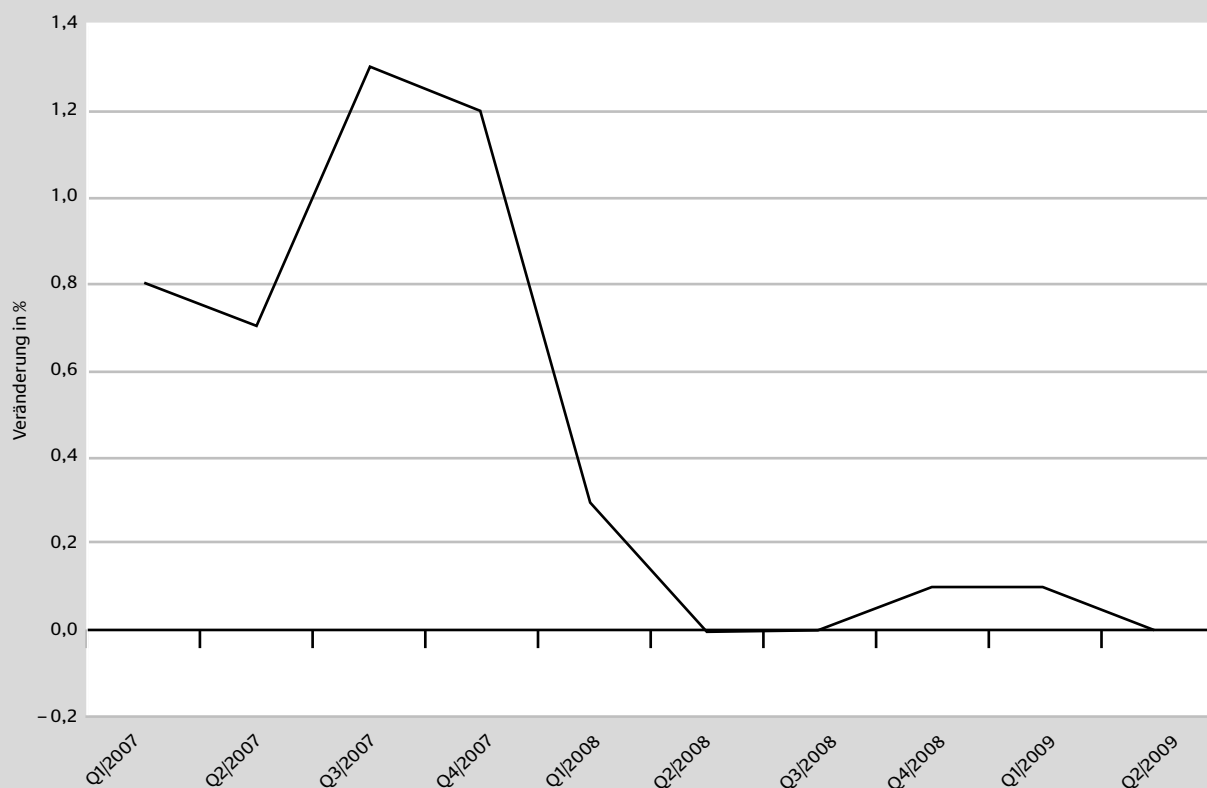
Dank einer außergewöhnlichen wirtschaftlichen Dynamik im vergangenen Jahr (reales BIP 2007: + 3,5 %), die bis Mitte dieses Jahres anhielt, dürfte das reale BIP-Wachstum für 2008 noch 2,3 % (EU-KOM) erreichen. Wachstumsbelastend wirkte zuletzt die Verlangsamung des Welthandels, die die exportorientierte Wirtschaft hemmt und auch zu einer Abschwächung der privaten Investitionen führt. Darüber hinaus dämpft der nachlassende private Verbrauch das Wachstum. Hauptgründe sind das sinkende Verbrauchervertrauen sowie langsamer wachsende reale Haushaltseinkommen. Die signifikanten Lohnerhöhungen im Jahr 2008 (+ 3,5 %) wurden durch den Auftrieb der Verbraucherpreise erheblich geschmälert, sodass die Reallohnsteigerungen gering ausfielen. Auch die weltweite Finanzkrise hat einen direkten Einfluss auf die verfügbaren Einkommen, da sich der Wert der von Pensionsfonds gehaltenen Vermögenswerte erheblich verringerte. Einige Rentenfonds kündigten bereits an, dass vor diesem Hintergrund die Rentenauszahlungen in 2009 keinen Inflationsausgleich beinhalten werden bzw. die Rentenbeiträge steigen werden. Es wird erwartet, dass insgesamt die Sparneigung der privaten Haushalte zunimmt. Infolge dieser Entwicklung rechnet die EU-Kommission für 2009 mit einer Wachstumsrate von nur noch 0,4 % des BIP, die OECD gar mit einem Wachstumsrückgang von –

0,2 % des BIP. Davon unberührt zeigt sich der Arbeitsmarkt. Mit einer Arbeitslosenquote von knapp über 3 % und einer hohen Zahl offener Stellen ist die Lage sogar äußerst angespannt und hat zu entsprechenden Lohnabschlüssen geführt. Selbst für 2009 und 2010 wird nur ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 3,4 % bzw. 3,7 % (EU-KOM) erwartet. Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sogar zu einem Anstieg der Kerninflation auf 2 % (OECD) geführt. Insgesamt wird – entgegen dem Trend in anderen EU-Staaten – mit einer zunehmenden Inflationsrate gerechnet, von 2,5 % im Jahr 2008 auf 3,0 % im Jahr 2009 (EU-KOM). Hintergrund ist, neben dem auch weiterhin angespannten Arbeitsmarkt, die zeitlich verzögerte Weitergabe der 2008 gestiegenen Gaspreise an die Verbraucher.

Öffentliche Finanzen

Dank wachsender Gaseinnahmen dürfte in diesem Jahr – trotz eines leicht expansiven finanzpolitischen Kurses – ein Haushaltsüberschuss von 1,2 % des BIP erzielt werden (2007: 0,3 %). Für 2009 und 2010 rechnet die EU-Kommission allerdings mit einem Rückgang des Überschusses auf 0,5 % bzw. 0,1 % des BIP (OECD: 0,0 % bzw. 0,9 %). Hintergrund für den erwarteten geringeren Haushaltsüberschuss im Jahr 2009 ist zum einen der stärker expansiv ausgerichtete Haushalt 2009 mit einer Senkung der direkten Einkommensteuern (Umfang 2,5 Mrd. €, 0,4 % des BIP) und Kürzungen der Arbeitgeberanteile für Sozialausgaben (vor allem Gesundheit). Zum anderen kommt hinzu, dass die für 2009 einkalkulierten Mehreinnahmen aus dem Gasgeschäft wegen des schnellen Preisverfalls wahrscheinlich nicht realisiert werden. Angesichts der sich verschlechternden Konjunkturaussichten verzichtet die Regierung zudem auf die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 19 % auf 20 %. Die Staatsverschuldung stieg in diesem Jahr deutlich von 45,7 % des BIP im Jahr 2007 auf 48,2 % an, wird aber nach Einschätzung der EU-Kommission in den kommenden Jahren wieder zurückgehen (2009: 47,0 %, 2010: 45,9 %).

**Abbildung 7: BIP gegenüber dem Vorquartal ¹
Niederlande**



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.
Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturstützende Maßnahmen

Ein Konjunkturprogramm hat die niederländische Regierung bislang nicht geplant. Allerdings wurden einzelne konjunkturunterstützende Maßnahmen ergriffen, wie z. B. der Verzicht auf die geplante Mehrwertsteuererhöhung. Es gibt zudem ein Paket von Übereinkünften der Sozialpartner, in dessen Mittelpunkt die Bereitschaft der Gewerkschaften steht, Lohnforderungen für 2009 auf 3,5 % zu begrenzen. Im Gegenzug soll der Arbeitnehmeranteil zur Arbeitslosenversicherung entfallen. Außerdem sollen kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern (bisher bis zu 100 Mitarbeitern), die derzeit nur schwer an Kredite kommen, Staatsgarantien in Aussicht gestellt werden. Die bisherige Garantiesumme wird zudem auf 1,5 Mio. € verdoppelt,

ebenso die Garantien für Start-up-Unternehmen auf bis zu 200 000 €.

Finanzmarktpolitik

Die niederländische Regierung hat umfassende Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors ergriffen. Für die Dauer von einem Jahr stellt der Staat seit Mitte Oktober für Finanzinstitute bedarfsweise Kapital in einem Umfang von 20 Mrd. € bereit (sofern die Institute grundsätzlich überlebensfähig sind). Davor hatte er bereits mit massiven Finanzspritzen die Liquidität der größten niederländischen Banken gesichert: 16,8 Mrd. € für Fortis Niederlande und ABN AMRO und 10 Mrd. € für den Finanzkonzern ING. Nachdem zunächst über einen Verkauf der beiden Banken Fortis und AMRO spekuliert wurde, bestätigte die Regierung Ende November deren Fusion. Allerdings hat die Regierung ihre finanzielle Unterstützung auch an bestimmte

Konditionen geknüpft. So stellt sie Mindestanforderungen an Betriebsführung, Boni, Gehälter und Abfindungen. Einzelne Staatsvertreter wurden für Bankenaufsichtsräte benannt. Die niederländische Regierung hat zudem Bürgschaften in Höhe von 200 Mrd. € für Intra-Bankendarlehen zur Verfügung gestellt und Maßnahmen zur Einlagensicherung und zum Schutz von Anlegern ergriffen. Rund 120 000 niederländische Sparer und auch einige Gemeinden halten Einlagen in Höhe von ca. 1,6 Mrd. € bei der zahlungsunfähigen isländischen Bank Icesave. Laut einer entsprechenden Einigung zwischen Island und den Niederlanden muss Island jedem niederländischen Sparer 20 887 € zurückzahlen und erhält dafür einen Kredit der Niederlande, die dann die Differenz zu bis zu 100 000 € Spareinlage übernehmen.

8 Schweden

- Nur noch gedämpftes Wirtschaftswachstum in 2008, Stagnation im Jahr 2009.
- Verringerung des Haushaltsüberschusses durch Reformpaket und Konjunkturabkühlung.
- Konjunkturpolitische Stimulierung durch Steuererleichterungen und Ausgabenerhöhungen.

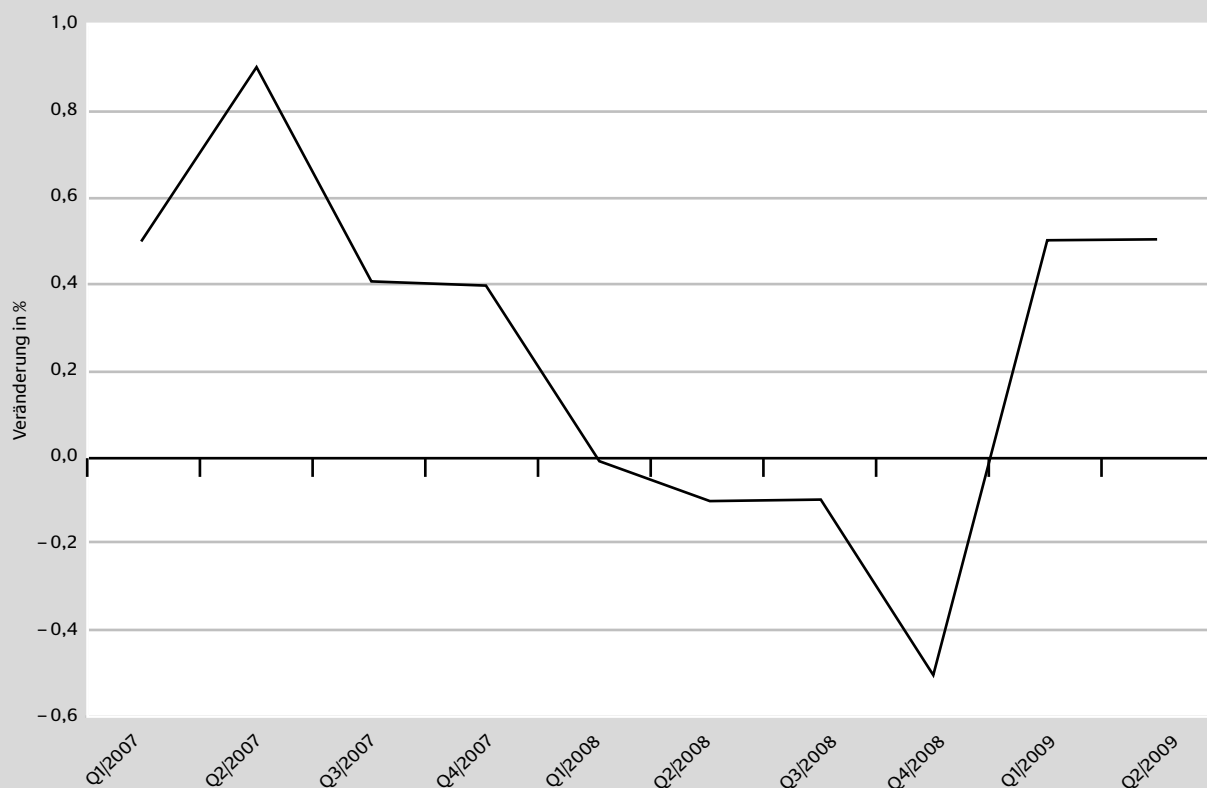
Konjunktur: Lage und Perspektiven

Nach im EU-Vergleich überdurchschnittlichen Wachstumsraten in den Jahren 2004 bis 2006 hat sich die Zunahme des BIP im Jahr 2007 auf 2,7% (EU-KOM, IWF) reduziert. Wesentlicher Grund hierfür war die im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise sinkende Auslandsnachfrage, die mit dazu führte, dass das reale BIP im 3. Quartal 2008 zum zweiten Mal in Folge schrumpfte. Weitere Ursachen für das nachlassende Wirtschaftswachstum liegen in dem geringeren privaten Konsum aufgrund hoher Kaufkraftverluste (Vermögensverluste durch Einbruch der Aktienmärkte, hohe Preissteigerungen) und den zurückgehenden Investitionen. Für das laufende Jahr erwartet die EU-Kommission noch ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,4%, im kommenden Jahr jedoch eine Stagnation (OECD 2008: 0,8%, Stagnation im Jahr 2009). Im Jahr 2010 wird mit einer deutlichen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität gerechnet (EU-KOM: +1,8%, OECD: +2,2%).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 2008 eingetrübt; mehr und mehr Unternehmen kündigen Entlassungen an. In Verbindung mit den sich weiter verschlechternden Wachstumsaussichten wird dies nach Schätzung der EU-Kommission zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,3% im Jahr 2010 führen (nach 6% im Jahr 2008 und 6,8% im Jahr 2009).

Während die Inflationsrate (HVPI) nach Schätzung der EU-Kommission mit 3,0% im Jahr

Abbildung 8: BIP gegenüber dem Vorquartal¹
Schweden



¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt.
Quelle: Eurostat und EU-KOM-Herbstprognose 2008.

2008 noch einen relativ hohen Wert aufweist, reduziert sich der Inflationsdruck nun mit nachlassendem Wirtschaftswachstum und den niedrigen Rohstoffpreisen. Im kommenden Jahr wird die Inflationsrate bei 1,7% (OECD 1,5%) und 2010 bei 1,9% (OECD 1,1%) erwartet. Die im Zuge der Finanzmarktkrise beobachtete Abwertung der schwedischen Krone (im Jahresverlauf um rd. 10%) gegenüber dem Euro verbessert zwar die Stellung der Exporteure, verteuert jedoch die Importe.

Öffentliche Finanzen

Die in den letzten Jahren dank guter konjunktureller Entwicklung und solider Haushaltsführung erwirtschafteten Budgetüberschüsse haben es der Regierung erlaubt, die öffentlichen Finanzen weiter zu konsolidieren. Trotz Steuer-senkungen und Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivitäten konnten in der ersten Jahreshälfte 2008 noch deutliche Budgetüberschüsse

erzielt werden. Die OECD schätzt diese für das laufende Jahr auf 2,8% des BIP (nach 3,5% im Jahr 2007; EU-KOM: 2,6%). In den Jahren 2009 und 2010 wird sich laut OECD der Überschuss durch die Einführung der dritten Stufe der Einkommensteuerreform und die konjunkturelle Schwäche auf 0,5% bzw. 0,4% des BIP reduzieren. Die EU-Kommission rechnet aufgrund der angenommenen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt in 2010 sogar mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von 0,4% des BIP. Das langfristige fiskalpolitische Ziel eines Budgetüberschusses in Höhe von 1% des BIP (über den Konjunkturzyklus gesehen) wird dennoch vermutlich eingehalten werden. Der öffentliche Schuldenstand bezifferte sich gemäß der EU-Kommission auf 40,4% des BIP im Jahr 2007 und soll bis 2010 auf 32,2% sinken.

Wirtschafts- und Finanzpolitik im Lichte der Krise

Konjunkturpolitische Maßnahmen

Der im September 2008 vorgelegte (noch nicht vom Parlament gebilligte) Haushaltsentwurf 2009, der noch auf einer Wachstumsannahme von 1,3 % für das kommende Jahr beruhte, enthält verschiedene antizyklisch wirkende Maßnahmen in Form von Steuerermäßigungen und Ausgabenerhöhungen in einer Höhe von insgesamt ca. 1 % des BIP. Diese sind aber nicht als Reaktion auf die weltwirtschaftliche Krise zu sehen, sondern als Teil eines längerfristigen Reformpakets. Im Einzelnen handelt es sich um eine Reduzierung der Unternehmenssteuern (um zwei Prozentpunkte auf gut 26 %) und eine Reduktion der Sozialversicherungsabgaben der Arbeitgeber (um einen Prozentpunkt), was alles in allem eine Entlastung des Unternehmenssektors um 16 Mrd. SEK (ca. 1,55 Mrd. €) bedeutet. Zudem sind Steuerreduktionen auf Arbeitseinkommen in Höhe von 15 Mrd. SEK (ca. 1,46 Mrd. €) und auf Pensionen um 2 Mrd. SEK (ca. 0,19 Mrd. €) sowie eine Erhöhung der Infrastrukturausgaben um 5 Mrd. SEK (ca. 0,49 Mrd. €) geplant.

Geldpolitik

Zielgröße der schwedischen Zentralbank (Riksbank) ist eine Inflationsrate nach nationaler Definition von 2 %, mit einem Toleranzrahmen von +/- einem Prozentpunkt. Aufgrund der angestiegenen Inflationsrate (mit einem Höhepunkt von 4,4 % im September 2008 im Vorjahresvergleich) hatte die Riksbank bis in den frühen September 2008 eine Reihe von Leitzinserhöhungen umgesetzt. Um das Vertrauen in die Finanzmärkte zu stärken und den verschlechterten Wachstumsbedingungen entgegenzuwirken, vollzog sie Mitte Oktober in einer konzentrierten Aktion mit anderen Zentralbanken eine Kehrtwende und beschloss in einem ersten Schritt Zinssenkungen um kumulativ 100 Basispunkte auf 3,75 %. Anfang Dezember wurde der Leitzins nochmals um 175 Basispunkte auf nunmehr 2 % reduziert.

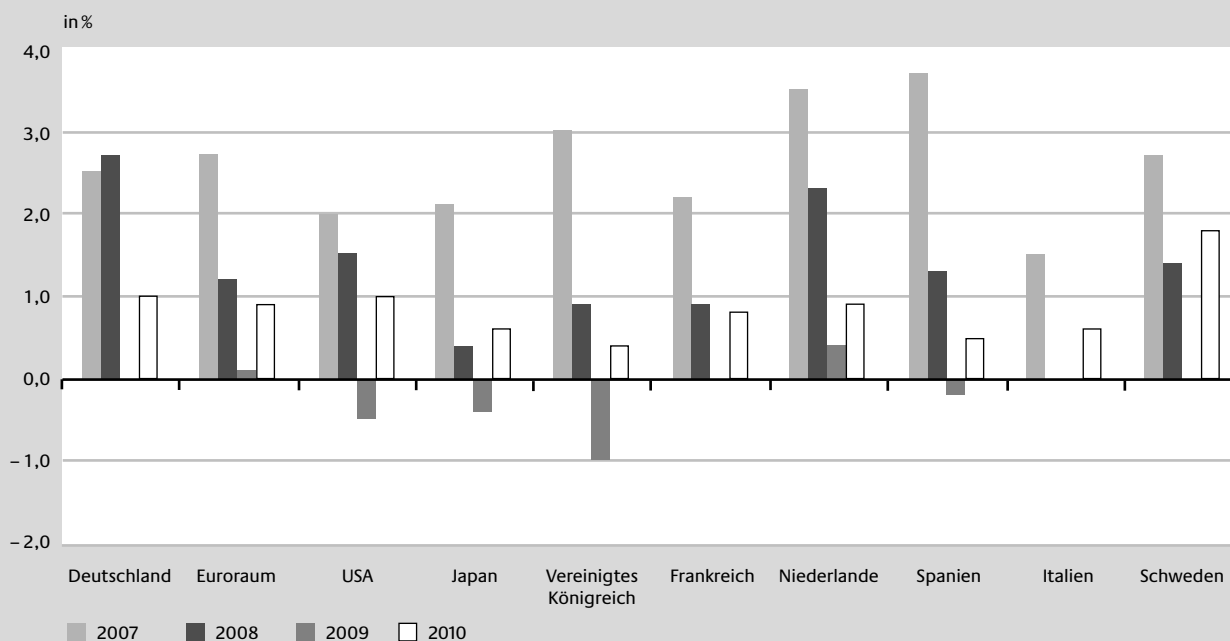
Finanzmarktpolitik

Die Finanzmarktkrise traf den schwedischen Finanzsektor in einer verhältnismäßig guten Aufstellung. Denn die schwere Krise des Immobilien-, Finanz- und Bankenmarktes Anfang der 90er Jahre hatte in Schweden früher als andersorts zu Rentabilitätsverbesserungen im Bankensektor und zu umfangreichen Restrukturierungen geführt. Zudem liegt kein starkes Engagement bei US-Instituten oder isländischen Unternehmen vor. Risiken bestehen jedoch durch umfangreiche Engagements im Baltikum und höhere und volatilere Zinssätze an den Interbanken- und Hypothekenmärkten. Wie andere auch hat die schwedische Regierung im Zusammenhang mit der sich global fortlaufend verschärfenden Finanzkrise umfangreiche Maßnahmen beschlossen, um die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes zu stützen.

Eine erste Maßnahme bestand am 6. Oktober 2008 in einer Verdopplung der Garantie für Einlagen auf 500 000 SEK (ca. 48 500 €) bei einer Ausweitung auf alle Spareinlagen. Das am 30. Oktober 2008 inkraft getretene Hilfspaket für den Finanzsektor besteht zum einen aus einer Garantie in Höhe von maximal 1 500 Mrd. SEK (ca. 146 Mrd. €) für die mittelfristige Finanzierung solventer Banken und Hypotheken-Institute. Das Programm soll zunächst bis April 2009 laufen, kann aber bis Ende 2009 verlängert werden. Außerdem ist ein Rekapitalisierungs-Fonds in Höhe von 15 Mrd. SEK (knapp 1,46 Mrd. €) eingerichtet worden. Geplant ist, diesen Fonds zusammen mit dem bereits bestehenden Einzahlungsgarantiefonds (derzeit 18 Mrd. SEK bzw. rd. 1,75 Mrd. €) von 33 Mrd. SEK (ca. 3,2 Mrd. € oder gut 1 % des BIP) im Laufe von 15 Jahren auf 150 Mrd. SEK (rd. 14,6 Mrd. €) anwachsen zu lassen, wobei eine Beteiligung der inländischen Finanzinstitute erwartet wird. Eine weitere Maßnahme besteht in möglichen Kapitalhilfen des Staates bei systemisch wichtigen Banken, für welche die Regierung im Gegenzug Vorzugsaktien erhält. Unterstützte Finanzinstitute müssen dabei mit der Regierung eine Beschränkung der Vorstandsvergütungen vereinbaren.

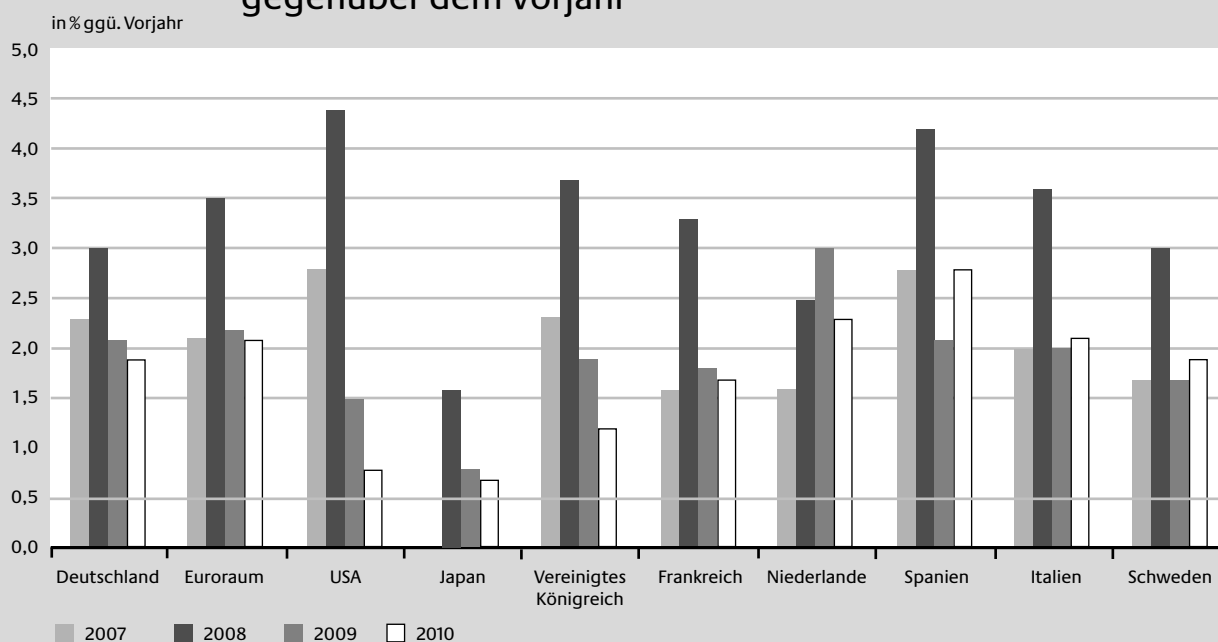
9 Anhang: Vergleichende Grafiken

Abbildung 9: Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr



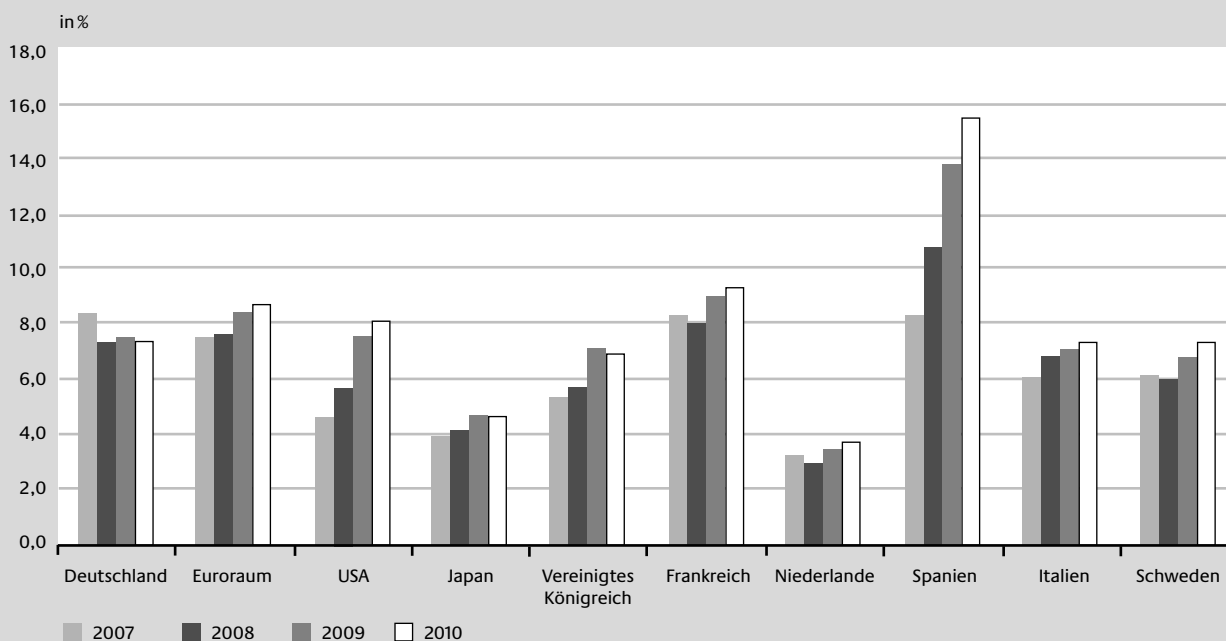
Quelle: EU-KOM-Herbstprognose, November 2008.

Abbildung 10: Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr



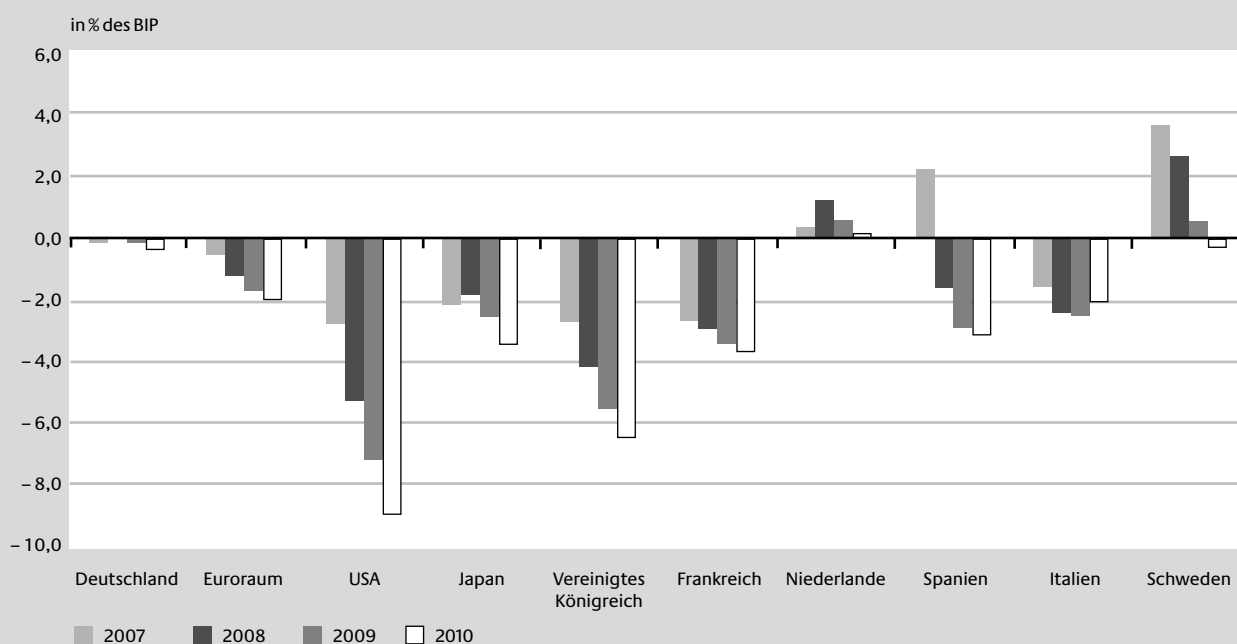
Quelle: EU-KOM-Herbstprognose, November 2008.

Abbildung 11: Arbeitslosenquoten



Quelle: EU-KOM-Herbstprognose, November 2008.

Abbildung 12: Haushaltssalden



Quelle: EU-KOM-Herbstprognose, November 2008.



Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht)¹

1	Anlass des Berichtes	79
2	Rechtliche Ausgangslage	80
3	Ermittlung des Sozialhilfebedarfs	81
4	Umfang und Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen	82
5	Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern	84
6	Zusammenfassung der für das Jahr 2010 steuerfrei zu stellenden Existenzminima	85

- Der Existenzminimumbericht stellt die Entwicklung der von der Einkommensteuer freizustellenden Beträge dar.
- Nach den Ergebnissen des Berichtes besteht ein Anpassungsbedarf beim Kinderfreibetrag.
- Mit dem Gesetzgebungsverfahren zum Familienleistungsgesetz wird die erforderliche Erhöhung des Kinderfreibetrags vollzogen.

1 Anlass des Berichtes

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 2. Juni 1995 hat die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Höhe des von der Einkommensteuer freizustellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vorzulegen (vgl. Bundestagsdrucksache 13/1558 vom 31. Mai 1995 und Plenarprotokoll 13/42 vom 2. Juni 1995). Dem vorausgegangen war der Beschluss des Deutschen Bundestags vom 20. Januar 1994, wonach die Bundesregierung erstmalig über die entsprechenden Existenzminima zu berichten hatte (vgl. Bundestagsdrucksache 12/6329 vom 2. Dezember 1993 und Plenarprotokoll 12/205 vom 20. Januar 1994). Der Existenzminimumbericht ist prognostisch angelegt (Ex-ante-Berechnung). Gegenstand des Siebenten Existenzminimumberichts ist – wie bei den bis-

Tabelle 1: Bisherige Existenzminimumberichte

Datum	Berichtsjahr	Bundestagsdrucksache
2. Februar 1995	1996	13/381
17. Dezember 1997	1999	13/9561
4. Januar 2000	2001	14/1926, 14/2770
4. Dezember 2001	2003	14/7765 (neu)
5. Februar 2004	2005	15/2462
2. November 2006	2008	16/3265

herigen Berichterstattungen (vgl. Tabelle 1) – die Darstellung der maßgebenden Beträge² für die Bemessung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima.

¹ Der Artikel ist inhaltsgleich mit der Bundestagsdrucksache 16/11065.

² Bei den Berechnungen wird, soweit gesetzlich nicht anders geregelt, von aufgerundeten monatlichen Euro Beträgen ausgegangen.

2 Rechtliche Ausgangslage

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfGE 87, 153 [169]) muss dem Steuerpflichtigen nach Erfüllung seiner Einkommensteuerschuld von seinem Erworbenen zumindest soviel verbleiben, wie er zur Bestreitung seines notwendigen Lebensunterhalts und – unter Berücksichtigung von Artikel 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) – desjenigen seiner Familie bedarf (Existenzminimum).

Die Höhe des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums hängt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem in der Rechtsgemeinschaft anerkannten Mindestbedarf ab; diesen einzuschätzen ist Aufgabe des Gesetzgebers. Soweit der Gesetzgeber jedoch im Sozialhilferecht den Mindestbedarf bestimmt hat, den der Staat bei einem mittellosen Bürger im Rahmen sozialstaatlicher Fürsorge durch Staatsleistungen zu decken hat, darf das von der Einkommensteuer zu verschonende Existenzminimum diesen Betrag jedenfalls nicht unterschreiten.

Demnach ist der im Sozialhilferecht anerkannte Mindestbedarf die Maßgröße für das einkommensteuerliche Existenzminimum (vgl. BVerfGE 87, 153 [169 bis 171]). Hierzu gehört nach der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts neben dem sozialhilferechtlichen Sachbedarf auch der Versorgungsbedarf für den Krankheits- und Pflegefall (vgl. BVerfG – 2 BvL 1/06 – vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1872]).

Diese Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gelten sinngemäß auch für die Ermittlung des sächlichen Existenzminimums (Sachbedarf) eines Kindes und die Berücksichtigung kindbezogener Vorsorgeaufwendungen zu einer Kranken- und Pflegeversicherung (vgl. BVerfGE 82, 60 [93, 94] und BVerfG – 2 BvL 1/06 – vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1873]). Die steuerliche Leistungsfähigkeit von Eltern wird, über den existenziellen Sachbedarf und Versorgungsbedarf für den Krankheits- und Pflegefall sowie den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf hinaus, generell durch den Betreuungs- und Erziehungsbedarf eines Kindes gemindert. Daher ist dieser Bedarf im Steuerrecht zusätzlich als Bestandteil des Kinderexistenzminimums von der Einkom-

mensteuer zu verschonen (vgl. BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]).

Die Sozialhilfe bildet mit ihren Leistungen das unterste soziale Netz. Die im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (SGB XII) geregelte Hilfe zum Lebensunterhalt fungiert auch als Referenzsystem für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II). Im Sozialhilferecht richten sich die Leistungen nach den Besonderheiten des Einzelfalls, insbesondere nach der Art des Bedarfes, den örtlichen Verhältnissen, den eigenen Kräften und Mitteln der Person oder des Haushalts bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (vgl. § 9 Abs. 1 SGB XII).

Hilfe zum Lebensunterhalt wird vor allem durch die Regelsätze bestimmt. Seit 2007 basiert die Regelsatzbemessung nach der Regelsatzverordnung (RSV – Verordnung zur Durchführung des § 28 SGB XII) auf einer gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur anhand der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 (vgl. Bundesratsdrucksachen 617/06, S. 9 und 635/06, S. 3 ff.). Damit ist für den Bereich des SGB XII grundsätzlich ein bundesweit einheitliches Leistungsniveau geregelt. Die Länder können aber weiterhin davon abweichende Regelsätze festsetzen, beispielsweise aufgrund der Berücksichtigung regionaler Unterschiede. Im Zusammenhang mit der Neubemessung des Regelsatzes wurde als Datenbasis für die Berechnungsmethode des steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimums nicht mehr das frühere Bundesgebiet, sondern Gesamtdeutschland zugrunde gelegt, ohne dass im Ergebnis eine Verringerung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima erfolgte (vgl. Sechster Existenzminimumbericht, Bundestagsdrucksache 16/3265, S. 2).

Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst auch – unter dem Vorbehalt der Angemessenheit – die jeweiligen tatsächlichen Wohnkosten (Kosten für Unterkunft und Heizung). Darüber hinaus können zusätzliche Leistungen zur Deckung eines einmaligen oder individuellen sozialhilferechtlich anerkannten Sonderbedarfs erbracht werden: Hierzu zählen insbesondere Leistungen für Erstaussattung der Wohnung, Erstaussattung mit Bekleidung, Erstaussattung bei

Schwangerschaft und Geburt, mehrtägige Klassenfahrten sowie Mehrbedarfzuschläge für bestimmte Gruppen von Hilfesuchenden.

Im Einkommensteuerrecht wird hingegen der existenzsichernde – anders als der erwerbssichernde – sächliche Aufwand in typisierender Form berücksichtigt. Daher können die zuvor genannten einzelfall- bzw. gruppenbezogenen Sonderbedarfe auch nicht mitberücksichtigt werden. Die wegen der Abwicklung im Massenverfahren notwendige Generalisierung ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Im Rahmen einer solchen Typisierung sind die zu berücksichtigenden Komponenten aber so zu bemessen, dass die steuerlichen Regelungen in möglichst allen Fällen den existenznotwendigen Bedarf abdecken, kein Steuerpflichtiger also infolge der Besteuerung seines Einkommens darauf verwiesen wird, seinen existenznotwendigen Bedarf durch Inanspruchnahme von Staatsleistungen zu sichern (vgl. BVerfG – 2 BvL 1/06 - vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871, 1872] und BVerfGE 99, 246 [261]).

Auf dem Wohnungsmarkt besteht ein beachtliches Preisgefälle für existenznotwendige Aufwendungen. Es ist dem Gesetzgeber nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung in diesem Sonderfall nicht verwehrt, sich bei der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Betrages hinsichtlich der Wohnkosten an einem unteren Wert zu orientieren, wenn er zugleich zur ergänzenden Deckung des Bedarfes nach dem Einzelfall bemessene Sozialleistungen, wie etwa Wohngeld, zur Verfügung stellt (vgl. BVerfGE 87, 153 [172]).



3 Ermittlung des Sozialhilfebedarfs

Eine Grundlage der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums ist nach den oben genannten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts der sozialhilferechtliche Mindestbedarf.

Der notwendige Lebensunterhalt im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII setzt sich (ohne Sonderbedarfe und Zusatzleistungen) aus den folgenden Komponenten zusammen:

- Regelsätze, die insbesondere Leistungen für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung entfallenden Anteile sowie für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens umfassen,
- Kosten der Unterkunft (Bruttokaltmiete und vergleichbare Aufwendungen für Haus- oder Wohnungseigentum) sowie
- Heizkosten (ohne die im Regelsatz enthaltenen Kosten für Warmwasserbereitung).

Neben diesen Komponenten ist der im Sozialhilferecht gewährte Versicherungsschutz hinsichtlich der existenziellen Risiken Krankheit und Pflege eine weitere Komponente des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs.

4 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen

4.1 Die seit der ersten Berichterstattung weitgehend unveränderte Berechnungsmethode zur Ermittlung des steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimums wird auch für die Zwecke dieses Berichtes fortgeschrieben.

4.1.1 Die sozialhilferechtlichen Regelsätze, und damit auch der Eckregelsatz (vgl. § 2 Abs. 1 RSV) für den Haushaltsvorstand bzw. den Alleinstehenden, werden von den Landesregierungen oder von den hierfür zuständigen Landesministerien festgesetzt. Ausgehend vom Eckregelsatz werden, unter Anwendung der in § 3 Abs. 2 und 3 RSV festgelegten prozentualen Relationen, die Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige abgeleitet. Bei Paaren beispielsweise erhält jeder Partner 90 % des Eckregelsatzes.

Den nachfolgenden Berechnungen liegt das für 2010 geschätzte arithmetische Mittel auf der Basis der im Jahr 2008 gültigen Eckregelsätze der Länder zugrunde. Ausgegangen wurde daher von einem durchschnittlichen Regelsatz für 2008 von 349 €/Monat für Alleinstehende und von 628 €/Monat für Ehepaare.



Sofern keine neue EVS ausgewertet vorliegt, erhöhen sich jeweils zum 1. Juli eines Jahres die Regelsätze um den Prozentsatz, um den sich der aktuelle Rentenwert in der Rentenversicherung verändert (vgl. § 4 RSV). Die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2009 bzw. 1. Juli 2010 hängt wesentlich von der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter ab. Die endgültige Höhe der Rentenanpassung steht erst im März des jeweiligen Jahres fest. Nach vorläufigen Annahmen wird derzeit mit einer Rentenerhöhung zu diesen Zeitpunkten von rund 2,75 % bzw. 1,80 % gerechnet.

Für die Zwecke dieses Berichtes ist demzufolge von einer jahresdurchschnittlichen Regel-

satzsteigerung 2009 von 1,9 % und im Jahr 2010 von 2,3 % auszugehen. Daher wird für 2010 ein Regelsatzniveau bei Alleinstehenden von 4 368 € (364 €/Monat) und bei Ehepaaren von 7 860 € (655 €/Monat) in Ansatz gebracht.

4.1.2 Die Maßstäbe für die berücksichtigungsfähigen Kosten der Unterkunft sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum vom Gesetzgeber zu bestimmen. Dies ist im Sozialhilferecht geschehen: Nach § 29 Abs. 1 SGB XII werden Leistungen für die Unterkunft in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht. Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf solange anzuerkennen, als es nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Das Sozialhilferecht reagiert insofern auf vorübergehende Sondersituationen, die kein Maßstab für die steuerliche Berücksichtigung angemessener Wohnkosten bei der Bemessung des Existenzminimums sein können. Die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft beurteilt sich einerseits nach den individuellen Verhältnissen des Einzelfalls, insbesondere nach der Anzahl der Familienangehörigen, ihrem Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand, sowie andererseits nach der Zahl der vorhandenen Räume, dem örtlichen Mietenniveau und den Möglichkeiten auf dem örtlichen Wohnungsmarkt.

Auf dieser Grundlage wird für die steuerliche Bemessung des Existenzminimums – unter Berücksichtigung der im Steuerrecht notwendigen Typisierung – für Alleinstehende eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 30 m² und für Ehepaare ohne Kinder eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 60 m² als angemessen angesehen. Neben dem gesamtdeutschen Mietenniveau der Wohngeldempfänger wird der sich über alle Ausstattungen für die Mietenstufen I bis IV ergebende gewichtete Durchschnittswert zugrunde gelegt. Die Orientierung an einem unteren Wert hinsichtlich der steuerlich zu berücksichtigenden Wohnkosten ist verfassungsrechtlich zulässig (vgl. Punkt 2).

Die hierfür maßgeblichen Quadratmetermie-

ten – Mietzuschuss an Hauptmieter – werden aus der Wohngeldstatistik 2007 abgeleitet.³ Danach betrug die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche für Wohnungen bis 40 m² 6,70 € und für Wohnungen von 60 m² bis 80 m² 5,53 €. Diese Quadratmetermieten werden mit einer jährlichen Mietsteigerung von 1,4 % für 2008 und 2010 sowie von 1,6 % für 2009 fortgeschrieben. Die Quadratmetermieten betragen somit im Jahr 2010 monatlich 7,00 € bzw. 5,78 €.

Für 2010 ergeben sich folglich Bruttokaltmieten von 2 520 € (210 €/Monat) für Alleinstehende und von 4 164 € (347 €/Monat) für Ehepaare.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass Bezieher niedriger Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Wohnkosten nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes (WoGG) Anspruch auf Wohngeld haben, soweit sie nicht Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII haben. Wohnkosten, die die im steuerlichen Existenzminimum berücksichtigten Beträge übersteigen, werden durch Wohngeld abgedeckt, soweit Höchstbeträge, die in Abhängigkeit von Haushaltsgröße und Mietenstufe festgelegt sind, nicht überschritten werden (vgl. § 12 WoGG in der ab 1. Januar 2009 geltenden Fassung).

4.1.3 Die Heizkosten berechnen sich auf der Basis der in der EVS 2003 ausgewiesenen Aufwendungen für Heizung und Warmwasser im gesamten Bundesgebiet. Danach betrugen die monatlichen durchschnittlichen Ausgaben für Heizung und Warmwasser von Alleinstehenden 49 € und von kinderlosen Paaren 61 €. Da aber die Kosten für die Warmwasserbereitung schon in den Leistungen enthalten sind, die mit den Regelsätzen abgegolten werden, wird eine Pauschale von 25 % in Abzug gebracht. Somit verbleiben monatliche Beträge von 37 € für Alleinstehende und 46 € für Ehepaare.

Diese Werte werden für den Zeitraum von 2004 bis 2010 mit einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung von rund 8,2 % fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass mit der am 1. Januar 2009 in Kraft tretenden Wohngeldnovelle die bei der Berechnung des Wohngeldanspruchs zu berücksichtigende

Miete zukünftig auch einen Beitrag für Heizkosten einschließt (vgl. Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches vom 24. September 2008, BGBl. I 2008 S. 1856). Zudem hat die Bundesregierung beschlossen, dass die höheren Wohngeldleistungen den Berechtigten bereits mit Wirkung vom 1. Oktober 2008 in Form einer pauschalierten Einmalzahlung zugutekommen sollen; dadurch würden die Leistungsverbesserungen für die gesamte Heizperiode 2008/2009 wirksam werden (vgl. Bundesratsdrucksache 754/08, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes).

Demzufolge ergeben sich für 2010 Heizkosten von 768 € (64 €/Monat) für Alleinstehende und von 972 € (81 €/Monat) für Ehepaare.

4.2 Die bestehenden Regelungen des Sonderausgabenabzugs in § 10 Einkommensteuergesetz (EStG) sind unvereinbar mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen, wonach im Rahmen des steuerlichen Existenzminimums auch Vorsorgeaufwendungen des Steuerpflichtigen für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen zu einer dem sozialhilferechtlichen Versorgungsniveau entsprechenden Kranken- und Pflegeversicherung zu berücksichtigen sind (vgl. BVerfG – 2 BvL 1/06 – vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871 – 1875]). Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind die genannten Vorsorgeaufwendungen spätestens ab dem Veranlagungszeitraum 2010 in ausreichendem Maße steuerlich zu verschonen. Hierbei ist auf die tatsächlichen Aufwendungen – sowohl von gesetzlich als auch privat Versicherten – zur Gewährleistung eines sozialhilfegleichen Versorgungsniveaus abzustellen. Daher scheidet eine Übertragung der zur Ermittlung des Mindestsachbedarfs angewandten Methodik eines bundeseinheitlichen Betrages für alle Steuerpflichtigen hinsichtlich der Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversicherung aus.

Zur Umsetzung des Verfassungsauftrags wird die Bundesregierung rechtzeitig gesetzgeberisch aktiv werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber eine Frist bis spätestens zum 1. Januar 2010 eingeräumt.

³ Sozialleistungen, Fachserie 13, Reihe 4, Wohngeld 2007, Hrsg. Statistisches Bundesamt (noch nicht veröffentlicht)

5 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern

5.1 Dem sächlichen Existenzminimum von Kindern liegen die gleichen Komponenten zugrunde wie dem von Erwachsenen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss dem Gesetzgeber zugestanden werden, die steuerliche Entlastung für einen Einkommensbetrag in Höhe des sächlichen Existenzminimums der Kinder für alle Altersstufen und im ganzen Bundesgebiet einheitlich festzulegen (vgl. BVerfGE 91, 93 [111 f.]). Für jedes Kind einer Familie wird daher das Existenzminimum gleich hoch angesetzt.

5.1.1 Der sozialhilferechtliche Regelsatz für Kinder ist altersabhängig und kann regional verschieden sein. Daher werden die altersabhängigen Unterschiede für die Ermittlung des steuerfrei zu stellenden Betrages durch die Berechnung eines gewichteten durchschnittlichen Regelsatzes berücksichtigt. Den möglichen regionalen Unterschieden wird durch die Ableitung von dem für Alleinstehende angesetzten Betrag Rechnung getragen (vgl. Punkt 4.1.1).

Entsprechend der nachfolgenden Tabelle 2 wird der durchschnittliche Regelsatz für ein Kind mit 64,44 % des Eckregelsatzes eines Haushaltsvorstands ermittelt. Dieser Anteil wurde als gewichteter Durchschnitt der in § 3 Abs. 2 RSV nach Alter gestaffelten Regelsätze für Kinder errechnet, d. h. es wurde ein Durchschnittswert von 18 Kindern gebildet, die je einem Jahrgang von unter einem Jahr bis unter 18 Jahren angehören.

Tabelle 2: Berechnung des gewichteten durchschnittlichen Regelsatzes eines Kindes

14 Kinder	bis unter 14 Jahren	x	60 %	=	840 %
4 Kinder	von 14 bis unter 18 Jahren	x	80 %	=	320 %
18 Kinder zusammen				=	1160 %
Durchschnittssatz je Kind				=	64,44 %

Der so gebildete Durchschnittswert für Kinder entspricht trotz einer geringeren Zahl von Altersstufen methodisch auch der Berechnung der Bund-/Länder-Kommission, die das Bundesverfassungsgericht im Beschluss vom 29. Mai 1990 (vgl. BVerfGE 82, 60 [94 ff.]) herangezogen hat. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geht ebenfalls von dieser Rechenmethode aus (vgl. Schriftenreihe Bd. 15, 1992, S. 10, Rz. 4.).

Dieser Ansatz ist im Übrigen auch mit § 32 EStG konform – wonach im Regelfall lediglich Kinder bis unter 18 Jahren berücksichtigt werden – und gewährleistet dadurch eine typisierende Betrachtung.

Folglich wird für 2010 bei Kindern ein durchschnittlicher Regelsatz von 2 820 € (235 €/Monat) in Ansatz gebracht.

5.1.2 Bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft wird für ein Kind im Rahmen der steuerrechtlichen Typisierung eine Wohnfläche von 12 m² als angemessen angesehen. Der statistisch ermittelte individuelle Wohnflächenbedarf von Kindern in Wohnungen von allen Familienhaushalten (Mietern und Eigentümern) beträgt nach einer Sondererhebung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 1988 pro Kind bei einer 1-Kind-Familie 15 m² sowie bei einer 2- und 3-Kind-Familie jeweils 11 m². Auch die Untersuchungsergebnisse einer Studie der Universität Kiel vom Juni 2001 zur Erarbeitung von Aufteilungsschlüsseln der Wohnungsmiete auf Kinder bestätigen die Angemessenheit des gewählten Ansatzes.

Die bei kinderlosen Ehepaaren berücksichtigte monatliche Bruttokaltmiete von 5,78 € pro Quadratmeter Wohnfläche wird auch für Kinder zugrunde gelegt (vgl. Punkt 4.1.2). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Alleinerziehende mit einem Kind nicht schlechter gestellt werden als 2-Personen-Haushalte.

Dadurch ergibt sich für 2010 bei Kindern ein Betrag für die Bruttokaltmiete von 840 € (70 €/Monat).

5.1.3 Die Heizkosten für Kinder werden als Relation zu deren Bruttokaltmiete entsprechend dem Verhältnis der Heizkosten eines kinderlosen Ehepaars zu dessen Bruttokaltmiete in Ansatz gebracht, da in der EVS die Heizkosten

nicht kindbezogen erfasst sind (vgl. Punkte 4.1.2 und 4.1.3).

Hieraus ergeben sich für 2010 bei Kindern zu berücksichtigende Heizkosten von 204 € (17 €/Monat).

5.2 Bezugnehmend auf die Ausführungen in Punkt 4.2 sind auch kindbezogene Vorsorgeaufwendungen zu einer Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich zu berücksichtigen, insofern sie zur Absicherung eines sozialhilfegleichen Versorgungsniveaus erforderlich sind (vgl. BVerfG – 2 BvL 1/06 – vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871 – 1873]).

5.3 Im Rahmen des Kinderexistenzminimums ist zusätzlich zum Sachbedarf auch der Betreuungs- und Erziehungsbedarf zu berücksichtigen. Dies gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]) unabhängig von der Art der Betreuung und von konkreten Aufwendungen bzw. vom Familienstand. Beim Erziehungsbedarf sind die allgemeinen Kosten zu berücksichtigen, die Eltern aufzubringen haben, um ihrem Kind eine Entwicklung zu ermöglichen, die es zu einem verantwortlichen Leben in dieser Gesellschaft befähigt. Der Gesetzgeber orientierte sich dabei an Beträgen, die im Steuerrecht verankert waren (vgl. Bundestagsdrucksachen 14/1513, S. 14 und 14/6160, S. 13).

Entsprechend der zeitlichen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 2000 im Rahmen der ersten Stufe der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs die steuerliche Berücksichtigung des Kinderbetreuungsbedarfs geändert. Dabei wurde ein Betreuungsfreibetrag von jährlich 1 546 € für jedes Kind bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres eingeführt (vgl. Gesetz zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999, BGBl. I S. 2552).

Zum 1. Januar 2002 erfolgte dann die fristgerechte Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Entscheidung zur Berücksichtigung des Erziehungsbedarfs eines Kindes. Hierbei wurde der bisherige Betreuungsfreibetrag um eine Erziehungskomponente erweitert. An die Stelle des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs tritt bei volljährigen Kindern der Ausbildungsbedarf, sodass dieser Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von jährlich 2 160 € sowohl für minderjährige als auch für

volljährige Kinder in Anspruch genommen werden kann (vgl. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074).

Darüber hinaus können (außerhalb des Existenzminimums; vgl. BVerfGE 112, 268 [282]) seit 2002 erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend gemacht werden. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2006 wurde diese Abziehbarkeit neu geregelt. Erwerbstätige mit Kindern unter 14 Jahren oder behinderten Kindern können zwei Drittel der nachgewiesenen Betreuungskosten von höchstens 6 000 € (maximal also 4 000 €) wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten steuerlich geltend machen. Damit wird der geminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit von erwerbstätigen Eltern noch stärker als bisher Rechnung getragen. Für nicht erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten kann ein Sonderausgabenabzug in Betracht kommen (vgl. Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006, BGBl. I S. 1091).

Zur Abgeltung des Sonderbedarfs volljähriger Kinder, die sich in der Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, kann außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Freibetrag von jährlich 924 € abgezogen werden; dieser Freibetrag vermindert sich jedoch um die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes, soweit diese 1 848 € übersteigen, sowie um die von dem Kind als Ausbildungshilfe aus öffentlichen Mitteln oder Förderungseinrichtungen, die hierfür öffentliche Mittel erhalten, bezogenen Zuschüsse (vgl. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074).

Tabelle 3: Darstellung der 2010 steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminima und der entsprechenden einkommensteuerlichen Freibeträge (in €)

	Alleinstehende	Ehepaare	Kinder
Regelsatz	4 368	7 860	2 820
Kosten der Unterkunft	2 520	4 164	840
Heizkosten	768	972	204
sächliches Existenzminimum	7 656	12 996	3 864
steuerlicher Freibetrag	7 664¹	15 329	3 648¹

¹ Grundfreibetrag für Alleinstehende: vgl. Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29. Dezember 2003, BGBl. I S. 3076; Freibetrag für das sächliche Existenzminimum eines Kindes: vgl. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074.

6 Zusammenfassung der für das Jahr 2010 steuerfrei zu stellenden Existenzminima

6.1 Die in diesem Bericht für den Veranlagungszeitraum 2010 errechneten Beträge für das sächliche Existenzminimum von Alleinstehenden, Ehepaaren und Kindern werden in Tabelle 3 zusammengefasst dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Gegenüberstellung mit den im Einkommensteuerrecht geltenden Freibeträgen.

Die vorgenannten Existenzminima stellen statistisch belegte Mindestbeträge dar. Höhere steuerliche Freibeträge sind im Wege politischer Entscheidungen möglich. Für zusammen veranlagte Ehepaare ergibt sich die Freibetragshöhe aus § 32a Abs. 5 EStG.

Im Entwurf eines Familienleistungsgesetzes hat die Bundesregierung bislang die Erhöhung des Freibetrags für das sächliche Existenzminimum eines Kindes (Kinderfreibetrag) ab dem Veranlagungszeitraum 2009 von 3 648 € um 192 € auf 3 840 € vorgeschlagen (vgl. Bundesratsdrucksache 753/08). Im weiteren Gesetzgebungsverfahren ist in Kenntnis dieses Berichtes eine Anpassung des Erhöhungsbetrags möglich, die spätestens ab dem Veranlagungszeitraum 2010 erforderlich ist.

6.2 Im Rahmen der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern ist entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben der Versorgungsbedarf für den Krankheits- und Pflegefall als weitere Kompo-

nente des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs in ausreichendem Maße steuerlich zu berücksichtigen (vgl. BVerfG – 2 BvL 1/06 – vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871 ff.]). Zur Umsetzung des Verfassungsauftrags wird die Bundesregierung rechtzeitig gesetzgeberisch aktiv werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber eine Frist bis spätestens zum 1. Januar 2010 eingeräumt.

6.3 Die steuerliche Freistellung eines Einkommensbetrags in Höhe des sächlichen Existenzminimums zuzüglich des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs eines Kindes wird im Rahmen des geltenden Familienleistungsausgleichs entweder durch die Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG oder durch das als Steuervergütung monatlich vorab gezahlte Kindergeld bewirkt (vgl. § 31 EStG). Die Summe der steuerlichen Freibeträge beträgt derzeit für jedes Kind jährlich 5 808 € (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Freibeträge für das sächliche Existenzminimum sowie den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf eines Kindes (in €)

Freibetrag für das sächliche Existenzminimum	3 648
Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf	2 160
Summe der steuerlichen Freibeträge	5 808

6.4 Abschließend kann festgestellt werden, dass mit den geltenden steuerlichen Freibeträgen und den noch vorgesehenen Gesetzesänderungen auch im Jahr 2010 den verfassungsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der steuerfrei zu stellenden Existenzminima von Erwachsenen und Kindern entsprochen wird.



Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 8. und 9. November 2008 in São Paulo

1	Vorbemerkungen	89
2	Krise an den internationalen Finanzmärkten	90
3	Rolle der internationalen Finanzinstitutionen	91
4	Vorbereitung des Treffens der G20-Staats- und -Regierungschefs	91
5	Ausblick	92

- Die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure berieten bei ihrem jährlichen Treffen über die Ursachen und die Konsequenzen der Finanzmarktkrise.
- Bei dem Treffen in São Paulo wurden wichtige Verabredungen zur Überwindung der Krise getroffen sowie erste Weichen für eine Neuordnung des globalen Finanzsystems gestellt. Damit diene das Treffen unmittelbar der Vorbereitung des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs eine Woche später in Washington.
- Die Schwellenländer fordern zunehmend eine stärkere Mitsprache in internationalen Finanzinstitutionen. Dafür müssen sie aber bereit sein, zusätzliche Verantwortung zur Gewährleistung der weltwirtschaftlichen Stabilität und bei der Gestaltung des globalen Finanzsystems zu übernehmen.

1 Vorbemerkungen

Am 8. und 9. November 2008 fand in São Paulo unter brasilianischer Präsidentschaft das jährliche Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure statt. Das Bundesministerium der Finanzen wurde durch Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen vertreten. Die G20 ist ein informelles Forum, das den Dialog der Industrie- und Schwellenländer mit dem Ziel weltweiter wirtschaftlicher Stabilität fördern soll. Mitglieder in der G20 sind neben Deutschland: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Frankreich, Kanada, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, Vereinigtes Königreich und die USA. Die Europäische Union ist ebenfalls Mitglied, vertreten durch die rotierende EU-Ratspräsidentschaft und die Europäische Zentralbank (EZB). Ferner nehmen Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank an den G20-Treffen teil. Die G20 repräsentieren rund 90 % des

weltweiten Bruttoinlandsprodukts, 80 % des Welthandels und rund zwei Drittel der Weltbevölkerung.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Diskussion über die aktuelle Finanzkrise. Dabei wurden neben einer Analyse der Ursachen vor allem Vorschläge beraten, wie sich eine solche Krise zukünftig vermeiden lässt. Auch tauschten sich die Teilnehmer über die Wirksamkeit der bereits ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung und zur Rettung angeschlagener Banken aus. Das Treffen diene mit einer Abstimmung über Weichenstellungen zur Neuordnung des globalen Finanzsystems auch unmittelbar der Vorbereitung des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs eine Woche später in Washington.

2 Krise an den internationalen Finanzmärkten

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20-Staaten konstatierten bei ihrem Treffen in São Paulo, dass die derzeitige Finanzkrise vor allem auf die Übernahme exzessiver Risiken des Finanzsektors, außerdem auf inkonsistente makroökonomische Politiken, die zu nationalen und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten geführt hätten, sowie auf Defizite bei der Regulierung und der Aufsicht in einigen Industrieländern zurückzuführen sei.

Zur Überwindung der Krise sei eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, die bereits zu einer Stabilisierung des Finanzsystems beigetragen hätten. Die G20 sollten bei künftigen Aktivitäten eng zusammenarbeiten, um die weiter bestehende Volatilität der Märkte zu reduzieren sowie die Funktionsfähigkeit der Geld- und Kreditmärkte in Industrie- und Schwellenländern wieder herzustellen. Die G20 kamen überein, dass vor allem das Problem der exzessiven Risiken einiger Finanzprodukte gelöst werden müsse. Hierzu seien auch eine Anpassung des regulativen Rahmenwerks und eine Verbesserung der Aufsichtspraktiken erforderlich. Ziel dabei sei, Transparenz und Rechenschaftspflicht des Finanzsektors zu erhöhen sowie die internationale Kooperation bei der Aufdeckung und Bekämpfung systemischer Risiken zu stärken. Systemisch wichtige Institutionen wie Rating-Agenturen bedürften einer geeigneten Aufsicht. Letztlich sollten alle Sektoren der Finanzindustrie einer Aufsicht unterliegen oder entsprechend reguliert werden. Zudem sei die Anwendung einheitlicher Standards der Rechnungslegung erforderlich. Entlohnungssysteme im Finanzsektor, die eine übermäßige Risikoübernahme begünstigten, sollten künftig vermieden werden.

Besorgt zeigten sich die Teilnehmer über das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft. Dies sei auf einen Vertrauensverlust zurückzuführen, der in einer reduzierten Kreditvergabe münde und so Konsum, Investitionen und Beschäftigung negativ beeinflusse. Die Industrieländer befänden sich zum Teil schon in einer Rezession, in den Schwellenländern ließe

sich eine Verlangsamung des Wachstums beobachten. Letztere seien zudem nach wie vor von ausländischem Kapital abhängig, das derzeit einer hohen Volatilität unterliegt. Gleichwohl könnten die Schwellenländer weiterhin eine wichtige Rolle bei der Stützung des weltwirtschaftlichen Wachstums spielen.

Es müssten jedoch Schritte ergriffen werden, um das weltweite Wachstum zu stärken. Der öffentlichen Hand komme dabei im Rahmen der Bewältigung der Finanzkrise eine besondere Bedeutung zu. Fiskalpolitische Maßnahmen müssten aber im Einklang mit den makroökonomischen Rahmendaten erfolgen, um nicht die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gefährden.

Erfolge bei der Armutsbekämpfung und sozialen Sicherung in Schwellen- und Entwicklungsländern dürften nicht durch die Finanzkrise zunichtegemacht werden. Die multilateralen Entwicklungsbanken könnten bei der Finanzierung von konjunkturpolitischen Maßnahmen Unterstützung leisten. Die offiziellen Entwicklungshilfezahlungen müssten gerade angesichts der Finanzkrise und volatiler Lebensmittelpreise im Rahmen der bestehenden Zusagen aufrechterhalten werden. Auch die Zentralbanken könnten durch eine umsichtige Geldpolitik einen Beitrag leisten.

Protektionistischen Maßnahmen sei eine Absage zu erteilen; im Gegenteil müsse die Doha-Entwicklungsagenda der Welthandelsrunde rasch und ambitioniert abgeschlossen werden. Es solle analysiert werden, wie in Schwellen- und Entwicklungsländern der Zugang zu Krediten wieder verbessert und der Rückfluss von Kapital sichergestellt werden könne.



3 Rolle der internationalen Finanzinstitutionen

IWF, Weltbank und anderen internationalen Finanzinstitutionen komme eine besondere Bedeutung bei der Überwindung der Finanzkrise zu. Aufgrund seiner nahezu universellen Mitgliedschaft und seiner Kompetenzen im Bereich der Makroökonomie und der Finanzmärkte solle der IWF im Einklang mit seinem Mandat die Führungsrolle bei der Verhinderung zukünftiger Krisen übernehmen. Hierzu sei eine Verbesserung seiner Frühwarnkapazitäten und eine strengere Überwachung insbesondere der systemisch relevanten Mitgliedsländer erforderlich. Anfälligkeiten, mögliche Ansteckungseffekte und systemische Probleme, die eine Gefährdung für das internationale Finanzsystem und die Weltwirtschaft darstellten, müssten künftig rechtzeitig erkannt werden. Zu begrüßen sei die rasche Bereitstellung von Ressourcen des IWF für Mitgliedsländer, die besonderes schwer durch die Finanzkrise getroffen wurden. Auch die kürzliche Schaffung einer neuen IWF-Fazilität, die Mittel ohne die sonst übliche Konditionalität für Länder mit Liquiditätsproblemen mit ansonsten guter Wirtschafts- und Finanzpolitik verfügbar macht, wurde gelobt. Um den zahlreichen Herausforderungen effektiv begegnen zu können, bedürfe es einer entsprechenden Finanzausstattung, die – falls notwendig – erhöht werden müsse.

Die G20 waren sich einig, dass Reformen der Bretton-Woods-Institutionen unerlässlich seien. Dabei müsse weltwirtschaftlichen Gewichtsverschiebungen Rechnung getragen werden: Schwellen- und Entwicklungsländer sollten ein größeres Stimmgewicht und eine höhere Repräsentanz in den Institutionen erhalten. Fortschritte beim IWF und erste Schritte bei der Weltbank in diese Richtung seien zu begrüßen. Weitere Maßnahmen müssten zu einer höheren Legitimität und Effektivität der Institutionen führen. So solle auch das Financial Stability Forum, dem die G7 und Vertreter von fünf weiteren bedeutenden internationalen Finanzplätzen sowie Repräsentanten wichtiger internationaler Institutionen und Gremien angehören, eine Erweiterung um Schwellenländer erfahren.

4 Vorbereitung des Treffens der G20-Staats- und -Regierungschefs

Die G20 begrüßten, dass mit dem Treffen in Washington am 15. November 2008 erstmals eine Kooperation auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinde. Diese sei notwendig, um sich angesichts der globalen Finanzkrise auf Prinzipien für Reformen zu verständigen, die eine breite Akzeptanz sowohl in den Industriestaaten als auch in den Schwellenländern erfahren. Aufgrund der Mitgliedschaft systemrelevanter Staaten sei die G20 geeignet, die weltwirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen. Die Finanzminister kündigten an, tatkräftig die Umsetzung entsprechender Maßnahmen voranzutreiben (vgl. hierzu den Artikel im letzten BMF Monatsbericht).

5 Ausblick

Bei dem Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in São Paulo wurde eine Reihe substanzieller Verabredungen zur Überwindung der Finanzkrise und zur Steigerung der Funktionsfähigkeit der globalen Finanzarchitektur getroffen. Die Beratungen dienten damit auch unmittelbar der Vorbereitung des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs eine Woche später in Washington. Darüber hinaus hat das Treffen deutlich gemacht, dass sich im Zuge der Finanzkrise eine Gewichtsverschiebung im internationalen Staatenverbund und in informellen Foren wie der G20 abzeichnet. Diesmal sind es nicht die Schwellenländer, von denen eine Krise mit internationalen Rückwirkungen ausgeht wie noch in den 90er Jahren in Mexiko, Russland oder Asien. Vielmehr

sehen sich die Schwellenländer aktuellen konjunkturellen Risiken durch den erwarteten Abschwung in den Industrieländern ausgesetzt. Diese neue Konstellation nutzen sie, um unter anderem eine stärkere Mitsprache in den internationalen Finanzinstitutionen zu fordern. Um dieser Forderung mehr Nachdruck und Gehör zu verschaffen, müssen die Schwellenländer aber auch bereit sein, zusätzliche Verantwortung zur Gewährleistung der weltwirtschaftlichen Stabilität und bei der Gestaltung des globalen Finanzsystems zu übernehmen.

In São Paulo wurde auch das G20-Arbeitsprogramm des kommenden Jahres beschlossen. Unter britischer Präsidentschaft werden 2009 neben der Finanzkrise voraussichtlich die Themen „Klimawandel“, „Inflation“ und „Entwicklungsfinanzierung“ diskutiert. 2010 wird Südkorea die G20-Präsidentschaft übernehmen.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	122
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	126

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
1 Kreditmarktmittel	96
2 Gewährleistungen	97
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	97
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	98
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2009	100
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	104
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	106
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	108
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	109
10 Entwicklung der Staatsquote	110
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	111
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	112
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	113
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	114
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	115
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	116
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	117
18 Einnahmen nach ertragsberechtigten Körperschaften	118
19 Einnahmen nach Hauptsteuerarten und Sozialversicherungsbeiträgen	119
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008	120
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	122
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	122
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008	122
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2008	123
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2008	124
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	126
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	126
2 Preisentwicklung	126
3 Außenwirtschaft	127
4 Einkommensverteilung	127
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	128
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	129
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	130
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	131
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	132
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	133
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	134
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	137

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. September 2008	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Oktober 2008
	Mio. €			
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	22 000	0	0	22 000
Anleihen ¹	593 468	0	0	593 468
Bundessobligationen	176 000	5 000	14 000	167 000
Bundesschatzbriefe ²	9 415	453	383	9 485
Bundesschatzanweisungen	108 000	7 000	0	115 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	38 397	5 933	5 884	38 446
Finanzierungsschätze ³	1 968	555	119	2 405
Tagesanleihen	701	1 779	66	2 414
Schuldscheindarlehen	13 636	0	321	13 315
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	963 791			963 738

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. September 2008	Stand: 31. Oktober 2008
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	176 830	182 456
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	304 682	309 718
langfristig (mehr als 4 Jahre)	482 279	471 564
Kreditmarktmittel insgesamt	963 791	963 738

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2008	Belegung	Belegung
		am 30. September 2008	am 30. September 2007
		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	101,6	96,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	25,3	25,1
bilaterale FZ-Vorhaben	2,3	1,1	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	95,0	51,3	52,1
Internationale Finanzierungsinstitutionen	46,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,3	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	–	–

3 Bundeshaushalt 2007 bis 2012 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
	Mrd. €					
1. Ausgaben	270,4	283,2	290,0	292,4	295,2	300,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 3,6	+ 4,7	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,8
2. Einnahmen¹	255,7	271,1	271,1	286,0	294,8	300,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 9,8	+ 6,0	+ 0,0	+ 5,5	+ 3,1	+ 1,8
darunter:						
Steuereinnahmen	230,0	238,0	244,1	255,4	266,3	276,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 12,8	+ 3,4	+ 2,6	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	– 14,7	– 12,1	– 18,9	– 6,4	– 0,4	– 0,4
in % der Ausgaben	5,4	4,3	6,5	2,2	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (–)	222,1	232,5	241,2	221,3	217,8	221,1
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	– 8,4	2,3	–	–	–	–
6. Tilgungen (+)	216,2	221,0	222,7	214,9	217,4	220,7
7. Nettokreditaufnahme	– 14,3	– 11,9	– 18,5	– 6,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	– 0,4	– 0,2	– 0,4	– 0,4	– 0,4	– 0,4
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,2	24,7	27,2	25,9	25,5	25,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 15,4	– 5,9	+ 10,4	– 4,7	– 1,5	– 0,8
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4, 2. ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Dezember 2008.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	26 762	27 791	28 252	28 610	29 079
Aktivitätsbezüge	19 662	20 276	20 959	21 340	21 669	22 100
Ziviler Bereich	8 498	9 199	9 367	9 930	10 415	10 920
Militärischer Bereich	11 164	11 077	11 592	11 409	11 254	11 179
Versorgung	6 376	6 486	6 832	6 912	6 941	6 979
Ziviler Bereich	2 334	2 308	2 392	2 400	2 399	2 394
Militärischer Bereich	4 041	4 178	4 441	4 512	4 542	4 585
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	21 129	21 286	21 311	21 732
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 473	1 451	1 462	1 475	1 453
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 581	10 360	10 526	10 554	10 988
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	9 318	9 298	9 283	9 291
Zinsausgaben	38 721	41 818	41 431	43 386	44 689	47 065
an andere Bereiche	38 721	41 818	41 431	43 386	44 689	47 065
Sonstige	38 721	41 818	41 431	43 386	44 689	47 065
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	41 774	41 388	43 343	44 647	47 023
an Ausland	3	3	2	2	–	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	172 124	173 720	176 362	177 865
an Verwaltungen	14 003	14 463	14 555	13 951	13 743	13 588
Länder	8 698	8 890	8 345	7 776	7 474	7 298
Gemeinden	38	23	21	19	13	12
Sondervermögen	5 267	5 549	6 188	6 155	6 256	6 277
Zweckverbände	1	1	1	1	0	0
an andere Bereiche	146 349	155 307	157 569	159 770	162 618	164 277
Unternehmen	15 399	23 740	23 490	24 144	24 307	24 473
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	29 123	28 276	27 559	25 723	24 899	24 764
an Sozialversicherung	97 712	98 521	101 168	104 702	108 175	109 786
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	964	1 437	1 415	1 401	1 390
an Ausland	3 240	3 801	3 909	3 785	3 834	3 862
an Sonstige	5	5	5	1	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	258 128	262 475	266 645	270 971	275 740
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	6 903	7 273	8 649	7 596	7 305	7 269
Baumaßnahmen	5 478	5 783	7 061	6 019	5 763	5 772
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	1 055	1 034	1 003	956
Grunderwerb	516	480	533	543	540	542
Vermögensübertragungen	16 947	14 306	15 373	15 111	15 009	14 828
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	13 924	14 957	14 737	14 648	14 468
an Verwaltungen	8 234	5 416	5 154	5 015	4 965	4 960
Länder	6 030	5 342	5 089	4 949	4 888	4 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	68	60	61	72	77
Sondervermögen	2 150	6	5	5	5	5
an andere Bereiche	8 345	8 509	9 803	9 722	9 683	9 508
Sonstige – Inland	6 099	6 082	6 754	6 535	6 476	6 348
Ausland	2 247	2 427	3 049	3 187	3 206	3 160
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	417	374	361	360
an andere Bereiche	367	382	417	374	361	360
Sonstige – Inland	162	164	176	149	141	140
Ausland	205	218	241	225	220	220

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007 Ist	2008 Soll	2009 Soll	2010 Finanzplanung	2011 Finanzplanung	2012 Finanzplanung
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 461	3 616	3 601	3 581	3 592
Darlehensgewährung	2 100	2 717	2 681	2 773	2 853	2 745
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 100	2 716	2 680	2 772	2 852	2 745
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	900	1 308	1 174	1 195	1 199	1 204
Ausland	1 199	1 407	1 507	1 577	1 653	1 540
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	935	828	728	847
Inland	28	26	13	13	1	1
Ausland	604	718	921	815	728	846
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	26 582	25 040	27 638	26 307	25 895	25 690
¹ Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24 658	27 222	25 933	25 534	25 330
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	32	– 114	– 552	– 1 666	– 830
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	290 000	292 400	295 200	300 600

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
0 Allgemeine Dienste	53 510	47 191	25 090	16 757	–	5 345
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 357	5 990	3 880	1 218	–	893
02 Auswärtige Angelegenheiten	8 312	3 574	461	159	–	2 954
03 Verteidigung	31 019	30 699	16 032	13 785	–	882
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 740	3 241	2 088	947	–	205
05 Rechtsschutz	385	350	259	77	–	14
06 Finanzverwaltung	3 698	3 337	2 370	571	–	396
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 602	11 124	477	717	–	9 930
13 Hochschulen	2 646	1 650	10	10	–	1 630
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 972	1 972	–	–	–	1 972
15 Sonstiges Bildungswesen	526	446	9	67	–	370
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 761	6 559	457	637	–	5 464
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	696	497	1	4	–	493
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	141 135	140 294	231	212	–	139 851
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	96 724	96 724	55	–	–	96 669
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 252	6 252	–	–	–	6 252
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 966	2 719	–	47	–	2 671
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 754	33 620	49	100	–	33 471
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	141	141	–	–	–	141
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 298	839	128	65	–	646
3 Gesundheit und Sport	1 208	814	279	265	–	269
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	386	347	146	146	–	55
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	386	347	146	146	–	55
32 Sport	135	111	–	7	–	104
33 Umwelt- und Naturschutz	369	199	85	58	–	56
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	317	157	49	55	–	54
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 857	525	–	12	–	513
41 Wohnungswesen	1 210	516	–	3	–	513
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	–	–	–	–	–
44 Städtebauförderung	646	8	–	8	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 026	544	29	136	–	379
52 Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	–	1	–	250
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	124	124	–	60	–	63
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	124	124	–	60	–	63
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	226	169	29	74	–	66

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
0 Allgemeine Dienste	1 129	2 518	2 671	6 318	6 273
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	365	2	0	367	367
02 Auswärtige Angelegenheiten	71	2 239	2 428	4 738	4 737
03 Verteidigung	222	97	–	319	275
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	322	178	–	500	500
05 Rechtsschutz	32	2	–	34	34
06 Finanzverwaltung	117	0	243	361	361
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	225	3 242	11	3 478	3 478
13 Hochschulen	1	995	–	996	996
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	80	–	80	80
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	203	1 989	11	2 203	2 203
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	20	178	–	199	199
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben, Wiedergutmachung	9	831	1	841	470
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	–	–	–	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	245	1	247	5
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	131	–	135	5
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	455	–	459	459
3 Gesundheit und Sport	195	199	–	394	394
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	29	10	–	39	39
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	29	10	–	39	39
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	8	163	–	171	171
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	158	2	–	160	160
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 330	3	1 333	1 333
41 Wohnungswesen	–	692	3	695	695
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	–	–	–	–
44 Städtebauförderung	–	638	–	638	638
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15	466	1	483	483
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	425	1	426	426
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	15	41	1	57	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 784	2 952	60	660	-	2 232
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	886	714	-	517	-	197
621 Kernenergie	275	182	-	-	-	182
622 Erneuerbare Energieformen	47	17	-	4	-	13
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	564	515	-	513	-	2
63 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 739	1 723	-	4	-	1 719
64 Handel	116	116	-	54	-	62
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	738	14	-	12	-	2
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 305	386	60	73	-	253
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 894	4 149	1 065	1 999	-	1 085
72 Straßen	8 122	956	-	865	-	91
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	2 007	845	510	268	-	68
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	5	-	-	-	5
75 Luftfahrt	189	188	50	17	-	122
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 239	2 154	505	850	-	799
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 965	11 787	-	17	-	11 770
81 Wirtschaftsunternehmen	10 437	6 261	-	17	-	6 244
832 Eisenbahnen	4 074	87	-	8	-	79
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 363	6 175	-	10	-	6 165
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 527	5 526	-	-	-	5 526
873 Sondervermögen	5 506	5 506	-	-	-	5 506
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	21	20	-	-	-	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 020	43 095	559	354	41 431	751
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	788	750	-	-	-	750
92 Schulden	41 453	41 453	-	22	41 431	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	778	892	559	332	-	1
Summe aller Hauptfunktionen	290 000	262 475	27 791	21 129	41 431	172 124

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	94	833	904	1 832	1 832
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	93	79	–	172	172
621 Kernenergie	93	–	–	93	93
622 Erneuerbare Energieformen	–	30	–	30	30
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	50	–	50	50
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	17	–	17	17
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	724	–	724	724
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	14	904	919	919
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 980	1 765	–	8 745	8 745
72 Straßen	5 747	1 419	–	7 166	7 166
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 162	–	–	1 162	1 162
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	71	14	–	84	84
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	4 151	24	4 177	4 177
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	1	4 151	24	4 176	4 176
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 978	10	3 988	3 988
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1	174	14	188	188
873 Sondervermögen	1	–	–	1	1
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	8 649	15 373	3 616	27 638	27 222

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	- 4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,7	387,1	536,4	1009,4	1 199,0
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	119,3	204,0	306,3	657,1	774,6

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.³ Stand Finanzplanungsrat November 2008; 2008 u. 2009 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse							Soll	Soll
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	283,2	288,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7	1,8
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	271,1	277,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	6,0	2,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 12,1	- 10,9
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	26,8	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	2,8	3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4	9,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,4	14,9	14,9	14,8	40,8
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	41,8	41,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	8,0	- 0,8
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,8	14,4
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,7	25,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 5,9	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7	9,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,1	32,9	35,4	34,0	34,2	34,0	40,0	35,8	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	238,0	248,7
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	3,4	4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0	86,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	87,8	89,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	42,9	43,6
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2	3,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	48,3	40,6
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	71,2	X	X	X
nachrichtlich: Schuldenstand³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1203,9	1253,2	1325,8	1395,0	1447,6	1498,2	1503,7	X	X
darunter: Bund	Mrd.€	756,4	778,6	819,3	860,2	888,0	933,1	939,1	X	X

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2008; 2008 u. 2009 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 ²	2005	2006 ³	2007 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	604,3	611,3	619,6	615,3	627,7	636,8	647,6
Einnahmen	557,7	554,6	551,7	549,9	575,1	596,7	648,0
Finanzierungssaldo	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,5	- 39,4	1,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7
Länder							
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	257,1	260,0	259,1	263,9
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	233,5	237,2	248,9	267,3
Finanzierungssaldo	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 22,7	- 10,2	3,4
Gemeinden							
Ausgaben	148,3	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3
Finanzierungssaldo	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	2,8	8,6
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,9	1,2	1,4	- 0,7	2,0	1,5	1,7
Einnahmen	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,3	4,6	3,8	8,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8
Länder							
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	- 1,0	1,1	- 0,3	1,8
Einnahmen	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,6	4,9	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,1	2,8	2,1
Einnahmen	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	6,0	5,8

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

² Ab 2004 Öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

³ Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

⁴ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 ²	2005	2006 ³	2007 ³
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7	0,1
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 0,6
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4	0,1
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1	0,4
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,6	- 8,4	- 6,2	0,2
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8	- 5,4
Länder	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 8,7	- 3,9	1,3
Gemeinden	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,5	1,8	5,4
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	28,0	27,4	26,7
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ⁴	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

² Ab 2004 Öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

³ Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

⁴ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008 ²	561,8	290,9	270,9	51,8	48,2
2009 ²	572,0	296,9	275,1	51,9	48,1

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008.

Stand: November 2008.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,7	20,1	36,7
2006 ³	22,9	40,1	21,0	37,2
2007 ³	23,8	40,3	22,2	37,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2008.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002	48,1	26,4	21,7
2003	48,5	26,5	22,0
2004	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	25,8	21,0
2006 ⁵	45,3	25,2	20,1
2007 ⁵	44,2	24,9	19,3

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte ohne Kassenverstärkungskredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Schulden in Mio. € ¹					
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 253 244	1 325 801	1 395 026	1 447 583	1 498 152	1 503 731
Bund	778 607	819 282	860 244	888 019	933 088	939 128
Kernhaushalte	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082
Länder	384 773	414 952	442 922	468 214	480 485	482 752
Kernhaushalte	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628
Kreditmarktmittel iwS	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628
Extrahaushalte	–	–	–	–	996	1 124
Gemeinden	89 864	91 567	91 860	91 350	84 579	81 851
Kernhaushalte	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612
nachrichtlich:						
Länder + Gem.	474 637	506 519	534 782	559 564	565 064	564 603
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 100	1 521 600	1 569 000	1 576 300
nachrichtlich:						
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	–
Fonds „Deutsche Einheit“	39 441	39 099	38 650	–	–	–
Kreditabwicklungsfonds	–	–	–	–	–	–
Erblastentilgungsfonds	–	–	–	–	–	–
Bundeseisenbahnvermögen	–	–	–	–	–	–
Ausgleichsfonds „Steinkohle“	–	–	–	–	–	–
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	–	–	–	–	16 478	16 983
	Anteil der Schulden (in %)					
Bund	62,1	61,8	61,7	61,3	62,3	62,5
Kernhaushalte	57,4	57,4	57,6	60,3	60,2	61,3
Extrahaushalte	4,7	4,4	4,1	1,1	2,1	1,1
Länder	30,7	31,3	31,8	32,3	32,1	32,1
Gemeinden	7,2	6,9	6,6	6,3	5,6	5,4
nachrichtlich:						
Länder + Gemeinden	37,9	38,2	38,3	38,7	37,7	37,5
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,5	61,3	63,1	64,5	64,5	62,1
Bund	36,3	37,9	38,9	39,6	40,2	38,8
Kernhaushalte	33,6	35,1	36,3	38,9	38,9	38,1
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7
Länder	18,0	19,2	20,0	20,9	20,7	19,9
Gemeinden	4,2	4,2	4,2	4,1	3,6	3,4
nachrichtlich:						
Länder + Gemeinden	22,1	23,4	24,2	24,9	24,3	23,3
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0
	Schulden insgesamt (in €)					
je Einwohner	15 195	16 067	16 910	17 553	18 188	18 280
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 321,5	2 422,9
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,0	- 2,7
2003	- 87,2	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 67,9	- 3,1
2004	- 83,5	- 82,3	- 1,2	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 74,1	- 70,0	- 4,1	- 3,3	- 3,1	- 0,2	- 52,5	- 2,3
2006 ⁵	- 35,6	- 40,6	5,0	- 1,5	- 1,7	0,2	- 39,4	- 1,7
2007 ⁵	- 4,0	- 14,4	10,4	- 0,2	- 0,6	0,4	1,5	0,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 3,8	- 3,3	- 1,5	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,5
Belgien	- 9,4	-10,0	- 6,7	- 4,5	0,0	- 0,2	- 2,6	0,3	- 0,3	- 0,5	- 1,4	- 1,8
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 7,5	- 5,1	- 2,8	- 3,5	- 2,5	- 2,2	- 3,0
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,3	1,0	2,0	2,2	- 1,6	- 2,9	- 3,2
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 3,6	- 2,9	- 2,4	- 2,7	- 3,0	- 3,5	- 3,8
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,1	4,7	1,4	1,7	3,0	0,2	- 5,5	- 6,8	- 7,2
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 4,3	- 3,4	- 1,6	- 2,5	- 2,6	- 2,1
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 4,1	- 2,4	- 1,2	3,5	1,0	0,7	0,6
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	- 1,2	- 0,1	1,3	3,2	2,7	1,3	0,5
Malta	-	-	-	- 4,2	- 6,2	- 4,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8	- 3,8	- 2,7	- 2,5
Niederlande	- 3,9	- 3,6	- 5,3	- 4,3	1,3	- 1,7	- 0,3	0,6	0,3	1,2	0,5	0,1
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,8	- 2,1	- 4,4	- 1,5	- 1,5	- 0,4	- 0,6	- 1,2	- 1,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,0	- 3,2	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 2,6	- 2,2	- 2,8	- 3,3
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,3	- 2,3	- 2,8	- 3,5	- 1,9	- 2,3	- 2,2	- 2,5
Slowenien	-	-	-	- 8,5	- 3,8	- 2,2	- 1,4	- 1,2	0,5	- 0,2	- 0,7	- 0,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,4	2,9	4,1	5,3	5,1	3,6	2,4
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 2,9	- 2,5	- 1,3	- 0,6	- 1,3	- 1,8	- 2,0
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	1,6	1,9	3,0	0,1	3,3	2,9	2,9
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	2,0	5,2	5,2	4,5	3,1	1,1	0,4
Estland	-	-	-	1,1	- 0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	- 1,4	- 2,2	- 2,8
Lettland	-	-	6,8	- 1,6	- 2,8	- 1,0	- 0,4	- 0,2	0,1	- 2,3	- 5,6	- 6,2
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,5	- 0,5	- 0,4	- 1,2	- 2,7	- 3,6	- 4,0
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,0	- 2,3	- 2,5	- 2,4
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 2,6	- 3,4	- 4,1	- 3,8
Schweden	-	-	-	- 7,4	3,7	0,8	2,4	2,3	3,6	2,6	0,5	- 0,4
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 3,0	- 3,6	- 2,7	- 1,0	- 1,2	- 1,3	- 1,4
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 6,4	- 7,8	- 9,3	- 5,0	- 3,4	- 3,3	- 3,3
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,4	- 3,4	- 2,7	- 2,8	- 4,2	- 5,6	- 6,5
EU	-	-	-	- 5,1	- 0,6	- 2,9	- 2,4	- 1,4	- 0,9	- 1,6	- 2,3	- 2,6
USA	- 2,3	- 4,9	- 4,0	- 3,1	1,7	- 4,3	- 3,1	- 2,1	- 2,8	- 5,3	- 7,2	- 9,0
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 6,2	- 6,7	- 1,4	- 2,2	- 1,9	- 2,6	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre 2004 bis 2010: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	65,6	67,8	67,6	65,1	64,3	63,2	61,9
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,1	87,8	83,9	86,5	86,1	85,6
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	93,4	92,2	91,9
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	37,5	41,1	44,4
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	64,9	66,4	63,6	63,9	65,4	67,7	69,9
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,3	24,7	24,8	31,6	39,2	46,2
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	103,8	105,9	106,9	104,1	104,1	104,3	103,8
Zypern	–	–	–	–	58,8	70,2	69,1	64,6	59,5	48,2	44,7	41,3
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,6	7,0	14,1	14,6	14,5
Malta	–	–	–	–	55,9	72,1	69,9	63,9	62,2	63,1	63,2	63,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,7	48,2	47,0	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,5	57,4	57,1	56,9
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,6	64,3	65,2	66,6
Slowakei	–	–	–	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	28,8	29,0	29,3
Slowenien	–	–	–	–	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	21,8	21,1	20,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,1	41,3	39,2	35,1	31,6	30,2	29,8
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,2	69,5	70,0	68,3	66,1	66,6	67,2	67,6
Bulgarien	–	–	–	–	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	13,8	10,6	7,9
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	43,8	36,4	30,5	26,2	21,1	21,1	20,1
Estland	–	–	–	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,2	5,0	6,1
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,9	12,4	10,7	9,5	12,3	17,7	23,0
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	17,5	20,0	23,3
Polen	–	–	–	–	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	43,9	43,6	43,1
Rumänien	–	–	–	–	24,7	18,8	15,8	12,4	12,9	13,4	15,4	17,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	72,1	53,6	51,2	50,9	45,9	40,4	34,7	33,7	32,2
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	26,6	26,4	26,3
Ungarn	–	–	–	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	65,4	66,0	66,2
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,2	50,1	55,1	60,3
EU	–	–	–	69,5	63,0	62,2	62,7	61,3	58,7	59,8	60,9	61,8
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	62,3	62,7	62,2	63,1	67,5	77,1	84,8
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	167,1	177,3	171,9	173,6	177,8	182,5	185,5

Quellen: Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Stand: November 2008.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,9	23,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,7	21,4	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	–	–	–	–	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,6	36,2
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	32,9	33,5	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	–	–	–	–	33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	46,9	45,4	43,9	43,3	43,0
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,7	48,4	48,8	49,0	49,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	50,2	48,8	47,4	47,5	47,4
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,6	52,5	52,5
Griechenland	–	–	45,8	46,6	46,6	43,0	42,0	43,1	42,4	42,4
Irland	–	53,2	42,8	41,1	31,6	33,8	34,2	36,4	38,1	38,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,0	48,8	48,5	48,7	48,7
Luxemburg	–	–	37,7	39,7	37,6	41,8	38,6	37,5	38,8	39,4
Malta	–	–	–	39,7	41,0	45,0	43,9	42,5	42,5	41,8
Niederlande	55,8	57,5	54,9	51,6	44,2	45,2	46,1	45,9	45,9	45,7
Österreich	50,2	53,7	51,5	56,0	51,3	49,6	49,1	48,0	47,7	47,5
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,7	45,9
Slowenien	–	–	–	53,3	47,5	46,0	45,3	43,3	43,3	42,5
Spanien	–	–	–	44,4	39,1	38,5	38,6	38,8	39,7	40,2
Euroraum	–	–	–	–	37,0	43,6	43,6	43,9	43,9	43,8
Bulgarien	–	–	–	–	46,2	47,4	46,8	46,3	46,2	46,2
Dänemark	–	–	–	–	–	39,2	36,4	37,8	37,7	37,7
Estland	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,5	51,1	50,6	51,0	50,8
Lettland	–	–	–	41,4	36,5	33,5	33,0	33,7	36,1	36,5
Litauen	–	–	31,6	38,9	37,3	35,6	37,9	38,0	38,2	38,5
Polen	–	–	–	35,7	39,1	33,6	33,9	35,6	36,4	36,7
Rumänien	–	–	–	47,7	41,1	43,3	43,8	42,4	42,6	42,3
Schweden	–	–	–	–	48,4	33,5	35,3	36,9	38,5	39,9
Slowakei	–	–	–	65,2	55,6	55,0	54,2	52,5	52,8	52,6
Tschechien	–	–	–	48,4	50,7	38,1	37,2	36,9	36,3	36,1
Ungarn	–	–	–	54,5	41,8	44,9	43,6	42,4	42,2	41,8
Vereinigtes Königreich	–	–	–	–	46,5	49,9	51,9	50,1	49,1	48,4
Zypern	47,2	48,7	41,1	43,9	36,8	44,0	43,8	43,6	44,1	44,3
EU-27	–	–	–	–	–	46,8	46,3	45,8	45,8	45,8
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,7	35,6	36,8	37,9
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	40,6	40,4	37,9	38,2	38,7	40,0

¹ 1980–1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2008.

18 Einnahmen nach ertragsberechtigten Körperschaften

Land	Von den Abgabeneinnahmen entfallen 2006 in % auf			
	Staat, Bund	Länder, Provinzen, Kantone, mittlere Gebietskörperschaften ^{1,2}	Gemeinden	Sozialversicherung
Belgien	31,7	24,0	5,1	38,0
Dänemark	63,9	33,6		2,1
Deutschland	30,8	22,2	8,3	38,4
Finnland	52,9	21,1		25,8
Frankreich	38,3	11,5		50,0
Irland	86,0	2,1		11,4
Italien	54,4	15,4		29,8
Japan	37,9	25,5		36,6
Kanada	44,3	38,7	8,5	8,5
Luxemburg	68,4	4,4		27,0
Niederlande	59,7	3,3		36,1
Norwegen	87,4	12,6		–
Österreich	53,3	8,6	9,5	28,3
Polen	51,5	12,0		36,3
Portugal	60,6	6,2		32,9
Schweden	56,5	31,9		11,2
Schweiz	35,5	24,8	16,4	23,3
Slowakei	48,9	11,3		39,4
Spanien	37,0	21,9		32,0
Tschechien	41,2	14,7		43,7
Ungarn	62,8	6,5		30,4
Vereinigtes Königreich	76,4	4,6		18,5
Vereinigte Staaten	42,6	19,9	13,8	23,8

¹ Gliedstaaten in den Vereinigten Staaten; Regionen und Provinzen in Italien; Provinzen in Kanada; Kreise u.ä.

² Aufteilung z.T. nicht eindeutig möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

19 Einnahmen nach Hauptsteuerarten und Sozialversicherungsbeiträgen

Land	Von den Abgabeneinnahmen entfallen 2006 in % auf				
	Steuern auf Einkommens- bzw. Einkunftsarten ¹	Steuern auf Lohnsumme, Berufsteuern u.ä.	Steuern auf Vermögen und Vermögensverkehr ²	Umsatz-, Verbrauch- und Aufwandsteuern, Zölle ³	Sozialversicherungsbeiträge
Belgien	37,7	0,1	5,1	25,6	30,5
Dänemark	60,1	0,4	3,8	33,2	2,1
Deutschland	30,4	0,0	2,5	28,4	38,4
Finnland	38,1	0,1	2,5	31,1	27,9
Frankreich	24,2	5,9	8,0	24,8	37,0
Irland	39,8	0,7	9,1	36,5	13,5
Italien	33,2	6,0	5,1	25,6	29,8
Luxemburg	34,8	0,1	9,3	27,9	27,7
Niederlande	27,3	0,5	4,7	30,5	36,1
Norwegen	50,1	–	2,7	27,3	19,8
Österreich	28,8	7,4	1,4	27,7	34,5
Polen	20,8	0,8	3,7	38,1	36,3
Portugal	23,8	0,4	3,1	40,6	31,9
Schweden	39,5	5,7	3,0	26,1	25,5
Schweiz	45,7	–	8,0	23,0	23,3
Slowakei	19,4	–	1,5	38,7	39,9
Spanien	31,0	0,5	9,0	27,2	33,3
Tschechien	24,5	0,0	1,2	30,2	43,7
Ungarn	24,6	2,4	2,2	38,4	32,1
Vereinigtes Königreich	39,7	–	12,4	29,0	18,5
Japan	35,4	0,3	9,1	18,6	36,6
Kanada	48,7	2,3	10,1	24,3	14,8
Vereinigte Staaten	48,3	–	11,1	16,8	23,8

¹ Einschließlich etwaiger Veräußerungsgewinn-, Gewerbeeinkommen- und Quellsteuern sowie Sondersteuern auf Einkünfte.

² Einschließlich Grund-, Gewerbesteuer-, Erbschaft-, Kapitalverkehrs- und Grunderwerbsteuern u.ä.

³ Für EU-Staaten einschließlich EU-Anteile.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

20 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

1	EU-Haushalt 2007 ¹				EU-Haushalt 2008 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Rubrik	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	54 854,3 500,0	43,4	43 590,1	38,3	57 963,9 500,0	44,9 0,4	50 324,2 0,0	41,8 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55 850,2	44,2	54 210,4	47,6	55 041,1	42,6	53 177,3	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 443,6	1,1	1 270,1	1,1	1 342,9	1,0	1 241,4	1,0
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	6 812,5 234,5	5,4 0,2	7 352,7	6,5 0,0	7 311,0 239,2	5,7 0,2	8 112,7 0,0	6,7 0,0
5. Verwaltung	6 977,9	5,5	6 977,8	6,1	7 283,9	5,6	7 284,4	6,1
6. Ausgleichszahlungen	444,6	0,4	444,6	0,4	206,6	0,2	206,6	0,2
Gesamtbetrag	126 383,2	100,0	113 845,8	100,0	129 149,7	100,6	120 346,8	100,0

¹ = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1-7/2007).

² = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).

20 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	10	11
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	5,7 0,0	15,4 –	3 109,6 0,0	6 734,1 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	–1,4	–1,9	–809,1	–1 033,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	–7,0	–2,3	–100,8	–28,7
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	7,3 2,0	10,3 –	498,8 4,7	760,0 0,0
5. Verwaltung	4,4	4,4	306,0	306,7
6. Ausgleichszahlungen	–53,5	–53,5	–238,0	–238,0
Gesamtbetrag	2,2	5,7	2 766,5	6 500,9

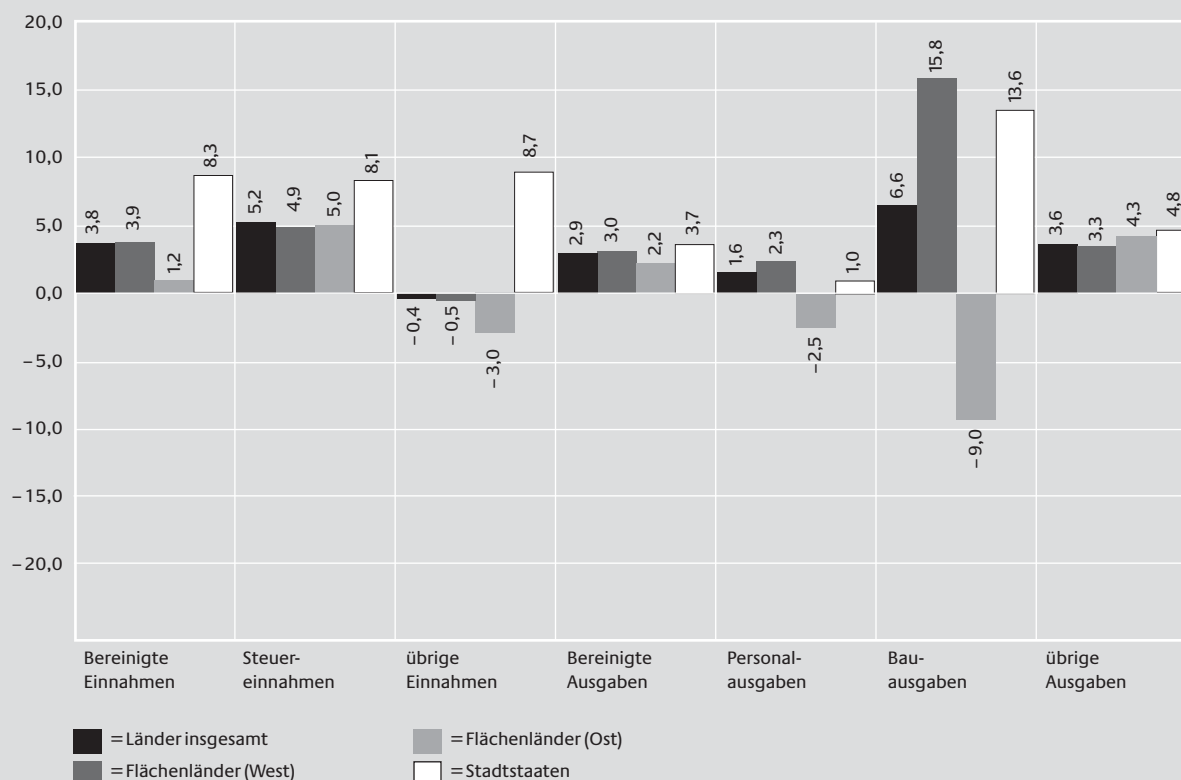
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	185 587	153 298	52 358	43 086	33 903	28 748	265 582	219 443
darunter:								
Steuereinnahmen	152 131	124 965	27 422	23 515	20 722	17 414	200 276	165 894
übrige Einnahmen	33 456	28 333	24 936	19 571	13 181	11 334	65 306	53 550
Bereinigte Ausgaben	190 950	155 610	52 373	40 844	34 873	29 306	271 929	220 072
darunter:								
Personalausgaben	73 830	61 713	12 335	9 746	10 911	9 053	97 075	80 512
Bauausgaben	2 611	1 771	1 644	949	716	380	4 970	3 099
übrige Ausgaben	114 509	92 126	38 395	30 149	23 246	19 874	169 884	136 461
Finanzierungssaldo	- 5 360	- 2 313	- 15	2 242	- 964	- 558	- 6 339	- 629

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2008

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Oktober 2007			September 2008			Oktober 2008		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	199 605	211 409	396 474	192 212	203 483	383 648	210 504	219 443	416 087
111	darunter: Steuereinnahmen	177 865	157 649	335 514	171 088	154 020	325 109	187 264	165 894	353 158
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	184 268 ³	52 786	237 054	167 578 ³	43 139	210 717	195 191 ³	52 451	247 643
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	227 658	213 936	427 054	216 794	199 032	403 780	239 714	220 072	445 926
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	21 766	79 271	101 037	20 566	72 641	93 207	22 753	80 512	103 265
122	Bausausgaben	3 993	2 907	6 899	3 606	2 684	6 289	4 220	3 099	7 319
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	55	55	–	–32	–32	–	–56	–56
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	185 742	58 315	244 057	166 977	57 636	224 613	189 664	65 842	255 506
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–28 054	–2 527	–30 581	–24 582	4 451	–20 132	–29 210	–629	–29 839
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	–362	–6 099	–6 461	1 645	–15 216	–13 572	6 605	–14 106	–7 502
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	535	535	–	715	715	–	715	715
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	154	154	–	1 903	1 903	–	1 903	1 903
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	9 141	10 843	19 985	11 539	15 419	26 957	7 600	13 380	20 980
32	Vorschüsse	–	14 833	14 833	–	34 142	34 142	–	27 805	27 805
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	10 067	10 067	–	14 630	14 630	–	14 444	14 444
34	Saldo (31–32+33)	9 141	6 078	15 219	11 539	–4 094	7 445	7 600	19	7 619
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–19 274	–1 860	–21 134	–11 399	–12 242	–23 641	–15 005	–12 098	–27 103
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	19 274	1 768	21 042	11 399	4 262	15 661	15 006	6 630	21 636
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	800	800	–	465	465	–	60	60
56	Zusammen	19 274	2 568	21 842	11 399	4 727	16 126	15 006	6 690	21 696
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	708	708	0	–7 515	–7 515	1	–5 408	–5 408
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	1 370	1 370	–	2 143	2 143	–	2 246	2 246
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	3 486	3 486	–	3 434	3 434	–	3 415	3 415

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	28 353,6	32 663,6	8 130,8	15 803,2	5 719,4	18 125,7	40 243,5	9 902,1	2 292,5
111	darunter: Steuereinnahmen	22 296,9	26 973,4	4 576,6	13 223,2	3 030,7	13 902,1	33 824,0	7 474,0	1 886,5
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	490,4	–	437,9	317,3	115,6	285,3	100,5
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	8 006,1	953,1	2 714,2	1 547,2	319,2	5 284,3	12 426,6	5 411,4	878,9
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	27 918,3	31 076,8	7 988,9	17 417,4	5 377,5	19 257,8	40 460,3	10 517,8	2 771,9
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	11 588,0	13 410,7	1 736,4	5 964,8	1 227,6	7 317,2 ³	15 414,4 ³	4 209,5	1 101,9
122	Bausgaben	298,1	745,1	27,5	319,0	135,6	167,2	94,2	32,2	36,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 938,4	2 536,5	–	2 326,6	–	–	–235,6	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	8 827,0	2 643,7	3 821,0	2 986,6	1 226,3	5 788,6	14 832,5	5 828,2	787,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	435,3	1 586,8	141,9	–1 614,3	341,9	–1 132,1	–216,8	–615,7	–479,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–838,5	–2 513,0	–832,1	–1 601,4	–906,2	–478,8	–2 475,6	–394,7	110,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	715,3	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	863,3	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 456,8	1 058,6	506,2	794,8	175,3	244,3	863,3	1 728,0	153,5
32	Vorschüsse	4 966,8	7 188,2	1 229,9	238,5	0,6	731,4	185,0	1 366,8	–11,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	721,4	6 192,6	–	895,7	324,3	1 954,4	402,9	1,9	12,4
34	Saldo (31–32+33)	–788,6	63,0	–723,7	1 452,1	499,0	1 467,3	1 081,2	363,1	177,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–120,2	0,0	–1 413,9	–1 763,5	–65,3	–143,6	–1 611,3	–647,2	–191,6
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	684,6	1 630,0	32,0	–	2 327,0	647,7	260,5
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	60,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	684,6	1 690,0	32,0	–	2 327,0	647,7	260,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–120,2	0,0	–729,3	–73,5	–33,3	–143,6	715,7	0,5	68,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	–	–	–	–	–	1 514,1	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 954,4	354,8	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne November-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2008.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	13 709,5	7 837,0	6 847,6	7 688,8	17 643,7	2 842,0	8 636,4	219 443,3
111	darunter: Steuereinnahmen	7 443,5	4 193,0	5 384,6	4 271,0	8 514,7	1 774,2	7 125,1	165 893,5
112	Länderfinanzausgleich ¹	974,0	537,7	115,5	550,9	2 645,7	425,3	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–396,2	4 845,5	2 221,2	763,5	6 067,2	2 341,2	–932,1	52 451,3
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	12 134,6	7 897,1	7 124,0	7 445,7	17 167,1	3 394,2	9 118,9	220 072,2
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 272,0	1 781,7	2 706,3	1 728,7	5 404,9	1 066,5	2 581,2	80 511,8
122	Bausgaben	509,0	128,9	78,3	147,6	97,0	47,8	234,8	3 099,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	373,8	–56,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	2 484,0	3 579,6	2 371,3	1 256,7	7 269,8	2 139,2	–	65 842,2
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 574,9	–60,2	–276,4	243,1	476,6	–552,2	–482,5	–629,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–3 097,5	1 290,6	–11,7	–432,8	–1 186,8	183,0	–921,0	–14 106,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	715,3
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	–	–	–	–	–	–	1 902,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	631,1	2 231,9	0,0	–187,0	312,7	51,7	1 359,0	13 380,2
32	Vorschüsse	2 272,0	4 081,5	0,0	13,6	–	–24,9	5 567,6	27 805,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 360,0	50,4	0,0	206,5	345,5	243,6	732,3	14 443,9
34	Saldo (31–32+33)	719,1	–1 799,2	0,0 ⁵	5,9	658,2	320,3	–3 476,3	19,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–120,3	–568,8	–288,1	–183,8	–52,0	–48,9	–4 879,8	–12 098,3
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	385,0	–	201,8	63,0	131,5	267,0	6 630,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	60,0
56	Zusammen	–	385,0	–	201,8	63,0	131,5	267,0	6 690,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–120,3	–183,8	–288,1	18,0	11,0	82,6	–4 612,8	–5 408,2
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁶	–	–	–	–	–	–	732,3	2 246,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	345,5	27,6	732,3	3 414,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne November-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2008.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
		Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
	Mio.		in %	Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	50,0	3,1	7,5	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,6	3,9	9,2	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,9	– 0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2002/1997	38,6	0,9	51,0	3,5	8,3	1,7	0,8	1,7	20,5
2007/2002	39,1	0,3	52,1	4,0	9,3	1,4	1,1	1,3	18,0

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2008.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	- 0,3	1,1	1,4	1,7	- 0,5
2005	1,5	0,7	- 1,4	1,2	1,6	1,5	- 0,8
2006	3,5	0,5	- 1,3	1,0	1,3	1,6	- 1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2002/1997	2,3	0,6	- 0,2	0,7	0,9	1,3	0,5
2007/2002	2,5	1,0	- 0,3	1,2	1,5	1,6	- 0,3

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: November 2008.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,93	106,49	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,55	119,13	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,52	145,58	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	170,97	184,52	46,9	39,9	7,1	7,6
2002/1997	7,8	5,9	35,9	- 4,6	31,6	29,8	1,7	- 0,3
2007/2002	8,2	7,7	119,8	107,7	40,5	35,2	5,3	4,7

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: November 2008.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	- 0,7
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,7	1,0
2005	1,5	5,9	- 0,6	66,6	68,2	0,3	- 1,2
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	- 1,5
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	- 0,6
2002/1997	1,8	0,9	2,2	71,2	72,1	1,4	0,9
2007/2002	3,0	7,5	1,0	67,8	69,2	0,9	- 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2008.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	1,2	0,8	3,0	2,5	1,7	0,0	1,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,4	0,1	0,9
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	3,1	2,5	2,6
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,3	– 0,2	0,5
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,9	0,0	0,8
Irland	3,1	7,6	9,8	9,3	4,7	6,4	5,7	6,0	– 1,6	– 0,9	2,4
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,6	1,8	1,5	0,0	0,0	0,6
Zypern	–	–	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,7	2,9	3,2
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	2,5	1,2	2,3
Malta	–	–	6,2	6,4	1,1	3,5	3,1	3,7	2,4	2,0	2,2
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	2,3	0,4	0,9
Österreich	2,6	4,6	1,4	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,9	0,6	1,3
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,5	0,1	0,7
Slowakei	–	–	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	7,0	4,9	5,5
Slowenien	–	–	4,1	4,1	4,3	4,3	5,9	6,8	4,4	2,9	3,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	3,7	2,8	4,9	4,5	2,4	1,3	2,0
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	1,2	0,1	0,9
Bulgarien	–	–	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,5	4,5	4,7
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,5	3,9	1,7	0,7	0,1	0,9
Estland	–	–	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	– 1,3	– 1,2	2,0
Lettland	–	–	– 0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,3	– 0,8	– 2,7	1,0
Litauen	–	–	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,8	0,0	– 1,1
Polen	–	–	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,6	5,4	3,8	4,2
Rumänien	–	–	7,1	2,1	8,5	4,2	8,2	6,0	8,5	4,7	5,0
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,1	2,7	1,4	0,0	1,8
Tschechien	–	–	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	4,4	3,6	3,9
Ungarn	–	–	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	1,7	0,7	1,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,9	– 1,0	0,4
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	1,4	0,2	1,1
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,4	2,1	0,4	– 0,4	0,6
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,5	– 0,5	1,0

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	1,8	1,9	1,8	2,3	3,0	2,1	1,9
Belgien	1,9	2,5	2,3	1,8	4,7	2,5	2,0
Griechenland	3,0	3,5	3,3	3,0	4,4	3,5	3,3
Spanien	3,1	3,4	3,6	2,8	4,2	2,1	2,8
Frankreich	2,3	1,9	1,9	1,6	3,3	1,8	1,7
Irland	2,3	2,2	2,7	2,9	3,3	2,1	1,8
Italien	2,3	2,2	2,2	2,0	3,6	2,0	2,1
Zypern	1,9	2,0	2,2	2,2	4,5	2,9	3,2
Luxemburg	3,2	3,8	3,0	2,7	4,4	2,2	2,7
Malta	2,7	2,5	2,6	0,7	4,4	3,0	2,2
Niederlande	1,4	1,5	1,7	1,6	2,5	3,0	2,3
Österreich	2,0	2,1	1,7	2,2	3,4	2,1	1,9
Portugal	2,5	2,1	3,0	2,4	2,9	2,3	2,1
Slowakei	7,5	2,8	4,3	1,9	4,0	3,5	3,3
Slowenien	3,7	2,5	2,5	3,8	6,2	3,7	3,1
Finnland	0,1	0,8	1,3	1,6	4,2	2,6	1,8
Euroraum	2,2	2,2	2,2	2,1	3,5	2,2	2,1
Bulgarien	6,1	6,0	7,4	7,6	12,4	7,9	6,8
Dänemark	0,9	1,7	1,9	1,7	3,8	2,3	2,0
Estland	3,0	4,1	4,4	6,7	10,6	4,9	3,3
Lettland	6,2	6,9	6,6	10,1	15,7	8,2	4,7
Litauen	1,2	2,7	3,8	5,8	11,9	7,1	7,5
Polen	3,6	2,2	1,3	2,6	4,3	3,5	2,6
Rumänien	11,9	9,1	6,6	4,9	7,8	5,7	4,0
Schweden	1,0	0,8	1,5	1,7	3,0	1,7	1,9
Tschechien	2,6	1,6	2,1	3,0	6,6	3,1	2,7
Ungarn	6,8	3,5	4,0	7,9	6,3	3,9	2,9
Vereinigtes Königreich	1,3	2,1	2,3	2,3	3,7	1,9	1,2
EU	2,3	2,3	2,3	2,4	3,9	2,4	2,2
Japan	0,0	- 0,3	0,3	0,0	1,6	0,8	0,7
USA	2,7	3,4	3,2	2,8	4,4	1,5	0,8

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.
Stand: November 2008.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,8	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,4
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	7,1	8,0	8,7
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	9,0	9,2	9,3
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	10,8	13,8	15,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	8,0	9,0	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,1	7,6	7,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,1	7,3
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,9	3,8	3,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,1	4,0	4,3	4,7
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	5,9	6,2	6,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	3,0	3,4	3,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	3,9	4,2	4,5
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,7	7,9	7,9
Slowakei	–	–	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,9	9,8	9,6
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,5	4,8	4,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,3	6,5	6,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	9,0	8,3	7,5	7,6	8,4	8,7
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	6,0	5,8	5,7
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,1	3,5	4,3
Estland	–	–	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,0	6,7	7,7
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	6,5	9,2	9,6
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	4,9	7,1	8,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,3	7,3	7,8
Rumänien	–	–	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	6,1	6,4	6,1
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,0	6,8	7,3
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	5,0	5,0	5,2
Ungarn	–	–	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	8,1	8,6	8,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,7	7,1	6,9
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	7,8	8,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,7	4,4	4,1	3,9	4,1	4,7	4,6
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,7	7,5	8,1

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,2	8,6	7,2	5,7	9,5	9,7	15,6	12,6	7,5	4,4	5,5	3,0
darunter												
Russische Föderation	7,4	8,1	7,0	5,5	9,7	9,0	14,0	12,0	9,5	5,9	6,5	3,4
Ukraine	7,3	7,6	6,4	2,5	9,1	12,8	25,3	18,8	-1,5	-3,7	-7,2	-9,2
Asien	9,2	9,3	7,7	7,1	3,8	4,9	7,3	5,8	5,8	6,8	5,2	5,0
darunter												
China	11,6	11,9	9,7	9,3	1,5	4,8	6,4	4,3	9,4	11,3	9,5	9,2
Indien	9,8	9,3	7,9	6,9	6,2	6,4	7,9	6,7	-1,1	-1,4	-2,8	-3,1
Indonesien	5,5	6,3	6,1	5,5	13,1	6,2	9,8	8,8	3,0	2,5	0,1	-0,1
Korea	5,1	5,0	4,1	3,5	2,2	2,5	4,8	4,0	0,6	0,6	-1,3	-0,7
Thailand	5,1	4,8	4,7	4,5	4,6	2,2	5,7	3,2	1,1	6,4	3,1	2,0
Lateinamerika	5,4	5,6	4,6	3,1	5,2	5,3	7,6	7,1	1,8	0,8	-0,5	-1,3
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	6,5	3,6	10,9	8,8	9,1	9,1	2,6	1,7	0,8	-0,6
Brasilien	3,8	5,4	5,2	3,5	4,2	3,6	5,7	5,1	1,3	0,1	-1,8	-2,0
Chile	4,3	5,1	4,5	3,8	3,4	4,4	8,9	6,5	4,7	4,4	-1,1	-0,9
Mexiko	4,9	3,2	2,1	1,8	3,6	4,0	4,9	4,2	-0,2	-0,6	-1,4	-2,2
Sonstige												
Türkei	6,9	4,6	3,5	3,0	9,6	8,8	10,5	8,4	-6,0	-5,7	-6,5	-6,7
Südafrika	5,4	5,1	3,8	3,3	4,7	7,1	11,8	8,0	-6,5	-7,3	-8,0	-8,1

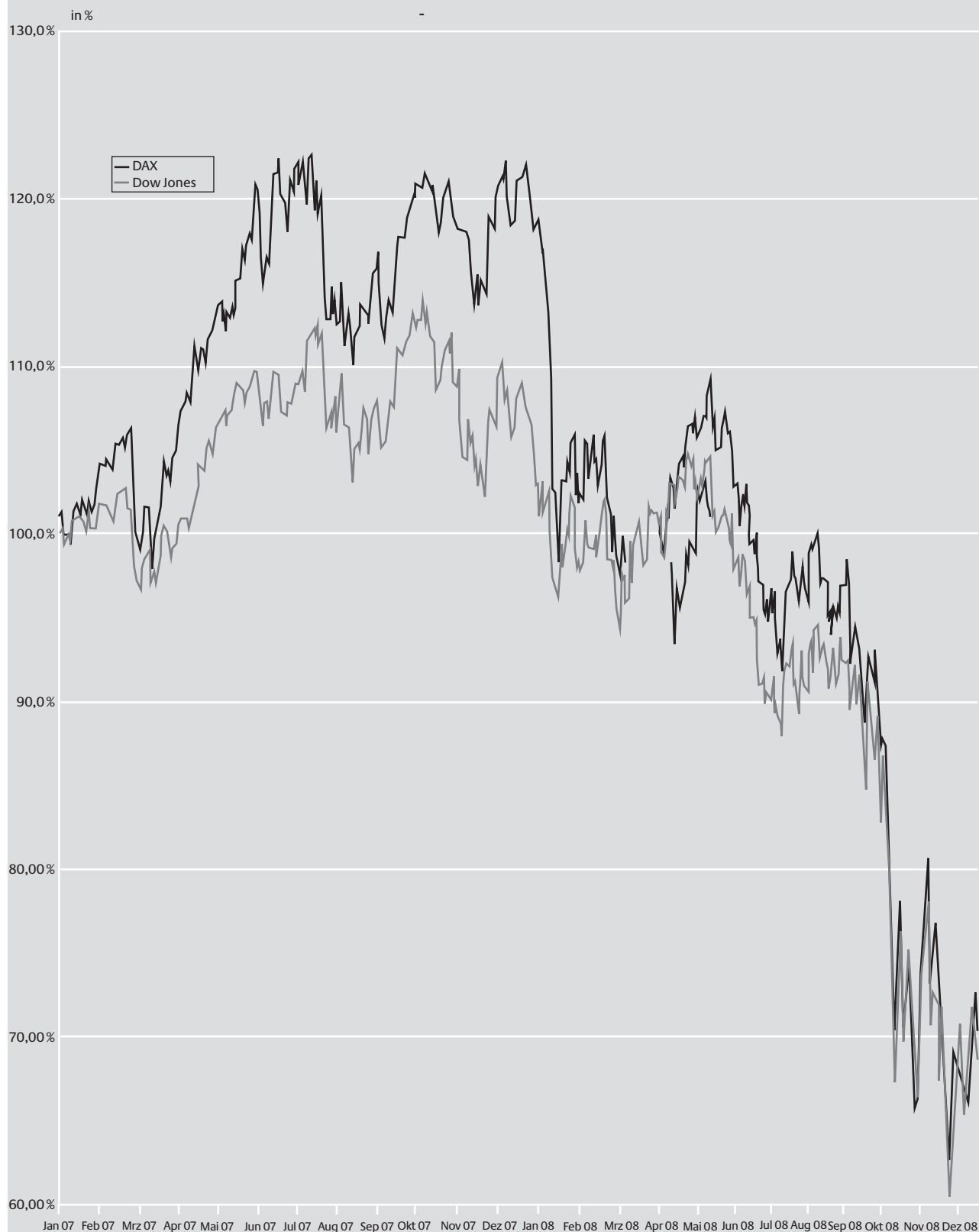
¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2008 in veröffentlichter Form.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %

(2. Januar 2007 bis 12. Dezember 2008)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 12.12.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dow Jones	8 630	13 265	– 34,94	7 552	13 058
Eurostoxx 50	2 080	3 684	– 43,54	1 894	3 635
Dax	4 767	8 067	– 40,91	4 127	7 949
CAC 40	3 214	5 614	– 42,76	2 881	5 550
Nikkei	8 236	15 308	– 46,20	7 163	14 691

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 12.12.2008	Ende 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2008	Hoch 2008
			in %		
USA	2,57	4,03	–	2,56	4,26
Bund	3,30	4,36	0,73	3,03	4,67
Japan	1,39	1,50	– 1,18	1,25	1,88
Brasilien	15,40	13,23	12,83	12,37	15,16

Währungen

	Aktuell 12.12.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dollar/Euro	1,34	1,46	– 8,34	1,25	1,60
Yen/Dollar	91,16	111,38	– 18,15	91,16	111,62
Yen/Euro	121,92	162,49	– 24,97	115,94	169,56
Pfund/Euro	0,90	0,74	21,72	0,73	0,81

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	2,5	1,7	0,0	1,0	2,3	3,0	2,1	1,9	8,4	7,3	7,5	7,4
OECD	2,6	1,4	-0,8	1,2	2,3	2,9	1,1	1,3	8,3	7,4	8,1	8,6
IWF	2,5	1,7	-0,8	-	2,3	2,9	1,4	-	8,4	7,4	8,0	-
USA												
EU-KOM	2,0	1,5	-0,5	1,0	2,8	4,4	1,5	0,8	4,6	5,7	7,5	8,1
OECD	2,0	1,4	-0,9	1,6	2,9	4,3	1,6	1,5	4,6	5,7	7,3	7,5
IWF	2,0	1,4	-0,7	-	2,9	4,2	1,8	-	4,6	5,6	6,9	-
Japan												
EU-KOM	2,1	0,4	-0,4	0,6	0,0	1,6	0,8	0,7	3,9	4,1	4,7	4,6
OECD	2,1	0,5	-0,1	0,6	0,1	1,4	0,3	-0,1	3,9	4,1	4,4	4,4
IWF	2,1	0,5	-0,2	-	-	1,6	0,9	-	3,8	4,1	4,5	-
Frankreich												
EU-KOM	2,2	0,9	0,0	0,8	1,6	3,3	1,8	1,7	8,3	8,0	9,0	9,3
OECD	2,1	0,9	-0,4	1,5	1,6	3,3	1,0	0,8	8,0	7,3	8,2	8,7
IWF	2,2	0,8	-0,5	-	1,6	3,4	1,6	-	8,3	7,7	8,3	-
Italien												
EU-KOM	1,5	0,0	0,0	0,6	2,0	3,6	2,0	2,1	6,1	6,8	7,1	7,3
OECD	1,4	-0,4	-1,0	0,8	2,0	3,5	1,5	1,5	6,2	6,9	7,8	8,0
IWF	1,5	-0,2	-0,6	-	2,0	3,4	1,9	-	6,2	6,7	6,6	-
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	3,0	0,9	-1,0	0,4	2,3	3,7	1,9	1,2	5,3	5,7	7,1	6,9
OECD	3,0	0,8	-1,1	0,9	2,3	3,7	2,7	1,9	5,4	5,5	6,8	8,2
IWF	3,0	0,8	-1,3	-	2,3	3,8	2,9	-	5,4	5,4	6,0	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,7	0,5	-0,5	2,1	2,1	2,6	1,2	1,0	6,0	6,1	7,0	7,5
IWF	2,7	0,6	0,3	-	2,1	2,5	2,1	-	6,0	6,2	6,3	-
Euroraum												
EU-KOM	2,7	1,2	0,1	0,9	2,1	3,5	2,2	2,1	7,5	7,6	8,4	8,7
OECD	2,6	1,0	-0,6	1,2	2,1	3,4	1,4	1,3	7,4	7,4	8,6	9,0
IWF	2,6	1,2	-0,5	-	2,1	3,5	1,9	-	7,4	7,6	8,3	-
EZB	2,6	1,4	1,2	1,2	2,1	3,5	2,6	2,6	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	2,9	1,4	0,2	1,1	2,4	3,9	2,4	2,2	7,1	7,0	7,8	8,1
IWF	3,1	1,5	-0,2	-	2,4	3,9	2,4	-	-	-	-	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Vorläufige Ausgabe, November 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

IWF: WEO Update vom November 2008, nur für BIP 2008 und 2009

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro area; Sept. 2008 (Nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: November 2008.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	2,8	1,4	0,1	0,9	1,8	4,7	2,5	2,0	7,5	7,1	8,0	8,7
OECD	2,6	1,5	-0,1	1,3	1,8	4,6	1,9	1,6	7,4	6,8	7,4	7,8
IWF	2,8	1,4	0,2	-	1,8	4,6	2,8	-	7,5	7,1	8,6	-
Finnland												
EU-KOM	4,5	2,4	1,3	2,0	1,6	4,2	2,6	1,8	6,9	6,3	6,5	6,4
OECD	4,4	2,1	0,6	1,8	1,6	4,0	1,9	1,6	6,9	6,2	6,5	6,8
IWF	4,5	2,5	1,6	-	1,6	3,9	2,5	-	6,8	6,2	6,2	-
Griechenland												
EU-KOM	4,0	3,1	2,5	2,6	3,0	4,4	3,5	3,3	8,3	9,0	9,2	9,3
OECD	4,0	3,2	1,9	2,5	3,0	4,5	2,7	2,4	8,1	7,6	8,0	8,2
IWF	4,0	3,2	2,0	-	3,0	4,4	3,1	-	8,3	7,7	8,3	-
Irland												
EU-KOM	6,0	-1,6	-0,9	2,4	2,9	3,3	2,1	1,8	4,6	6,1	7,6	7,4
OECD	6,0	-1,8	-1,7	2,6	2,9	3,1	0,9	0,9	4,6	5,9	7,7	7,8
IWF	6,0	-1,8	-0,6	-	2,9	3,5	2,4	-	4,5	5,7	7,0	-
Luxemburg												
EU-KOM	5,2	2,5	1,2	2,3	2,7	4,4	2,2	2,7	4,1	4,0	4,3	4,7
OECD	5,2	2,4	-0,5	1,9	2,7	4,5	1,9	1,7	4,4	4,5	6,5	7,0
IWF	4,5	2,3	1,8	-	2,3	3,7	1,8	-	4,4	4,4	4,8	-
Malta												
EU-KOM	3,7	2,4	2,0	2,2	0,7	4,4	3,0	2,2	6,4	5,9	6,2	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,7	2,8	2,3	-	0,7	3,7	2,2	-	6,4	6,5	7,0	-
Niederlande												
EU-KOM	3,5	2,3	0,4	0,9	1,6	2,5	3,0	2,3	3,2	3,0	3,4	3,7
OECD	3,5	2,2	-0,2	0,8	1,6	2,3	1,8	1,6	3,3	3,1	3,7	4,1
IWF	3,5	2,3	1,0	-	1,6	2,9	2,6	-	3,2	2,8	2,9	-
Österreich												
EU-KOM	3,1	1,9	0,6	1,3	2,2	3,4	2,1	1,9	4,4	3,9	4,2	4,5
OECD	3,0	1,9	-0,1	1,2	2,2	3,3	1,1	0,8	5,1	4,9	5,7	6,0
IWF	3,1	2,0	0,8	-	2,2	3,5	2,3	-	4,4	4,2	4,4	-
Portugal												
EU-KOM	1,9	0,5	0,1	0,7	2,4	2,9	2,3	2,1	8,1	7,7	7,9	7,9
OECD	1,9	0,5	-0,2	0,6	2,4	2,8	1,3	1,6	8,0	7,6	8,5	8,8
IWF	1,9	0,6	0,1	-	2,4	3,2	2,0	-	8,0	7,6	7,8	-
Slowakei												
EU-KOM	10,4	7,0	4,9	5,5	1,9	4,0	3,5	3,3	11,1	9,9	9,8	9,6
OECD	10,4	7,3	4,0	5,6	2,8	4,4	2,8	2,8	11,0	9,7	9,4	9,0
IWF	10,4	7,4	5,6	-	1,9	3,9	3,6	-	-	-	-	-
Slowenien												
EU-KOM	6,8	4,4	2,9	3,7	3,8	6,2	3,7	3,1	4,9	4,5	4,8	4,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,1	4,3	3,7	-	3,6	5,9	3,3	-	4,8	4,8	5,0	-
Spanien												
EU-KOM	3,7	1,3	-0,2	0,5	2,8	4,2	2,1	2,8	8,3	10,8	13,8	15,5
OECD	3,7	1,3	-0,9	0,8	2,8	4,4	1,8	1,5	8,3	10,9	14,2	14,8
IWF	3,7	1,4	-0,2	-	2,8	4,5	2,6	-	8,3	11,2	14,7	-
Zypern												
EU-KOM	4,4	3,7	2,9	3,2	2,2	4,5	2,9	3,2	4,0	3,9	3,8	3,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,4	2,8	-	2,2	4,6	3,5	-	3,9	3,9	3,9	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Vorläufige Ausgabe, November 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,5	4,5	4,7	7,6	12,4	7,9	6,8	6,9	6,0	5,8	5,7
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,2	6,3	4,2	–	7,6	12,2	7,0	–	–	–	–	–
Dänemark												
EU-KOM	1,7	0,7	0,1	0,9	1,7	3,8	2,3	2,0	3,8	3,1	3,5	4,3
OECD	1,7	0,2	–0,5	0,9	1,7	3,5	1,6	1,6	3,7	3,1	4,0	4,5
IWF	1,7	1,0	0,5	–	1,7	3,4	2,8	–	2,8	1,8	2,6	–
Estland												
EU-KOM	6,3	–1,3	–1,2	2,0	6,7	10,6	4,9	3,3	4,7	5,0	6,7	7,7
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,3	–1,5	0,5	–	6,6	10,2	5,1	–	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	10,3	–0,8	–2,7	1,0	10,1	15,7	8,2	4,7	6,0	6,5	9,2	9,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,3	–0,9	–2,2	–	10,1	15,9	10,6	–	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	8,9	3,8	0,0	–1,1	5,8	11,9	7,1	7,5	4,3	4,9	7,1	8,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	8,9	3,9	0,7	–	5,8	11,3	6,2	–	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	6,6	5,4	3,8	4,2	2,6	4,3	3,5	2,6	9,6	7,3	7,3	7,8
OECD	6,7	5,4	3,0	3,5	2,5	4,2	3,2	3,6	9,6	7,2	7,1	7,6
IWF	6,6	5,2	3,8	–	2,5	4,0	3,3	–	–	–	–	–
Rumänien												
EU-KOM	6,0	8,5	4,7	5,0	4,9	7,8	5,7	4,0	6,4	6,1	6,4	6,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,0	8,6	4,8	–	4,8	8,2	6,6	–	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	2,7	1,4	0,0	1,8	1,7	3,0	1,7	1,9	6,1	6,0	6,8	7,3
OECD	2,9	0,8	0,0	2,2	2,2	3,5	1,5	1,1	6,1	6,1	7,0	7,7
IWF	2,7	1,2	1,4	–	1,7	3,4	2,8	–	6,1	6,6	7,1	–
Tschechien												
EU-KOM	6,0	4,4	3,6	3,9	3,0	6,6	3,1	2,7	5,3	5,0	5,0	5,2
OECD	6,6	4,4	2,5	4,4	3,0	6,6	2,0	2,6	5,3	4,5	5,2	5,5
IWF	6,6	4,0	3,4	–	2,8	6,7	3,4	–	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	1,1	1,7	0,7	1,8	7,9	6,3	3,9	2,9	7,4	8,1	8,6	8,5
OECD	1,1	1,4	–0,5	1,0	8,0	6,4	3,6	3,2	7,4	7,9	8,9	9,2
IWF	1,3	1,9	2,3	–	7,9	6,3	4,1	–	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Vorläufige Ausgabe, November 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	-0,2	0,0	-0,2	-0,5	65,1	64,3	63,2	61,9	7,6	7,5	7,7	7,9
OECD	0,1	0,0	-0,9	-1,0	-	-	-	-	7,7	6,4	6,2	6,1
IWF	-0,2	-0,3	-0,8	-	63,2	76,4	77,0	-	7,6	7,3	6,8	-
USA												
EU-KOM	-2,8	-5,3	-7,2	-9,0	63,1	67,5	77,1	84,8	-5,2	-4,6	-3,2	-2,8
OECD	-2,9	-5,3	-6,7	-6,8	62,9	73,2	78,1	82,5	-5,3	-4,9	-3,9	-3,6
IWF	-2,7	-4,1	-4,6	-	60,7	61,5	65,4	-	-5,3	-4,6	-3,3	-
Japan												
EU-KOM	-2,2	-1,9	-2,6	-3,5	173,6	177,8	182,5	185,5	4,8	4,0	4,1	4,3
OECD	-2,4	-1,4	-3,3	-3,8	170,6	173,0	174,1	177,0	4,8	3,8	4,3	3,9
IWF	-3,2	-3,4	-3,9	-	195,4	198,6	200,9	-	4,8	4,0	3,7	-
Frankreich												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,5	-3,8	63,9	65,4	67,7	69,9	-2,8	-3,5	-3,7	-3,6
OECD	-2,7	-2,9	-3,7	-3,9	-	-	-	-	-1,2	-1,6	-1,5	-1,6
IWF	-2,7	-3,3	-3,9	-	63,9	65,2	67,5	-	-1,2	-2,8	-2,7	-
Italien												
EU-KOM	-1,6	-2,5	-2,6	-2,1	104,1	104,1	104,3	103,8	-1,7	-2,1	-1,6	-1,6
OECD	-1,5	-2,5	-2,9	-3,1	-	-	-	-	-2,5	-2,6	-2,1	-2,6
IWF	-1,6	-2,6	-2,9	-	104,0	104,3	105,5	-	-2,5	-2,8	-2,4	-
Großbritannien												
EU-KOM	-2,8	-4,2	-5,6	-6,5	44,2	50,1	55,1	60,3	-3,8	-2,8	-2,6	-1,8
OECD	-2,8	-3,6	-5,3	-6,5	-	-	-	-	-3,8	-1,9	-1,5	-2,1
IWF	-2,7	-3,5	-4,4	-	44,1	43,4	44,3	-	-3,8	-3,6	-3,4	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,3	-1,3	-1,7	-	-	-	-	0,9	0,4	-1,7	-1,4
IWF	1,4	0,7	0,6	-	64,2	60,7	58,4	-	0,9	0,9	-	-
Euroraum												
EU-KOM	-0,6	-1,3	-1,8	-2,0	66,1	66,6	67,2	67,6	0,2	-0,3	-0,1	0,0
OECD	-0,6	-1,4	-2,2	-2,5	71,4	70,7	73,2	74,7	0,3	-0,4	-0,1	0,0
IWF	-0,6	-1,5	-2,0	-	66,5	69,9	70,6	-	0,2	-0,5	-0,4	-
EU-27												
EU-KOM	-0,9	-1,6	-2,3	-2,6	58,7	59,8	60,9	61,8	-0,7	-1,0	-0,8	-0,6
IWF	-0,9	-1,7	-2,2	-	-	-	-	-	-0,7	-1,2	-1,2	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Vorläufige Ausgabe, November 2008.

¹ Die Schuldenstände der OECD entsprechen nicht den Maastricht-Kriterien.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	-0,3	-0,5	-1,4	-1,8	83,9	86,5	86,1	85,6	2,4	0,6	0,3	0,1
OECD	-0,3	-0,7	-1,3	-1,6	-	-	-	-	1,7	-3,3	-2,4	-2,7
IWF	-0,1	-0,4	-1,3	-	-	-	-	-	2,1	0,0	-1,1	-
Finnland												
EU-KOM	5,3	5,1	3,6	2,4	35,1	31,6	30,2	29,8	5,3	5,6	5,0	4,9
OECD	5,3	4,6	3,3	2,7	-	-	-	-	4,3	2,9	2,4	2,5
IWF	5,2	4,9	3,7	-	-	-	-	-	4,6	3,4	2,9	-
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-2,5	-2,2	-3,0	94,8	93,4	92,2	91,9	-14,0	-14,3	-15,0	-15,5
OECD	-3,7	-2,8	-2,7	-3,1	-	-	-	-	-14,1	-14,5	-13,9	-13,2
IWF	-2,8	-2,8	-2,3	-	-	-	-	-	-14,1	-14,0	-14,1	-
Irland												
EU-KOM	0,2	-5,5	-6,8	-7,2	24,8	31,6	39,2	46,2	-5,4	-5,3	-3,3	-2,9
OECD	0,2	-5,6	-7,1	-7,0	-	-	-	-	-5,4	-6,2	-6,3	-5,2
IWF	0,3	-4,0	-4,7	-	-	-	-	-	-5,4	-5,0	-4,4	-
Luxemburg												
EU-KOM	3,2	2,7	1,3	0,5	7,0	14,1	14,6	14,5	9,8	8,3	5,4	5,6
OECD	3,2	1,6	-0,6	-1,5	-	-	-	-	9,9	6,6	5,1	6,1
IWF	3,0	1,7	1,0	-	-	-	-	-	9,9	8,6	8,2	-
Malta												
EU-KOM	-1,8	-3,8	-2,7	-2,5	62,2	63,1	63,2	63,1	-5,5	-6,6	-7,1	-7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-1,7	-1,0	-	-	-	-	-	-5,4	-7,7	-6,4	-
Niederlande												
EU-KOM	0,3	1,2	0,5	0,1	45,7	48,2	47,0	45,9	9,8	7,1	7,1	6,3
OECD	0,3	1,0	0,0	-0,9	-	-	-	-	7,6	7,2	6,8	6,5
IWF	0,6	1,1	1,7	-	-	-	-	-	6,8	5,6	5,1	-
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-0,6	-1,2	-1,4	59,5	57,4	57,1	56,9	3,3	3,1	2,7	2,8
OECD	-0,5	-1,0	-2,7	-3,5	-	-	-	-	3,1	3,6	3,7	4,0
IWF	-0,7	-0,7	-1,1	-	-	-	-	-	3,2	2,8	2,4	-
Portugal												
EU-KOM	-2,6	-2,2	-2,8	-3,3	63,6	64,3	65,2	66,6	-10,0	-11,6	-10,6	-10,4
OECD	-2,7	-2,2	-2,9	-3,1	-	-	-	-	-9,8	-10,9	-10,2	-10,1
IWF	-2,6	-2,2	-2,3	-	-	-	-	-	-9,8	-12,0	-12,7	-
Slowakei												
EU-KOM	-1,9	-2,3	-2,2	-2,5	29,4	28,8	29,0	29,3	-5,1	-5,6	-4,7	-3,5
OECD	-2,0	-2,1	-2,0	-1,5	-	-	-	-	-5,3	-5,0	-4,1	-2,2
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-	-	-	-	-	-5,4	-5,1	-4,7	-
Slowenien												
EU-KOM	0,5	-0,2	-0,7	-0,5	23,4	21,8	21,1	20,1	-4,0	-6,3	-6,3	-6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,1	0,1	-0,3	-	-	-	-	-	-4,9	-4,7	-4,7	-
Spanien												
EU-KOM	2,2	-1,6	-2,9	-3,2	36,2	37,5	41,1	44,4	-10,1	-9,9	-8,6	-8,2
OECD	2,2	-1,5	-2,9	-3,8	-	-	-	-	-10,1	-9,7	-7,4	-6,4
IWF	2,2	-1,6	-2,5	-	-	-	-	-	-10,1	-10,1	-7,7	-
Zypern												
EU-KOM	3,5	1,0	0,7	0,6	59,5	48,2	44,7	41,3	-9,7	-10,5	-10,3	-9,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,3	0,6	-0,3	-	-	-	-	-	-9,7	-9,7	-7,8	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Vorläufige Ausgabe, November 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	0,1	3,3	2,9	2,9	18,2	13,8	10,6	7,9	-22,5	-23,8	-22,3	-21,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	4,2	2,7	-	-	-	-	-	-21,4	-24,4	-21,5	-
Dänemark												
EU-KOM	4,5	3,1	1,1	0,4	26,2	21,1	21,1	20,1	1,2	1,1	1,1	1,8
OECD	4,4	2,4	0,1	-0,6	-	-	-	-	1,1	0,8	0,9	2,0
IWF	4,8	3,2	3,0	-	-	-	-	-	1,1	1,3	1,8	-
Estland												
EU-KOM	2,7	-1,4	-2,2	-2,8	3,5	4,2	5,0	6,1	-18,5	-12,1	-8,1	-6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-1,3	-1,4	-	-	-	-	-	-18,1	-10,8	-8,7	-
Lettland												
EU-KOM	0,1	-2,3	-5,6	-6,2	9,5	12,3	17,7	23,0	-22,9	-14,5	-8,7	-6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,7	-1,4	-2,0	-	-	-	-	-	-22,9	-15,1	-8,3	-
Litauen												
EU-KOM	-1,2	-2,7	-3,6	-4,0	17,0	17,5	20,0	23,3	-15,1	-13,8	-8,7	-8,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,6	-0,7	-	-	-	-	-	-14,6	-14,9	-8,7	-
Polen												
EU-KOM	-2,0	-2,3	-2,5	-2,4	44,9	43,9	43,6	43,1	-4,5	-5,2	-6,1	-6,2
OECD	-2,0	-2,3	-2,7	-2,9	-	-	-	-	-4,7	-5,3	-6,3	-6,3
IWF	-1,5	-2,0	-2,3	-	-	-	-	-	-3,8	-4,7	-5,7	-
Rumänien												
EU-KOM	-2,6	-3,4	-4,1	-3,8	12,9	13,4	15,4	17,1	-13,9	-13,5	-13,0	-12,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,3	-2,3	-2,8	-	-	-	-	-	-14,0	-13,8	-13,3	-
Schweden												
EU-KOM	3,6	2,6	0,5	-0,4	40,4	34,7	33,7	32,2	8,4	4,6	4,2	4,6
OECD	3,5	2,8	0,5	0,4	-	-	-	-	8,4	6,5	6,5	6,9
IWF	3,4	2,5	1,0	-	-	-	-	-	8,5	6,4	5,8	-
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-1,2	-1,3	-1,4	28,9	26,6	26,4	26,3	-1,5	-1,9	-2,2	-1,2
OECD	-1,0	-1,6	-1,9	-1,7	-	-	-	-	-1,7	-2,3	-2,9	-3,3
IWF	-1,6	-1,9	-2,1	-	-	-	-	-	-1,8	-2,2	-2,5	-
Ungarn												
EU-KOM	-5,0	-3,4	-3,3	-3,3	65,8	65,4	66,0	66,2	-6,4	-6,3	-5,1	-5,5
OECD	-5,0	-3,4	-3,6	-3,5	-	-	-	-	-6,4	-6,1	-6,1	-5,4
IWF	-5,5	-3,4	-3,3	-	-	-	-	-	-5,0	-5,5	-6,1	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Vorläufige Ausgabe, November 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: November 2008.





Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2008...

...nach Veröffentlichungsdatum143

...nach Stichpunkten145

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2008

Veröffentlichung	Berichte und nicht regelmäßig veröffentlichte Übersichten	
Januar 2008	Qualität der öffentlichen Finanzen – eine umfassende finanzpolitische Strategie für die Zukunft	37
	Rückenwind für Öffentlich-Private Partnerschaften	51
	Internationaler Vergleich der steuerrechtlichen Förderung von Altersvorsorgeaufwendungen und deren Besteuerung bei Wegzug der Berechtigten ins Ausland	57
	Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte – Herausforderungen und Perspektiven	67
	Zusammenarbeit der Behörden bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit	71
	Bilanz der deutschen G8-Präsidentschaft	77
Februar 2008	Haushaltsabschluss 2007	37
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2007 und im Jahr 2007 insgesamt	67
	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2008: „Kurs halten!“	71
	Die Förderung von Biokraftstoffen seit 2004	83
	Reformoptionen für das EU-Eigenmittelsystem	87
	Motive und Anlagestrategien von Staatsfonds	99
März 2008	Bundeshaushalt 2008 – Soll-Bericht	37
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2007	61
	Stellungnahme zu den Artikel IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	65
	Die Stiftung „Geld und Währung“ – eine erste Bilanz	71
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	77
April 2008	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	33
	Die Bilanz des Zolls für das Jahr 2007 – die Zolljahrespressekonferenz vom 11. März 2008 –	45
	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2007 der EU-Mitgliedstaaten	51
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	67
Mai 2008	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008	37
	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	43
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im I. Quartal 2008	55
	13. Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz am 17./18. April 2008 in Hamburg	59
	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.	67
Juni 2008	Zum Zweiten Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	37
	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2007	49
	Die Steuerschätzung im internationalen Vergleich	55
	Existenzsicherung und Erwerbsanreiz	67
	Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ – Ergebnisse und Umsetzung	75
Juli 2008	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	35
	Politikwerkstatt: „Krisenanfälligkeit von Schwellenländern im Lichte der aktuellen Finanzmarktstörungen“	57
	Finanzmärkte: Empfehlungen des Forums für Finanzmarktstabilität	61
	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2007	69
	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen	83
	Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und der Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012	91

Veröffentlichung	Berichte	Seite
August 2008	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2008	35
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2008	47
	Einführung der Identifikationsnummer für Steuerpflichtige	51
	Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2005 bis 2007	61
	Ergebnisse des G8-Gipfels in Toyako	67
	Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU in Potsdam	73
September 2008	Förderung von Wagniskapital	33
	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2007	43
	Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	49
	Zur künftigen Entwicklung der Weltagarmärkte	57
	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
Oktober 2008	Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Realwirtschaft	11
	Auf dem Weg zu einem neuen Haushalts- und Rechnungswesen des Bundes	39
	Bürokratiekostenbelastung im Finanzmarktbereich	51
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	61
	Der G8-Heiligendamm-Prozess	77
	Die zeitliche Wirkung von Urteilen in Normenkontrollverfahren	83
November 2008	Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“	11
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008	39
	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	45
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2008	57
	Internationale Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte	61
	Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs	65
Dezember 2008	Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2008	37
	Steuerstandort Deutschland – attraktive Bandbreite der Unternehmensteuerbelastung für Kapitalgesellschaften in deutschen Gemeinden	47
	Im Zeichen der Wirtschaftskrise: Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
	Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht)	79
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 8. und 9. November 2008 in São Paulo	89

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2008 nach Stichpunkten

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Europa	EU-Haushalt	Februar 2008	Reformoptionen für das EU –Eigenmittelsystem	87
	Europa	August 2008	Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU in Potsdam	73
		Oktober 2008	Die zeitliche Wirkung von Urteilen in Normenkontrollverfahren	83
	Wirtschafts- und Währungsunion	April 2008	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts – und Konvergenzprogramme 2007 der EU-Mitgliedstaaten	51
		Dezember 2008	Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2008	37
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Bundeshaushalt	Januar 2008	Qualität der öffentlichen Finanzen – eine umfassende finanzpolitische Strategie für die Zukunft	37
		Februar 2008	Haushaltsabschluss 2007	37
		März 2008	Bundeshaushalt 2008 – Soll-Bericht	37
		Mai 2008	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	43
		Juli 2008	Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und der Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012	91
		August 2008	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2008	35
		Oktober 2008	Auf dem Weg zu einem neuen Haushalts- und Rechnungswesen des Bundes	39
		November 2008	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	45
	Finanzpolitik	Januar 2008	Qualität der öffentlichen Finanzen – eine umfassende finanzpolitische Strategie für die Zukunft	37
		Februar 2008	Haushaltsabschluss 2007	37
		Februar 2008	Die Förderung von Biokraftstoffen seit 2004	83
		März 2008	Bundeshaushalt 2008 – Soll-Bericht	37
		April 2008	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	33
		Mai 2008	Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	43
		Juni 2008	Zum Zweiten Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	37
		Juli 2008	Entwurf des Bundeshaushalts 2009 und der Finanzplan des Bundes 2008 bis 2012	91
		August 2008	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2008	35
		September 2008	Zur künftigen Entwicklung der Weltagrarmärkte	57
		Oktober 2008	Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Realwirtschaft	11
		November 2008	Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“	11
		November 2008	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008	45
		Dezember 2008	Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung Dezember 2008	37
		Dezember 2008	Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht)	79
	Föderale Finanzbeziehungen	März 2008	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2007	61
		April 2008	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	33

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
	Öffentlicher Gesamthaushalt	September 2008	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
	Wirtschaftspolitik	Januar 2008	Rückenwind für Öffentlich-Private Partnerschaften	51
		Februar 2008	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2008: „Kurs halten!“	71
		Februar 2008	Die Förderung von Biokraftstoffen seit 2004	83
		September 2008	Förderung von Wagniskapital	33
		September 2008	Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	49
	Wissenschaftlicher Beirat	Juni 2008	Existenzsicherung und Erwerbsanreiz	67
Geld und Kredit	Aktuelle Gesetze	Oktober 2008	Bürokratiekostenbelastung im Finanzmarktbereich	51
	Geld und Kredit	März 2008	Die Stiftung „Geld und Währung“ – eine erste Bilanz	71
		Juli 2008	Finanzmärkte: Empfehlungen des Forums für Finanzmarktstabilität	61
	Kapitalmarktpolitik	November 2008	Internationale Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte	61
Internationale Beziehungen	Weitere Informationen / Links	Januar 2008	Bilanz der deutschen G8-Präsidentschaft	77
		März 2008	Stellungnahme zu den Artikel IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	65
		März 2008	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	77
		April 2008	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	67
		Mai 2008	13. Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz am 17./18. April 2008 in Hamburg	59
		Mai 2008	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.	67
		Juli 2008	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	35
		Juli 2008	Politikwerkstatt: „Krisenanfälligkeit von Schwellenländern im Lichte der aktuellen Finanzmarktturbulenzen“	57
		Juli 2008	Finanzmärkte: Empfehlungen des Forums für Finanzmarktstabilität	61
		August 2008	Ergebnisse des G8-Gipfels in Toyako	67
		September 2008	Zur künftigen Entwicklung der Weltagrarmärkte	57
		Oktober 2008	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	61
		November 2008	Internationale Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte	61
		November 2008	Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs	65
		Dezember 2008	Im Zeichen der Wirtschaftskrise: Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
		Dezember 2008	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 8. und 9. November 2008 in São Paulo	89
		Februar 2008	Motive und Anlagestrategien von Staatsfonds	99
Steuern	Aktuell	April 2008	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	67
	Steuerarten	Januar 2008	Internationaler Vergleich der steuerrechtlichen Förderung von Altersvorsorgeaufwendungen und deren Besteuerung bei Wegzug der Berechtigten ins Ausland	57
		August 2008	Einführung der Identifikationsnummer für Steuerpflichtige	51
		November 2008	Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs	65
		Dezember 2008	Steuerstandort Deutschland – attraktive Bandbreite der Unternehmensteuerbelastung für Kapitalgesellschaften in deutschen Gemeinden	47

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
	Steuerschätzung / Steuereinnahmen	Februar 2008	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2007 und im Jahr 2007 insgesamt	67
		Mai 2008	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008	37
		Mai 2008	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im I. Quartal 2008	55
		Juni 2008	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2007	49
		Juni 2008	Die Steuerschätzung im internationalen Vergleich	55
		Juli 2008	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2007	69
		Juli 2008	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen	83
		August 2008	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2008	47
		August 2008	Ergebnisse der Steuerfahndung in den Jahren 2005 bis 2007	61
		September 2008	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2007	43
		November 2008	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008	39
		November 2008	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2008	57
Zoll in Deutschland	Zoll in Deutschland	Januar 2008	Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte – Herausforderungen und Perspektiven	67
		Januar 2008	Zusammenarbeit der Behörden bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit	71
		April 2008	Die Bilanz des Zolls für das Jahr 2007 – die Zolljahrespressekonferenz vom 11. März 2008 –	45
		Juni 2008	Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ – Ergebnisse und Umsetzung	75
		Oktober 2008	Der G 8-Heiligendamm-Prozess	77







HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, DEZEMBER 2008

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

KÖLLEN DRUCK + VERLAG GMBH, BERLIN/BONN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90¹

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.